



**GEMEINSAME SITZUNG
DES SÜDTIROLER, TIROLER UND TRENTINER LANDTAGES
(MIT VORARLBERG IM BEOBACHTERSTATUS)**

Wortprotokoll

**SEDUTA CONGIUNTA DELLE ASSEMBLEE LEGISLATIVE
DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO, DEL LAND TIROLO E
DELLA PROVINCIA AUTNOMA DI TRENTO
(CON IL VORARLBERG IN VESTE DI OSSERVATORE)**

Resoconto integrale

21.5.1991
Meran- Merano

**GEMEINSAME SITZUNG DER LANDTAGE
DER BUNDESLÄNDER TIROL UND VORARLBERG
DES TRENTINO UND SÜDTIROLS**

- - - - -

**SEDUTA CONGIUNTA DELLE DIETE
DEL TIROLO E DEL VORARLBERG E DEI
CONSIGLI DELLE PROVINCE AUTONOME DI
TRENTO E DI BOLZANO**

21.5.1991

M E R A N - M E R A N O

INHALTSANGABE

Resolution über eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit . . .Seite 19
Resolution über das Accordino . . .Seite 101

INDICE

Risoluzione concernente una più intensa collaborazione transfrontaliera . . . pag. 19
Risoluzione sull'Accordino. pag. 101

BEGINN DER SITZUNG: ORE 9.25 UHR
INIZIO DELLA SEDUTA:

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages
Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Meine Damen und Herren!

Bevor ich die offizielle Begrüßung vornehme, möchte ich mich beim Orchester der "Musikfreunde Merans" dafür herzlich bedanken, daß sie mit der Onvertüre "Iphigenie in Tauris" von Niccolò Piccinni unsere erste gemeinsame Sitzung der vier Landtage, der ehemaligen Kronländer Tirol und Vorarlberg, welche der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörten und in der napoleonischen Zeit an der Schwelle zum 19. Jahrhundert zu einem Verwaltungsgebiet vereinigt wurden, und dies bis zum Ende des ersten Weltkrieges gedauert hat, musikalisch einleiteten und dafür den Auftakt für das heutige historische Treffen gaben. Herzlichen Dank dem Orchester.

Hohe Landtage! Es ist mir eine außerordentliche Ehre und große Freude, daß ich heute hier im Kursaal von Meran, der noch 1914 fertiggestellt wurde und vor 2 Jahren wieder in neuem Glanz erstand, die Damen und Herren Abgeordneten des Landtages des Bundeslandes Tirol mit ihrem Präsidenten, Herrn Dr. Carl Reissigl, dem Landeshauptmann Dr. Alois Partl

und die Mitglieder der Tiroler Landesregierung; die Damen und Herren Abgeordneten des Trentiner Landtages mit ihrem Präsidenten, Herrn Pierluigi Angeli, dem Landeshauptmann Mario Malossini und die Mitglieder der Trentiner Landesregierung, sowie dem Präsidenten des Regionalausschusses von Trentino-Südtirol, Herrn Tarcisio Andreolli; die Damen und Herren Abgeordneten des Vorarlberger Landtages mit ihrem Präsidenten, Herrn Bertram Jäger, dem Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher und die Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung; die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten des Südtiroler Landtages, den Herrn Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder und die Mitglieder der Südtiroler Landesregierung, herzlich begrüßen und willkommen heißen darf.

Mein Gruß gilt auch den Mitarbeitern, sowie den Vertretern der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens, die so zahlreich erschienen sind und die Öffentlichkeit repräsentieren.

Hohe Landtage! Als am 5. Juni 1990 der Südtiroler Landtag, ausgehend von der Tatsache, daß wir mitten im großen europäischen Prozeß der Einigung in Vielfalt stehen, und dieser Einigungsprozeß über die EG hinaus zur Überwindung der nationalstaatlichen Konzeption bei gleichzeitiger Betonung des regionalen Raumes mit seinem Eigenleben führt, einstimmig beschloß, eine gemeinsame Sitzung der Landtage des Bundeslandes Tirol und Südtirol, Trentino und Vorarlberg zu planen, um über die Verhandlungen bzw. die Ergebnisse betreffend die Ausweitung des Accordino Bericht zu erhalten, darüber zu beraten und auch auf der Länderlegislative allfällige Beschlußfassungen vorzunehmen, war es mir als Präsidentin des Südtiroler Landtages, der mir die ehrenvolle Verpflichtung zukam, den Beschluß durchzuführen, klar, daß dieses erste Treffen in Meran stattfinden soll.

In der Geschichte der Tiroler Landtage nämlich gebührt Meran der erste Platz. Meran wurde 1317 zur Stadt erhoben und war bis zu Anfang des 15. Jahrhunderts die Hauptstadt von Tirol. Meran verdankt seine Blüte der Nähe des landesfürstlichen Hofes auf Schloß Tirol und Zenoburg, in deren Schutz sie im 12. Jahrhundert entstand.

1423 tagte der erste richtige Tiroler Landtag in Meran, dessen Macht im 15. Jahrhundert besonders groß war.

Am 6. Juni 1499 wurde im Landtag von Meran die neue Wehrordnung beschlossen.

Aus der Zeit der Bauernkriege 1525, schließlich, ist jener Bauernlandtag bemerkenswert, der in Meran eine Tiroler "Landesordnung" entwarf, mit für heute erstaunlichen Plänen zur Gleichheit aller, einer demokratischen Ordnung, einer geplanten Wirtschaftspolitik und einer gerechten Sozialordnung.

Verehrte Abgeordnete, verehrte Landeshauptleute und Regierungsglieder! Nach Jahrzehnten, die von tragischen weltpolitischen sowie von wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen gekennzeichnet waren, sind, wie schon gesagt, die gewählten Volksvertreter von den ehemaligen Kronländern der österreichisch-ungarischen Monarchie heute aus freiem Willen und in demokratischer Überzeugung zusammengetreten. Ich glaube zu Recht, dies als einen historischen Augenblick bezeichnen zu können, als einen Zeitpunkt, an dem sich der durch den ersten Weltkrieg aufgebrochene Kreis in einem neuen europäischen Geist wieder zu schließen beginnt. Es war ein langer Prozeß der Wiederannäherung und Stärkung der Eigenständigkeit, der uns bis zur heutigen Lage geführt hat.

Wir stehen hier stellvertretend für 2 Millionen Menschen aus unseren Alpen, Menschen aus einem Raum, der fast 30.000 km. umschließt, der eine gemeinsame historische Entwicklung als kostbares Gut sein Eigen nennen kann, aus einem Raum, den die Natur mit zahlreichen gemeinsamen Merk-

malen, aber auch Problemen ausgestattet hat Menschen, welche in ihrer großen Mehrheit dieselben demokratischen Ideale vertreten und europäische Zielsetzungen verfolgen, die ihrer Verwirklichung immer näher rücken; Menschen, die trotz ihrer Verschiedenheit in Sprache, Brauchtum und Kultur, trotz des Vorhandenseins von politischen Grenzen, die Gemeinsamkeit dieses Raumes verspüren und gewillt sind, ihn mit zukunftsweisenden Ideen und Taten auszufüllen.

Dies ist ein historischer Augenblick, der seine Berechtigung nicht allein in der freien Willensbildung hat, die wir als autonome Landtage unser Gut nennen, sondern wir befinden uns auf dem Boden der Empfehlungen des Europarates, nach denen man nur auf einer regional aufgebauten Basis dieses Europa bauen kann. Ebenso ist sie auch aus der Tatsache abzuleiten, daß unsere vier Länder seit dem Jahre 1949 als Partner des Accordino gemeinsame wirtschaftliche und soziale Interessen in enger Zusammenarbeit zu vertreten haben, um unserer Bevölkerung die durch politische Grenzen gesetzten Beschränkungen im gegenseitigen Durchwirken der Volkswirtschaften zu erleichtern.

Wir alle sind uns bewußt, daß gerade dieses Sonderabkommen einer tiefgreifenden Erneuerung bedarf, um den Anforderungen einer neuen Zeit gerecht werden zu können. Wenn in den vergangenen Jahren der Austausch von Waren auf einer bevorzugten Ebene im Vordergrund stand, so ist es heute weit mehr der Austausch von Ideen, Menschen, Arbeit und Dienstleistungen, der einer freieren und großzügigeren Regelung bedarf.

Ich stehe nicht an zu behaupten, daß der Accordino-Raum mit Hilfe der besagten Begünstigungen, aber besonders auch auf der Grundlage des Fleißes unserer Bevölkerung und der positiven natürlichen Vorgaben, seinen Menschen einen erheblichen Grad an Wohlstand und sozialer Sicherheit gebracht hat, was es uns selbstverständlich leichter macht, diesen Fortschritt zu festigen und auszubauen, als unseren Nachbarn im Osten, die

nach dem erfolgten demokratischen Aufbruch am Anfang einer Entwicklung stehen, die sie noch viel Opfer kosten wird, um mit den gerechten Errungenschaften unseres Raumes gleichziehen zu können. Ich bin deshalb überzeugt, daß wir als gewählte Vertreter dieser vier hier anwesenden benachbarten Länder die Verpflichtung haben, den Blick immer weiter über unsere engeren Grenzen hinauszurichten und das, was wir erreicht haben, mit bestem Wissen und Können auch den anderen zur Verfügung zu stellen, als Perspektive der Freiheit, des Fortschritts und der Menschlichkeit.

Das Land Südtirol mit seinen drei Volksgruppen hat sich aus seiner historischen Situation heraus stärker und intensiver bemühen müssen, die Ereignisse der Geschichte zu bewältigen und ihre Auswirkungen auf sein gesamtes gesellschaftspolitisches Leben neu zu gestalten. Unser Bedürfnis über die engen Grenzen unserer Heimat hinauszublicken, die kulturelle und geistige Anknüpfungen an unsere Nachbarn, besonders an jene im Norden, zu stärken, ist seit jeher groß und lebenswichtig. Wenn wir heute in unseren Bemühungen weit vorangekommen sind, so ist dies allen Skeptikern und auch Gegnern zum Trotz die Krönung beharrlicher politischer Arbeit von Jahrzehnten. Es gilt weder als Wagnis noch als unstatthaft, daß wir, die wir seit dem Bestehen der ARGE-ALP viele Erfahrungen auf Regierungsebene gesammelt und Fortschritte in Richtung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erzielt haben, im Sinne der europäischen föderalistischen Entwicklung, die Legislative ausweiten wollen, hier zusammengetreten sind. Wir nehmen niemandem etwas weg, sondern machen Gebrauch von unserem Recht, eine politische Meinung zu bilden und Erfahrungen auszutauschen. Als wesentlich erachte ich, daß wir durch unsere Anwesenheit Konsens bilden und einen gemeinsamen Weg beschreiten, der uns in den europäischen Föderalismus führen soll und führen wird.

Der Accordino-Raum ist unbestreitbar ein Vorläufer dessen, das wir unter dem Blickpunkt einer föderalistischen Gliederung als geeintes Europa empfinden, mit allen Mängeln und Unzulänglichkeiten, die uns durch staatliche Interessen auferlegt worden sind. Daß unser Weg der richtige ist, erfährt heute europaweit seine Bestätigung. Die hier vertretene "Region" als erste Stufe im angestrebten föderalistischen Haus Europa - die beiden anderen sind die Staaten und die große Europäische Gemeinschaft - ist dabei, sich eine ihr angemessene Rolle zu erobern, und dies auch gegen den Widerstand noch bestehender nationaler Hemmnisse. Wir haben ein Recht zu beanspruchen, nach dem Prinzip der Subsidiarität, neue Aufgaben zu übernehmen, denen die Nationalstaaten nicht gewachsen sind.

Die Rückbesinnung auf unsere Geschichte soll zugleich Wegweiser für die Zukunft sein. Unsere Zukunft ist nicht unproblematisch, das wissen wir alle. Wir sind Europa unsere Solidarität schuldig, aber Europa ist uns auch mehr Rücksicht schuldig. Daher ist es notwendig, daß wir unsere gemeinsamen Vorstellungen gemeinsam vortragen und aus dieser Gemeinsamkeit die politische Kraft schöpfen, die wir notwendig brauchen.

Meine Damen und Herren! Hohe Landtage! Die heutige "Vier-Länder-Versammlung" ist sicher in erster Linie eine Versammlung der Worte und Ideen. Ich bin aber überzeugt, daß wir unseren Worten Taten folgen lassen werden, die wir, unter Berücksichtigung unserer gemeinsamen Interessen, abstimmen. Wir haben uns die demokratischen Rahmenbedingungen für engere Zusammenarbeit geschaffen, und die europäische Entwicklung kommt uns in unseren Absichten entgegen. Nutzen wir die Gunst der Stunde zum Wohle unserer Menschen und unseres Lebensraumes.

In diesem Geiste entbiete ich Ihnen nochmals meinen herzlichsten Gruß und ich hoffe, daß dieser Tag ein neuer Impuls für die intensive Zusammenarbeit im Geiste des Friedens, der europäischen Solidarität, der Demokratie, der Sachlichkeit und der Menschlichkeit sein möge, wobei ich

vorab für mögliche Unterlassungen oder Fehler, die bei der Vorbereitung einer solchen ersten Begegnung passieren können, mich entschuldigen möchte. Ich danke Ihnen!

Ich bitte nun den Präsidenten des Bundeslandes Tirol, Dr. Carl Reissigl, um die Begrüßungsworte.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Sehr geehrte Frau Präsident Franzelin!

Meine sehr geehrten Kollegen Dr. Angeli und Jäger!

Hochgeschätzte Landeshauptleute Dr. Durnwalder, Malossini, Dr. Purtscher, Dr. Partl mit den Mitgliedern der Landesregierungen!

Liebe Kollegen aus den Landtagen dieser vier Länder!

Sehr geehrte Vertreter der Medien und liebe Gäste!

Die Schwerarbeit für diese Tagung liegt sicherlich auf den Schultern der Präsidentin Franzelin, aber auch Trient ist mit Begeisterung dabei, und wir von nördlich des Brenners sind auch bemüht, zu einem erfolgreichen Geschehen hier beizutragen. Wie Sie alle, bin auch ich mit einer gewissen inneren Bewegung und mit großer Freude nach Meran gekommen, denn viele von uns Nordtirolern haben jenes Südtiroler Blut in den Adern, das von Meran über Bozen ins Pustertal und hinauf ins Vinschgau reicht. Wir können also mit Fug und Recht von unserer Heimat hier sprechen. Wir Tiroler fühlen uns natürlich in Meran besonders zu Hause, denn der Blick auf das Stammschloß, nämlich Schloß Tirol, welches in der Kapelle das Fresko des Tiroler Adlers Jahrhunderte überdauernd in sich birgt, oder die schon erwähnte Zenoburg, eine Art Akropolis von Meran, hat an der Mauer den

ältesten gemeiselten Adler. Die landesfürstliche Burg war zwar seit der Residenzverlegung 1410 nach Innsbruck etwas abgewertet, aber vergessen wir nicht, daß staatsrechtlich Meran bis 1849 die offizielle Landeshauptstadt Tirols war. Bis zum Bau des Hauses der Landstände, wie unser heutiges Landhaus geheißen hat, haben die großen Landtage in den Städten ihre Sitzungen abgehalten. Man stellt fest, daß Tirol gestig und in seiner Vitalität nie zentralistisch war. Daher auch Tagungen des Landtages in Rovereto, in Imst, in Hall, von Brixen gar nicht zu sprechen, wo eben die jeweilige Stadt der Tagungen zum politischen Zentrum geworden war.

Heute nun dieses historische Ereignis, wo die Landtage, der gemeinsame Landtag Alttirols, hier versammelt ist. Vorarlberg hat immer einen eigenen Landtag besessen, aber in der Verwaltung hat ein Stadthalter der kaiserlichen Regierung aus Wien gemeinsam Tirol und Vorarlberg betreut, wie auch die Karte hier rückwärts in geographischer Form ein Zeugnis ablegt. Aber wir Vorarlberger und Tiroler haben natürlich bis in die heutigen Tage herauf gemeinsame Behörden und Institutionen, und so konnte erst vor wenigen Tagen der 200. Geburtstag des Oberlandesgerichtes in Innsbruck, zuständig für beide, gefeiert werden, und auch die Leopold Franzens Universität ist unsere Landesuniversität für Tirol, Südtirol und Vorarlberg.

Heute geht es nun um die Erweiterung der grenzüberschreitenden Beziehungen, es geht um die Manifestierung der großen Region in den Alpen Europas, und es geht um die Regelung lebensnotwendiger Fragen, so etwa das Paket oder in der Wirtschaft, im Verkehr, im Sozialen, in der Kultur, im Natur- und Umweltschutz. Wir Partner des Accordino bewerkstelligen seit 1949 den erleichterten Warenverkehr, der maßgeblich dazu beigetragen hat, daß die widernatürliche Grenze durch unser Tirol überbrückt wird. Es stärkt auch die Wirtschaft und auch unsere gemeinsame Gesinnung. Meran ist nicht nur auf Trauben gebaut, könnte man fast sagen, Meran ist auch

die Mutter des Tiroler Tourismus, nämlich wo die geordnete Kur- und Urtaubsszenerie ihren Ausgang genommen hat für jene wichtige wirtschaftliche Säule unserer Länder. "Kein schöner Land in dieser Zeit", eine Zeile eines bekannten Liedes, das wir Nachbarn, jeder für sein Land, in Anspruch nehmen können, das uns Gemeinsames beschert und auch in einem Europa ohne Grenzen eine große Zusammengehörigkeit und Wahrung der Eigenständigkeit bringen soll. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Danke! Das Wort hat der Präsident des Trentiner Landtages, Pierluigi Angeli.

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento

Präsident des Trentiner Landtages

Signora Presidente Franzelin,
Collegli Presidenti,
Signori Presidenti dei Governi Regionali,
Collegli Consiglieri,
Funzionari e collaboratori tutti,

vorrei in primo luogo esprimere il nostro compiacimento e il cordialissimo saluto da parte anche della Comunità trentina con un legittimo orgoglio per questa seduta congiunta dei Landtag e dei Consigli provinciali di Trento e di Bolzano. E' questa un'occasione che, al di là dei

sentimenti e delle emozioni che evoca rispetto ad un rilevante passato storico, qui menzionato sia dalla collega Franzelin che dal Presidente del Tirolo, passato storico tanto significativo, ci richiama a forti responsabilità e a concreti impegni per un futuro, che le popolazioni che rappresentiamo debbono poter affrontare sulla base di un comune impegno sociale e politico.

La prima di queste responsabilità investe la sfera della nostra coscienza e memoria politica. Si tratta di riprendere una lunga esperienza storica, di valorizzare il contenuto positivo, esaltando quel valore della solidarietà nella convivenza che ha saputo superare il "muro" della differenza linguistica ed etnica e di laceranti vicende storiche in nome del bene comune.

In secondo luogo, va ricordato come questa convivenza ha saputo esprimersi in forme di democraticità e di rappresentanza concreta delle necessità e delle speranze delle popolazioni, lungo una prospettiva tradizione di autogoverno che affonda le proprie radici in una dimensione storica, in parte ancora non indagata. Essa poté dispiegarsi e deve oggi tornare ad esprimersi sulla base di quei valori che ispirarono una politica comune, quali la dignità della persona umana e il riconoscimento del ruolo che spetta alla comunità familiare e locale, nella quale la persona vive ed opera, imparando a sentirsi solidale e responsabile.

Uno dei riferimenti fondamentali e centrali per costruire una comune politica che continui quella che ci vide storicamente accomunati, è costituito da quella che si usa definire come "appartenenza" alla propria comunità. E' infatti nella comunità che i cittadini trovarono storicamente e debbono trovare ancora la condizione fondamentale per maturare responsabilità politiche più ampie, a livello di valle, nell'ambito provinciale e quindi in quello nazionale.

E' in base a questa solida cultura maturata nelle comunità, secondo il sano principio sociale e politico, in base al quale nessun ente superiore deve surrogare quello inferiore, se quest'ultimo è in grado di operare secondo il proprio progetto e con le proprie energie, che sorge la insopprimibile aspirazione delle nostre genti all'autonomia. Essa fa parte della nostra cultura e del nostro stile di vita.

Ecco il retroterra culturale e le esigenze politiche che ci portano verso l'Europa. La certezza di poterci incontrare con altri popoli, per una cooperazione economica, ma soprattutto per lo scambio fecondo di modelli di convivenza fra loro anche diversi, in un progetto politico e culturale di ampio respiro, nel quale, a partire dalla sicura coscienza della propria identità e responsabilità, tutti gli interlocutori siano disponibili a confrontare, in qualche modo a mettere in discussione, le proprie, peculiari identità culturali, con l'obiettivo di definire una comunità più vasta di popoli e lingue, di culture e tradizioni, per cercare insieme, nel reciproco rispetto, risposte nuove a drammatici ed angosciosi problemi del mondo moderno.

Agli Stati, alle potenze finanziarie, alla invadente tecnologia industriale e al pericolo di dominio e di omologazione da parte dei mezzi di comunicazione di massa, una "Regione", come quella che noi qui formiamo, accosta, e se necessario contrappone, un modello di convivenza che rivendica il primato dei valori umani e comunitari. Per cui, senza voler imporre nulla, noi ci dobbiamo proporre di difendere le nostre forme di vita comunitarie ed insieme di contribuire a rendere più umane le "potenze ed i poteri" divenuti astratti, prevaricanti, e funzionali unicamente ad una impersonale dimensione tecnica.

Oggi, nell'Europa che nasce, i piccoli gruppi etnici e le singole comunità non hanno una voce abbastanza forte per sovrastare il "rumore" dei grandi interessi economici e finanziari. La dimensione politica di

una "Regione" trilingue, quale noi possiamo essere, una entità pluri-etnica capace di essere fedele alla propria storia, si giustifica solo se è capace di dare voce ai gruppi ed alle culture specifiche, alle varie autonomie, alle comunità familiari e locali; e se è in grado di dare continuità a quella tradizione democratica che ha sempre caratterizzato il rapporto tra istituzioni e cittadini in questa parte di Europa, proprio nel momento in cui, nell'intero vecchio Continente, sempre più labili e in difficoltà appaiono i legami tra sistema politico e società civile.

E' dunque una responsabilità grande quella che noi oggi, approvando una comune risoluzione, ci assumiamo. Essa non deve tuttavia rimanere un puro atto formale. Ai Consigli ed ai Governi spetta il compito di individuare le strade concrete per avviare un comune cammino per autonomie locali più forti e per una presenza che veda i Länder, le Province e le Regioni operare concretamente e in solidarietà entro il progetto europeo.

Per tanti, troppi anni, i confini ci hanno diviso: in un mondo in rapido e tumultuoso mutamento, in un'Europa ancora attonita e sorpresa per i grandi avvenimenti del 1989 dobbiamo, per dirla con la "Centesima annus", ritrovare "la tensione morale e la forza cosciente di rendere testimonianza alle verità che hanno animato gli sforzi nel tempo passato".

Io Vi ringrazio e rinnovo il saluto e l'augurio per la giornata di oggi.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Das Wort hat der Präsident des Vorarlberger Landtages, Bertram Jäger.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Sehr geehrte Frau Präsident Franzelin!
Sehr geehrte Herren Präsidenten!
Sehr geehrte Herren Landeshauptleute und
Regierungsmitglieder!
Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten!
Meine Damen und Herren!

Den Mitgliedern des gastgebenden Südtiroler Landtages, den Mitgliedern des Trentiner Landtages und des Tiroler Landtages und den Herren Landeshauptleuten und Regierungsmitgliedern entbiete ich als Präsident des Vorarlberger Landtages im eigenen als auch im Namen aller Vorarlberger Kolleginnen und Kollegen herzlichste Grüße.

Es ist zweifellos ein besonderes Ereignis, daß erstmals die Mitglieder der vier Landtage zusammenkommen. Dabei ist es kein bloßer Zufall, daß gerade diese vier Landtage sich treffen, gibt es doch zwischen ihnen seit langem vielerlei historische, kulturelle, politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten.

Es würde zu weit führen, alle diese Gemeinsamkeiten aufzuzählen. Erwähnt sei vor allem die lange Zugehörigkeit des historischen Landes Tirol vor seiner Teilung und Vorarlbergs zur Provinz Rätien nach der Eroberung des Alpenraumes durch Kaiser Augustus.

Auch kirchlich waren Tirol und Vorarlberg aufs engste verknüpft. Seit dem 5. Jahrhundert gehörte zuerst ganz Vorarlberg und schließlich der Süden des Landes bis ins 19. Jahrhundert ebenso zur Diözese Chur wie

der Tiroler Vinschgau. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden Teile Tirols und Vorarlbergs unter dem Bischof von Brixen in einer gemeinsamen Diözese vereinigt.

Aber auch in territorialpolitischer Hinsicht waren Tirol und Vorarlberg schon im ausgehenden Mittelalter eng verbunden. Die gemeinsame Verwaltung der gefürsteten Grafschaft Tirol und der Herrschaften vor dem Arlberg, die später das Land Vorarlberg bildeten, bedingte einen lebhaften kulturellen und wirtschaftlichen Austausch.

Gemeinsam ist den beiden Ländern auch ein wesentliches Kapitel der Landesgeschichte, nämlich die Erhebung gegen die bayerisch-französische Fremdherrschaft im Jahre 1809. Hier wie dort kämpfte man verbissen und zeitweise mit großem Erfolg für die Eigenständigkeit des Landes.

Das 19. Jahrhundert brachte in weiterer Folge die Zuwanderung starker Gruppen aus dem Trentino nach Vorarlberg. Vor allem die aufblühende Vorarlberger Textilindustrie sowie der Eisenbahnbau, vor allem der Bau der Arlbergbahn, führten Tausende Trentiner nach Vorarlberg. Ein beträchtlicher Teil wurde bald heimisch und sorgte für eine interessante kulturelle Komponente. Es wird sich nun ein gemeinsames Forschungsprojekt eingehend mit der Geschichte der Trentiner in Vorarlberg befassen.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die Folgen der sogenannten "Option". Von den ungefähr 75.000 Südtirolern, die ihre Heimat verließen, kamen über 10.000 nach Vorarlberg. In Bregenz und in Dornbirn betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung rund 10%. Es dauerte nicht lange, bis die Südtiroler innerhalb der Vorarlberger Bevölkerung eine feste soziale Stellung erlangt hatten, was sicherlich auch durch die früheren engen Beziehungen zwischen den beiden Regionen erleichtert wurde. Sie haben in Vorarlberg eine neue Heimat gefunden, ohne auf ihre Wurzeln zu vergessen, was seinen Ausdruck in der Pflege des Südtiroler Brauchtums findet.

Übrigens, eine ähnliche Veranstaltung wie heute hat es im Jahre 1497 gegeben. Damals nahmen Vertreter Vorarlbergs am großen Ausschußlandtag aller österreichischen Länder in Meran teil. Soweit also zu den historischen Beziehungen.

Wir sind heute Zeugen und hoffentlich auch - soweit es in unseren Kräften steht - Mitgestalter des europäischen Integrationsprozesses. In diesem Zusammenhang wird immer mehr von Subsidiarität und vom "Europa der Regionen" gesprochen. Aber, und das haben uns gerade Gespräche in den letzten Wochen in Brüssel und in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht, dieses "Europa der Regionen" kann nicht von oben geschaffen oder verordnet werden. Dieses "Europa der Regionen" muß von unten wachsen.

Die Regionen müssen sich ihrer Gemeinsamkeiten besinnen: der gemeinsamen Geschichte, des kulturell Verbindenden, der wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten und Abhängigkeiten, der prägenden Einflüsse durch Landschaft und Klima, kurz all dessen, was die Menschen durch historische und kulturelle Ereignisse, geographische Gegebenheiten und wirtschaftliche Beziehungen in diesem Raum bindet und verbindet.

Europäische Einigung und Integration wird, so meine ich, leider oft verkürzt und einseitig ausschließlich oder doch überwiegend nur als wirtschaftlicher Zusammenschluß gesehen. Aber wenn Grenzen sich öffnen und Grenzpfähle fallen, dann doch nicht nur oder überwiegend deshalb, daß sie für Waren, Dienstleistungen und Kapital durchlässiger werden, sondern vor allem deshalb, daß die Menschen leichter zusammenkommen, daß sie sich leichter begegnen und daß sie sich besser verstehen lernen.

Gerade die Bundesländer und Provinzen, die an Grenzen liegen, können diese Entwicklung nicht allein den Nationalstaaten überlassen. Die Nationalstaaten müssen die institutionellen und formellen Voraussetzungen schaffen. Unsere Aufgabe und Verantwortung aber liegt vor allem darin,

dafür zu sorgen, daß das gemeinsame Europa soweit als möglich zu einer echten Gemeinschaft wird, die die Menschen über die Grenzen hinweg verbindet.

Papst Paul VI. überschreibt in seiner Enzyklika "Populorum progressio" ein Kapitel mit "Entwicklung, der neue Namen für Friede". Er meint damit vor allem die Entwicklung in der Dritten Welt.

Dieses Wort gilt in einem anderen Sinne auch für die Industrieländer. Dort geht es vor allem um die Entwicklung der menschlichen Beziehungen als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Denn so heißt es in eben diesem päpstlichen Rundschreiben: "Die Welt ist krank. Das Übel ... liegt im Fehlen der brüderlichen Bande unter den Menschen und unter den Völkern". Ich bin überzeugt, daß die Intensivierung der Begegnungen der Repräsentanten der Länder eine Vorbildfunktion ausüben und entscheidend dazu beitragen kann, das integrierte Europa zu einer echten europäischen Gemeinschaft zu machen.

Als Politiker haben wir insbesondere die Aufgabe, das Gemeinwohl im Auge zu haben, also so weit als möglich der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wissen auch, daß nur das wirklich geregelt ist, was gerecht geregelt ist. In den Wohlstandsländern stellt sich vor allem das Problem, nicht nur die Segnungen des Wohlstandes gerecht zu verteilen, sondern auch die Belastungen, soweit sie nicht vermindert oder verhindert werden können, möglichst gleichmäßig aufzuteilen. Eine schwere Aufgabe, die nur in solidarischem Geist gelöst werden kann.

So hoffe ich, daß unsere Beratungen vom guten Willen getragen sind, die Probleme, deren es zweifelsohne viele gibt, sachlich zu diskutieren. Wem es hier nur um politische Profilierung und um mediale Schlagzeilen ginge, der hätte den Sinn dieses Zusammenkommens nicht verstanden.

Es ist heute nicht ein für allemal zu sagen, wie sich die Beziehungen und Verbindungen unserer vier Länder weiterentwickeln werden. Mag sein, daß wir andere, geeignetere Formen der Zusammenarbeit finden.

Immer aber sollten, so meine ich, unsere Zusammenkünfte vom Bemühen getragen sein, über Länder- und Parteigrenzen hinweg ausgewogene Lösungsvorschläge zu erarbeiten und uns für deren Realisierung einzusetzen, insbesondere aber einen Beitrag zu leisten, daß die Beziehungen und Begegnungen zwischen den Menschen unserer Regionen enger und vielfältiger werden und sie sich dadurch besser kennen und besser verstehen lernen.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Danke, Herr Präsident Jäger.

Ich darf nun zur Behandlung der Tagesordnung übergehen.

Punkt 1 der Tagesordnung: "RESOLUTION ÜBER EINE VERSTÄRKTE GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT".

Punto 1 dell'ordine del giorno: "RISOLUZIONE CONCERNENTE UNA PIU' INTENSA COLLABORAZIONE TRANSFRONTALIERA".

Ich verlese den Begleitbericht:

Dieses erste gemeinsame Treffen stellt eine historische Begegnung der vier Länderparlamente dar. Sie fügt sich in den Geist jener Richtlinien und Anregungen ein, wie sie von staatlichen und internationalen Gremien zu den grenzüberschreitenden Kontakten, zur Zusammenarbeit, zur gegenseitigen kulturellen Befruchtung und zur Pflege der Werte sprachlicher und volklicher

Minderheiten erlassen worden sind. Dieses Treffen soll den Weg für eine Vertiefung der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den vier Ländern ebnen.

Die lange gemeinsame Tradition demokratischer Selbstverwaltung dieser vier Länder, deren konkreter Ausdruck die hier versammelten Gesetzgebungsorgane sind, stellt einen Reichtum und ein Ideal dar, die es zu verteidigen und weiter auszubauen gilt. Dies soll vor allem im Bewußtsein jener Werte erfolgen, welche die Grundlage dieser demokratischen Tradition bilden und in effiziente Formen politischer Kooperation umzusetzen sind: die Achtung der Person, die Zusammenarbeit und Solidarität, die regionale Selbstverwaltung, das friedliche Zusammenleben der Volks- und Sprachgruppen.

Durch ein eigenständig gelebtes Modell der Solidarität und Toleranz zwischen den einzelnen Regionen und ihren Sprach- und Volksgruppen kann ein wesentlicher Beitrag zur Förderung und Stärkung einer europäischen Kultur der Grenzregionen geleistet werden. In diesem Rahmen sollen bestehende Unterschiede nicht als Konflikte, sondern als gegenseitige Bereicherung und als Voraussetzung für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Besserstellung der gesamten Bevölkerung gelebt werden.

Es soll deshalb das Ziel dieser vier Länder sein, alle jene Initiativen zu ergreifen, die geeignet sind, in diesem regionalen Raum die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Ressourcen aufzuwerten und durch die Schaffung einer neuen "regionalen Dimension" Wegbereiter für ein zukünftiges geeintes Europa zu werden, das den Besonderheiten dieses Wirtschafts- und Produktionsraumes, seinem Dienstleistungspotential, seinen Umwelterfordernissen und seinen kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten voll Rechnung trägt.

Zur Förderung und Sicherung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit müssen die bestehenden autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse der einzelnen Länder vor Einschränkung und Aushöhlung durch die Nationalstaaten und die Europäische Gemeinschaft geschützt und im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Föderalismus ausgebaut werden. Zur Erreichung dieses Zieles müssen sowohl programmatische als auch gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden.

Ein solches Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Geiste gut-nachbarlicher Beziehungen würde durch den EG-Beitritt Österreichs zusätzliche Impulse erhalten und in der Europäischen Gemeinschaft einen festen Platz einnehmen können.

Die Entwicklung hin zu einer gemeinschaftlichen Regionalpolitik unter Wahrung aller hier angeführten Rechte und Besonderheiten ist nicht im gesamten europäischen Raum gleich weit fortgeschritten. Das bisher von den hier versammelten vier Ländern vorgelebte Modell, dessen Weiterentwicklung sie sich zur Aufgabe setzen, weist in eine föderalistische Zukunft Europas, die als die einzig richtige empfunden wird und zur Nachahmung anregen soll.

Questa prima seduta congiunta rappresenta un incontro di portata storica tra i quattro parlamenti regionali. Essa si svolge nello spirito degli orientamenti e delle proposte avanzate dagli organismi nazionali ed internazionali in merito ai contatti transfrontalieri, alla collaborazione, al reciproco arricchimento culturale e alla difesa dei valori linguistici ed etnici delle minoranze. Questo incontro ha il compito di spianare la via all'intensificarsi della collaborazione culturale, sociale, economica e politica tra le quattro regioni.

La lunga e comune tradizione di autogoverno democratico di queste terre, di cui gli organi legislativi qui riuniti sono la concreta espressione, rappresenta un patrimonio e un ideale che va salvaguardato e ulteriormente sviluppato. Ciò deve avvenire soprattutto nella consapevolezza di quei valori che costituiscono il fondamento di questa tradizione democratica e che vanno tradotti in efficaci forme di cooperazione politica, valori quali: il rispetto della persona, la cooperazione e la solidarietà, l'autogoverno regionale, la pacifica convivenza dei gruppi etnici e linguistici.

L'applicazione concreta e autonoma del modello di solidarietà e tolleranza tra le singole regioni e i loro gruppi etnici e linguistici può offrire un sostanziale contributo alla incentivazione e al rafforzamento di una cultura europea delle regioni di frontiera. In questo contesto le differenze esistenti non vanno vissute come motivo di conflitto bensì come arricchimento reciproco e presupposto per una crescita culturale, sociale ed economica dell'intera popolazione.

Queste quattro regioni si pongono dunque l'obiettivo di intraprendere tutte le iniziative atte a valorizzare, in ambito regionale, le risorse sociali, economiche, culturali e politiche, iniziative che, mediante la creazione di una nuova "dimensione regionale", gettino le basi per un'Europa unita che rispetti pienamente le peculiarità di quest'area economica e produttiva, le potenzialità dei suoi servizi, le sue esigenze ambientali e le sue potenzialità di crescita in campo culturale.

Al fine di incrementare e salvaguardare questa collaborazione transfrontaliera, le competenze legislative e amministrative autonome delle singole regioni vanno difese da limitazioni e da un loro svuotamento ad opera degli stati nazionali e della Comunità europea e potenziate nel rispetto di un autentico principio di sussidiarietà e nello spirito del federalismo. Al fine di realizzare questi obiettivi è necessario assumere misure sia programmatiche che legislative.

A tale modello di collaborazione transfrontaliera, basato su rapporti improntati ad uno spirito di buon vicinato, deriverebbero, mediante l'adesione dell'Austria alla CEE, nuovi impulsi; esso potrebbe inoltre consolidarsi nell'ambito della Comunità europea.

Lo sviluppo di una politica regionale comunitaria all'insegna del rispetto di tutti i diritti e le peculiarità qui nominate, non è stato omogeneo sull'intero territorio europeo. Il modello applicato finora dalle quat-

tro regioni qui riunite - le quali si propongono di svilupparlo ulteriormente - indica per l'Europa un futuro federalistico, l'unico ritenuto valido e atto ad essere imitato.

Ich verlese den Resolutionsentwurf:

RESOLUTION

Über eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit

DIE LANDTAGE DER BUNDESLÄNDER TIROL UND VORARLBERG, DES TRENTINO UND SÜDTIROLS, WELCHE AM 21. MAI 1991 IN MERAN ZU EINER GEMEINSAMEN SITZUNG ZUSAMMENGETRETEN SIND,

- im Bewußtsein, daß die Menschen dieser vier Länder bereits seit Jahrhunderten zusammenarbeiten und regen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch pflegen;
 - im Bewußtsein, daß die vier Länder in der Gestaltung und in einem Zusammenwachsen Europas auf föderalistisch-regionalistischer Grundlage eine Vorreiterrolle spielen wollen;
 - im Bewußtsein, daß dazu berufene zentrale staatliche und internationale Organe verschiedentlich erklärt haben, diese grenzüberschreitenden Aktivitäten benachbarter Gebietskörperschaften in "europäischem Geist" eher zu fördern, als zu behindern,
1. erachten eine enge Zusammenarbeit zwischen den hier vertretenen Ländern für notwendig, die auf die Bereiche Lokalkörperschaften, Wirtschaft, Kultur und Kommunikation ausgedehnt werden soll;
 2. halten zusätzliche Kontakte und Formen der Zusammenarbeit für notwendig, um diese europäische Region in die Lage zu versetzen, im zukünftigen Europa und in den Beziehungen zu den jeweiligen Staaten ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheit Ausdruck zu verleihen und diese zu festigen;
 3. schlagen vor, die Kenntnisse der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, über die gemeinsame Geschichte und darüber hinaus über die Besonderheiten der Autonomien unserer Gemeinschaften zu verbessern und diese gemäß den modernen, sozialen und kulturellen Erfordernissen und dem Prinzip der Subsidiarität zu stärken und weiterzuentwickeln;
 4. erachten es im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit in dieser europäischen Region und auf die Rolle, die sie in Europa spielen soll, für notwendig, Modelle für die wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, die ihren Erfordernissen und kulturellen Werten, den besonderen Umweltbedingungen und der Umweltqualität entsprechen und zugleich in der Lage sind, mit der Entwicklung des europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes Schritt zu halten;

5. kommen Überein, sich im Interesse der Sicherstellung eigenständiger politischer Gestaltungsmöglichkeiten für einen weiteren Ausbau der jeweiligen Autonomien und Kompetenzen der Länder einzusetzen;
6. betonen, daß die zwischen den vier Ländern entfaltete grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf die Stärkung föderalistischer Strukturen sowie auf die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips in Europa gerichtet ist und damit auch darauf abzielt, mögliche zentralistische Entwicklungen der Europäischen Gemeinschaft hintanzuhalten;
7. erklären ihre Bereitschaft, diese Grundsätze als bestimmend für die Tätigkeit im jeweils eigenen Wirkungsbereich anzuerkennen und das für die Durchsetzung der genannten gemeinsamen Ziele erforderliche solidarische Handeln auf sich zu nehmen;
8. kommen Überein, vorliegende Resolution der österreichischen Bundesregierung und der italienischen Regierung, den Regierungen der hier vertretenen Länder, den Vertretern in den gesamtstaatlichen Parlamenten und in den politischen Institutionen auf europäischer Ebene, den Körperschaften und Verbänden der Wirtschaft, den Berufsverbänden, den Gewerkschaften sowie den wissenschaftlichen Einrichtungen zu übermitteln;
9. beschließen jeweils, einem Präsidium der Landtage die Aufgabe zu übertragen, die hier zum Ausdruck gebrachten Absichten zu verwirklichen und kommen Überein, nach Bedarf wieder zusammenzutreten.

RISOLUZIONE

concernente una più intensa collaborazione transfrontaliera

LE DIETE REGIONALI DEL TIROLO E DEL VORARLBERG E I CONSIGLI DELLE PROVINCE AUTONOME DI TRENTO E BOLZANO RIUNITI IN SEDUTA CONGIUNTA IL 21 MAGGIO 1991

A MERANO:

- sono consapevoli che le popolazioni di queste quattro regioni collaborano già da secoli e intrattengono intense relazioni economiche, culturali e politiche;
 - sono consapevoli che queste quattro regioni intendono rivestire un ruolo guida nell'ambito della creazione e dell'integrazione dell'Europa su base regionale e federalistica;
 - sono consapevoli che gli organi statali centrali e internazionali competenti hanno ripetutamente dichiarato di voler incentivare piuttosto che frenare queste attività transfrontaliere esercitate dagli enti territoriali confinanti in uno spirito europeista,
- 1) ritengono necessario che la stretta cooperazione tra i Länder e le Province autonome qui rappresentati venga estesa anche a settori quali enti locali, economia, cultura e comunicazioni;

- 2) ritengono necessari ulteriori contatti e forme di collaborazione affinché quest'area europea sia in grado di rappresentare e difendere la propria peculiarità socioeconomica e culturale nella futura Europa e nei rapporti con i rispettivi Stati;
- 3) propongono di favorire presso le popolazioni, in particolare presso la gioventù, una più approfondita conoscenza della storia comune e delle peculiarità delle autonomie delle nostre comunità e di promuovere il loro potenziamento e sviluppo secondo le moderne esigenze sociali e culturali e secondo il principio della sussidiarietà;
- 4) ritengono necessario, ai fini dell'auspicato rafforzamento della collaborazione all'interno di quest'area europea e per il ruolo che essa intende svolgere in Europa, elaborare modelli di collaborazione economica, sociale e scientifica adeguati alle esigenze e alle diverse culture di quest'area, alle sue particolari caratteristiche ambientali ed alla qualità dell'ambiente e che siano in grado, al contempo, di tenere il passo con lo sviluppo dell'area socio-economica europea;
- 5) concordano di impegnarsi al fine di garantire un margine di azione politico autonomo per un ulteriore potenziamento delle relative autonomie e competenze dei Länder e delle Province autonome;
- 6) sottolineano che la collaborazione transfrontaliera sviluppatasi tra le quattro regioni mira al rafforzamento delle strutture federlistiche e alla realizzazione del principio di sussidiarietà in Europa nonché a frenare possibili sviluppi centralistici della Comunità Europea;
- 7) dichiarano la loro disponibilità a considerare questi principi determinanti per l'attività nel proprio ambito di azione e ad agire con la necessaria solidarietà per attuare detti obiettivi comuni;
- 8) convengono di trasmettere la presente risoluzione al Governo federale austriaco e al Governo italiano, agli Esecutivi dei Länder e delle Province autonome qui rappresentati, ai rappresentanti nei parlamenti nazionali e nelle istituzioni politiche a livello europeo, agli enti e alle associazioni economiche e di categoria, ai sindacati, nonché alle istituzioni scientifiche;
- 9) decidono di affidare di volta in volta ad una delle presidenze delle Diete e dei Consigli delle Province autonome il compito di realizzare gli intenti qui espressi e convengono di riunirsi nuovamente qualora ve ne sia l'esigenza.

Es folgt die Stellungnahme der Landeshauptleute.

Landeshauptmann Dr. Durnwalder hat das Wort.

DURNWALDER (SVP)

Landeshauptmann von Südtirol

Presidente della Giunta provinciale dell'Alto Adige

Sehr verehrte Frau Präsidentin!

Verehrte Präsidenten!

Zunächst einmal darf ich mich nochmals, obwohl es bereits die Frau Präsidentin getan hat, aber in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann bei den Präsidenten recht, recht herzlich bedanken, daß sie für das erste Treffen der vier Landtage Meran als Tagungsort ausgewählt haben. Es ist für uns wirklich eine große Ehre, und in diesem Sinne darf ich nicht nur die Präsidenten, sondern auch meine Kollegen Landeshauptleute und die einzelnen Abgeordneten der vier Landtage sowie auch deren Begleitpersonen, vor allem die Journalisten und die Techniker recht herzlich in Südtirol willkommen heißen. Es freut uns, daß heute auch das Wetter zum ersten Mal mitgemacht hat, d.h., daß wir heute endlich von der tiefen Kälte in einen hoffentlich schönen Sommer übergewechselt haben.

Wir sind uns alle - so glaube ich - der Aktualität und der politischen Tragweite bewußt, den dieser heutige Tag für unsere vier Länder einnimmt. Die vier Landtage sind heute Wegbereiter für eine ganz neue Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die zwar in dem vor bald 45 Jahren abgeschlossenen Gruber-Degasperi-Abkommen festgelegt ist, nun aber auf neuen Wegen und mit neuem Geist einem Ziel entgegengehen sollte, das europäischen Modellcharakter haben sollte und bestimmt auch haben wird.

Unsere heutige Begegnung hat sich nicht aus Zufälligkeiten ergeben - im Gegenteil. Ich würde sagen, sie hat sich aus der politischen Entwicklung heraus geradezu aufgedrängt, wie wir dem gerade verlesenen Reso-

lutionsentwurf entnehmen können. Wir müssen heute nicht Trennendes abbauen, sondern das vorhandene Gemeinsame wieder neu entdecken; in Meran findet sich heute wieder zusammen, was durch Jahrhunderte eine historisch gewachsene Gemeinschaft war, ein Kronland, wenn auch mit verschiedenen Sprachen, Kulturen und politischen Erwartungen. Unsere vier Länder haben nach den unseligen kriegerischen und politischen Wirrnissen der vergangenen Jahrzehnte wiederholt den Willen zu einer Zusammenarbeit unter Beweis gestellt.

Diese heutige Sitzung der vier Landtage soll mehr als nur eine beiläufige politische Willenskundgebung sein, mehr als ein feierlicher Akt. Wir wollen damit neue Zeichen setzen, wir wollen den Zentralregierungen und den neuen Machtzentren der Europäischen Gemeinschaft kundtun, daß diese historisch gewachsenen Ländergemeinschaften über die Grenzen hinweg auf politischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten wollen, und zwar aus der Überzeugung, daß wir nur im Rahmen von überregionalen Schulterschlüssen unsere vielbeschworene Autonomie und Eigenständigkeit, unseren politischen Stellenwert gegenüber zentralistischen Tendenzen von Rom, Wien und Brüssel werden verteidigen und, hoffen wir, ausbauen können. Die vielen Föderalismus- und Regionalismuskussionen, die ich in den letzten Wochen und Monaten miterleben konnte, haben mich immer mehr in meiner Auffassung bestärkt, daß nur Zusammenschlüsse von Regionen und Ländern mit überschaubaren Dimensionen und mit ungefähr gleichen Kompetenzen in der zukünftigen Europäischen Union eine Chance haben werden, auch Gehör für ihre ureigenen Selbstverwaltungsbedürfnisse finden zu können. Gerade unter diesem Blickwinkel hat der heutige Tag eine ganz besondere Bedeutung. Das Alte Tirol ist hierzu Vorbild und Auftrag zugleich.

Die vier Länder Vorarlberg, Trentino, Südtirol und Bundesland Tirol besitzen dazu mit dem Accordino einen politisch-rechtlichen Anker, wie ihn wohl keine andere Ländergemeinschaft im Alpenraum und darüber hinaus hat. Wenn wir heute nachmittag als gewählte Vertreter der Bevölkerung dieser vier Länder in einer Resolution uns darüber aussprechen werden, dieses Sonderabkommen in seinem Anwendungsbereich mit zusätzlichen, der jetzigen Zeit angepaßten Inhalten zu versehen, so wollen wir damit weit mehr als nur einen symbolischen Akt setzen. Wir können damit unter Beweis stellen, daß wir die große europäische Einigung in einem geographisch überschaubaren Raum vorwegnehmen wollen, mittels einer Dynamisierung der Zusammenarbeit im technischen, ökologischen, kulturellen, sozialen und im Dienstleistungsbereich. Der beantragte Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft sollte uns nicht davon abhalten, bereits jetzt zu versuchen, die bestehenden Grenzen noch durchlässiger und überwindbarer zu machen. Indem wir das Accordino entsprechend ausbauen, leisten wir dazu wertvolle Vorarbeit, wir nehmen einen Schritt vorweg vor allem in bezug auf den Arbeitsmarktbereich.

So wird diese heutige Sitzung in Meran - so hoffe ich - zu einem Markstein in unserer jahrhundertelangen Gemeinsamkeit werden, äußerlich unterstrichen durch die fast vollzählige Anwesenheit der Abgeordneten aus den vier Ländern, nach einer fast 80jährigen Unterbrechung. Möge das weltberühmte Klima von Meran, jener Stadt, die von 1250 bis 1410 Hauptstadt und Residenzstadt der Gefürsteten Grafen von Tirol war, die Früchte unserer heutigen Versammlung sprießen und gedeihen lassen, zum Wohle unserer Länder, die zwar durch staatliche Grenzen getrennt sind, deren Bewohner aber immer schon über die Berge den Weg zueinander gefunden haben. Vielleicht trägt unsere heutige Begegnung dazu bei, die heute noch bestehenden Grenzen durchlässiger zu machen und ein Beispiel für die Zusammenarbeit der Regionen Europas zu bilden. Danke vielmals!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Landeshauptmann Dr. Partl hat das Wort.

PARTL (ÖVP)

Landeshauptmann von Tirol

Presidente del Governo regionale del Tirolo

Verehrte Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Herren Präsidenten!

Hohe Landtage, Landeshauptleute, Regierungen!

Verehrte Damen und Herren!

Die Begegnung der vier Landtage in der alten historischen ersten Landeshauptstadt Tirols ist nicht nur ein bewegendes Erlebnis, sondern wohl auch ein Markstein in der modernen Zusammenarbeit unserer Länder und Regionen und ein Signal für ganz Europa, wie die Konstruktion dieses künftigen Europa nach unserer Vorstellung sein sollte.

Vor wenigen Tagen ist in Brüssel bei den Verhandlungen um den europäischen Wirtschaftsraum doch ein entscheidender Fortschritt gelungen, wenn auch ganz wesentliche Fragen noch offen sind und auszuhandeln sind. Einen Tag später hat der Tiroler Landtag den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß der Abschluß eines EWR-Vertrages oder auch eines Transitvertrages zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft nur mit Zustimmung des Landes Tirols erfolgen darf, das heißt, daß wir die europäische Entwicklung mitgestalten wollen, nach unseren Vorstellungen und aus unse-

rer Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft, und daß wir uns dabei erwarten, daß ganz wesentliche, elementare Fragen der Bevölkerung Berücksichtigung finden.

Wir haben stets große Hoffnungen in die Zusammenarbeit Europas gesetzt und tun das auch weiterhin. Wir glauben, daß dieses Europa der Vaterländer und der Regionen eine solide, gute Basis ist für eine friedliche Langzeitentwicklung für die kommenden Generationen. Wir sind auf Grund unserer geographischen Lage im Herzen der Alpen und im Herzen Europas natürlich von der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern durch die Jahrhunderte auch entscheidend mitgeprägt worden.

Unsere Länder stehen heute in einem starken Spannungsfeld außeralpiner Kräfte: das ist einmal der starke italienische und deutsche Wirtschaftsraum, das ist aber ganz Europa. Und da kommen auswärtige Interessen an unseren Lebensraum heran, in der Frage des Verkehrs etwa, in der Inanspruchnahme des Erholungsraumes, der Freizeitgestaltung und auch der Bau- und Siedlungspolitik. Es ist unser ureigenstes Recht, die Zukunft so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen der heimischen Bevölkerung in der Gegenwart und vor allen Dingen in der Zukunft entspricht. Und das kann nicht und darf nicht von übergeordneten Stellen ferngesteuert und fremdbestimmt erfolgen, sondern muß aus der Verantwortung der eigenen Bevölkerung heraus gestaltet werden. Das Selbstbewußtsein unserer Bevölkerung, der Schutz des Lebensraumes, die Erhaltung und die Entfaltung der eigenständigen Kultur, eine regional ausgeglichene Wirtschaftsstruktur, die Sicherung der bäuerlichen Form in unserer Landwirtschaft, ein von der heimischen Bevölkerung getragener Tourismus und ein ausgewogenes Sozialgefüge müssen entscheidend dazu beitragen, daß wir ein gutes Fundament für die Zukunft haben.

Die große Herausforderung für unsere gemeinsame Region in Europa ist daher, die bestimmende und formende Kraft unserer Bevölkerung und unserer politischen Vertretung in diesen vier Ländern, Landesteilen und Regionen zur Entfaltung zu bringen. Dann wird also die Identifizierung der Bevölkerung mit einer europäischen Region erfolgen und nur so kann dieses Europa auf eine solide Plattform für die Zukunft gestellt werden.

Das "historische Tirol" ist ja ein überzeugendes Beispiel. Durch Jahrhunderte hindurch war es ein starker Wirtschafts- und Kulturraum mit einer formenden Kraft für das ganze mittlere Europa.

Ich bin zutiefst überzeugt - meine Damen und Herren -, daß die Zukunft Europas nicht in einem anonymen zentralen Bürokratismus liegen kann, sondern nur in einem Bewußtsein der Völker, der Kulturen. Das ist die Grundlage und das Fundament. Und es ist Aufgabe der Landtage und der Regierungen, den regionalen Zusammenschlüssen ein neues Gesicht zu verleihen, eine neue Aufgabe zu geben und ein breit angelegtes Bewußtsein zu diesem Thema zu schaffen, von der Bevölkerung hinauf bis zur europäischen Gemeinschaft. Das ist das, was unseren Vorstellungen von Demokratie und Föderalismus entspricht. Wir erwarten uns von der regionalen Zusammenarbeit nicht nur wirtschaftliche Vorteile und Erfolge auf der internationalen politischen Bühne, sondern wir wollen mit dieser Form ein Modell der Zusammenarbeit einer Region für ganz Europa geben, ein Modell für die Zusammenarbeit auch zwischen verschiedenen Kulturen und Sprachgruppen. Es gibt viele gleich- und ähnlichgelagerte Gebiete in Europa, wo dieses Modell nachgebaut werden kann, und einige sind schon unterwegs.

Eine Form der Zusammenarbeit ist nun seit über vierzig Jahren das Accordino. Und ich freue mich, daß wir heute darangehen können, einen kräftigen Schritt weiterzugehen in dieser Zusammenarbeit der vier Länder und Regionen, über den reinen Warenaustausch und die kulturelle Zusammenarbeit hinaus, über den Arbeitsmarkt in soziale Bereiche und dann einmal

in die freie Niederlassung hinein, in die Ausbildung, in die berufliche Qualifikation, in die Bewältigung von Umweltfragen usw. Da ist auch die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer ein Modell, das bereits in ganz Europa Nachahmung gefunden hat.

Das Streben nach Autonomie und Selbständigkeit ist heute, Gott sei Dank, in Europa zu einer wachsenden Kraft geworden. Das ist eine hoffnungsvolle Entwicklung, weil sie von der Bevölkerung mitgetragen wird und im tiefsten Wesen auch einer demokratischen Gesinnung entspricht. Dieses neue Bewußtsein nach Autonomie und Selbständigkeit ist auch ein warnendes Signal für alle zentralistischen Bestrebungen, den Freiraum der historisch gewachsenen Länder und Regionen zu respektieren und nicht einzuschränken. Gemeinsam sind wir stärker, Solidarität untereinander unterstützt die Durchsetzung unserer Forderungen gegenüber den Zentralregierungen. Diese Grundsätze wurden kürzlich auch von der Konferenz Europa der Regionen in eindrucksvoller Weise unterstrichen.

Ich sehe in der Stärkung der Regionen und selbständigen Länder ein gesundes Selbstbewußtsein und das demokratische Fundament für eine gute Zukunft. Grundvoraussetzung dafür ist eine wirklich tiefgreifende Neuverteilung der Staatsaufgaben im Hinblick auf die europäische Integration für das Land. Das Land Tirol ist nicht nur fordernd hinsichtlich des Föderalismus, sondern auch bereit, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen. Wir sind bereit, den Prozeß der Einigung Europas mitzutragen, dies aber nur unter der Voraussetzung, daß wir auch entscheidend mitreden und mitgestalten können.

So sehe ich unsere heutige gemeinsame Tagung als eine eindrucksvolle Manifestation des gemeinsamen Willens, die Zukunft in Europa als verantwortungsbewußte Volksvertreter aktiv mitzugestalten. Wir im Bundesland

Tirol halten uns dabei an die erste Zeile der dritten Strophe der österreichischen Bundeshymne "Mutig in die neuen Zeiten" gestalten wir das gemeinsam. Danke schön!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

La parola al Presidente Dr. Malossini di Trento.

MALOSSINI (DC)

Presidente della Giunta provinciale di Trento

Landeshauptmann von Trient

Signori Presidenti,
Colleghi Presidenti dei Governi regionali,
Signori Consiglieri!

A questo importante appuntamento, voluto dai Presidenti delle nostre Assemblee legislative, desidero portare il saluto e la partecipazione cordiale della Giunta della Provincia autonoma di Trento, condividendo la rilevanza che questo incontro riveste anche per il Trentino sia dal punto di vista storico-culturale, che in ordine alle nuove ed improrogabili esigenze di apertura, di collegamento e di relazione transfrontaliera, che i problemi del presente e ancor più le prospettive dell'immediato futuro sollevano. E' importante che oggi si incontrino le Assemblee legislative, espressione di tutte le forze politiche che le compongono: si rende esplicita una volontà e un obiettivo che a vario titolo molti di noi hanno cercato di alimentare e sollecitare.

Personalmente, infatti, non posso non riconoscere in questa stessa occasione quanto significativo risulti il dialogo, la collaborazione fattiva e propositiva, che assieme ai colleghi Partl, Purtscher, Durnwalder e Andreolli, abbiamo stabilito e ormai fortemente consolidato.

E' un fatto che il Trentino è e si sente da sempre parte integrante della più vasta area alpina tirolese. Ad essa ci legano inescandibilmente molteplici fattori, quali un radicato patrimonio di valori popolari ancora vivi ed avvertiti dalla gente; le nostre tradizioni autonomistiche, comunitarie e solidaristiche; un'omogeneità di interessi e di risposte ai bisogni delle nostre comunità; caratteristiche poi economiche e territoriali affini; vie di comunicazione essenziali alla vita e allo sviluppo delle nostre realtà.

Certamente i termini e le modalità di questa nuova costruzione sono tutti da scoprire e da esplorare.

Credo allora che rinnovare e rilanciare oggi la chiara consapevolezza di questi motivi di appartenenza, pure nel fermo e preciso rispetto delle distinte identità e delle connotazioni specifiche di ciascuno, possa costituire per la nostra Provincia e le altre comunità del Tirolo, del Vorarlberg e del Sudtirolo, non soltanto un valido stimolo per consolidare e rafforzare i rapporti di attenzione, di stima e direi anche di amicizia reciproca, che ci uniscono e che devono certamente sussistere tra noi, ma soprattutto per esercitarci, nei limiti che ci sono consentiti, a mettere sistematicamente a confronto ed in relazione i nostri problemi, le nostre aspettative, le nostre soluzioni politiche ed istituzionali.

Intendo dire che oggi esistono le condizioni per cercare i modi e le forme adeguate ad affrontare insieme, e non più separatamente, le questioni - che non sono poche né irrilevanti - che possono essere oggetto di un interesse reciproco e condiviso.

Non vi è dubbio che una nostra partecipazione comune, riconosciuta ed autorevole, alla comunità europea dipenderà in larga misura dall'aver saputo dimostrare o meno capacità di incontro, di intesa e di collaborazione fattiva tra le nostre comunità, Regioni e Province, all'interno di quest'area tirolese.

Mi permetto di affermare, in questo spirito, che oggi le ragioni che ci spingono ad intrecciare i nostri percorsi sono molte e di indubbio rilievo.

Vi sono innanzitutto ragioni culturali e storiche, già ricordate, da mettere in sintonia attraverso appositi programmi di studio e di ricerca concordati sul piano operativo fra quanti nell'ambito delle nostre Comunità si occupano di tali questioni. Occorre, infatti, approfondire e descrivere il profilo della nostra comune identità, la cui singolare natura, oltre ad avere solide radici nel passato, trova riferimenti anche nella capacità di riunire sotto un unico denominatore popoli dalla cultura, dalla lingua e dai riferimenti etnici diversi, realizzando una forma di collaborazione che oggi può essere considerata tipicamente europea.

Esistono inoltre - tra i motivi di reciproca intesa - ragioni di carattere più propriamente economico, strettamente collegabili a chiari riferimenti ambientali. Va evidenziata a questo riguardo la questione dell'agricoltura di montagna, da difendere e da affermare nei confronti delle logiche proprie di un'agricoltura di mercato, quale è e non può che essere l'agricoltura europea. E questo non tanto e non solo in funzione di una redditività economica immediata, quanto piuttosto per garantire, all'interno di un'area difficile qual è l'area alpina, la permanenza degli agricoltori con un preciso ruolo di custodi e difensori della montagna.

Non posso quindi evitare un richiamo esplicito al problema della difesa dall'inquinamento in tutte le sue manifestazioni. Ciò nella prospettiva non solo di una salvaguardia del nostro grande patrimonio naturale, ma anche di un prezioso servizio all'Europa e tenendo conto della crescente domanda di spazi per il tempo libero che emerge dalle popolazioni urbane a nord e a sud delle Alpi.

Assume particolare rilievo in questa ottica la questione del governo unitario dei traffici e delle combinazioni di traffico nord e sud; si tratta di contribuire insieme a risolvere in termini moderni e secondo le grandi tradizioni della storia i collegamenti fra il nord e il sud nel rispetto di quell'ambiente che l'Europa ha il diritto non solo di attraversare, ma anche di godere in tutto il suo singolare valore.

Vi è, infine, ed è questa una modalità che dovrà essere accertata anche all'interno dell'Accordino preferenziale italo-austriaco che riguarda le nostre comunità, la questione delle forme e delle modalità nuove con le quali potranno essere realizzati in Europa servizi transfrontalieri secondo modelli estensibili anche agli Stati dell'Est europeo.

Credo allora che una rinegoziazione dell'Accordino preferenziale, di cui si parlerà oggi attraverso la relazione introduttiva della nostra Regione, finalizzata ad elaborare le nuove funzioni e i nuovi compiti delle nostre autonomie in ordine alla questione dei sempre più aperti confini che segnano l'Europa proiettata verso l'unità, sia un'operazione urgente, che va promossa da tutti noi con il massimo impegno possibile, ovviamente in raccordo con le responsabilità dei Governi nazionali.

Siamo, infatti, terre e comunità di frontiera dotate di una specifica autonomia, che hanno quindi l'opportunità straordinaria di creare e di sperimentare insieme quella nuova e più ampia "dimensione regionale", che dovrà essere chiaramente identificabile e distinguibile nella nuova Europa dell'integrazione.

Vogliamo decisamente impedire che in questa Europa siano cancellate o negate le differenze, perché - ne sono fermamente convinto - solo riconoscendo nei fatti e quindi nelle istituzioni comunitarie un autentico ed articolato pluralismo delle autonomie, si riuscirà a costruire un vero sistema aperto, partecipato ed arricchito dal contributo di tutte le componenti che lo formano e che rappresentano ciascuna una tessera indispensabile di questo grande mosaico.

Certamente io credo che Merano, da questo punto di vista, rappresenterà un'occasione importante per lanciare non solo questo messaggio, ma rinsaldare un rapporto di grande amicizia. E quindi faccio un augurio a questi nostri lavori.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Das Wort hat Landeshauptmann Dr. Purtscher.

PURTSCHER (ÖVP)

Landeshauptmann von Vorarlberg

Presidente del Governo regionale del Vorarlberg

Geschätzte Frau Präsident!

Meine Herren Präsidenten!

Geschätzte Kollegen Landeshauptleute!

Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Ich freue mich über diese Begegnung mit den Kolleginnen und Kollegen der Länderparlamente und der Landesregierungen des Accordino-Raumes. Ich halte es für wichtig und zukunftsweisend, wenn wir unsere regionale Zusammenarbeit intensivieren.

Heute ist Landtag und kein Diplomatenbankett. Deshalb möchte ich frei und offen meine Meinung zu den vorgelegten Resolutionsentwürfen darlegen, wie es im Landtag guter Brauch ist und unter Freunden erst recht.

Meine Damen und Herren! Das Europa von morgen wird ein "Europa der Regionen" sein. Davon bin ich felsenfest überzeugt, denn die europäische Einigung darf nicht zum Synonym für Anonymität und Zentralismus werden, ist doch der Reichtum Europas die Vielfalt der Kulturen und Traditionen.

Die Kardinalfrage unserer Zeit lautet: Welches Ordnungsprinzip wird das Europa von morgen gestalten? Ein Euro-Zentralismus, ein wiedererwachter Nationalismus oder ein Euro-Föderalismus? Wohl niemand wird die treffende Analyse der gegenwärtigen Trends widerlegen können, die der amerikanische Ökonom Daniel Bell so treffend formuliert hat: "Die Nationalstaaten sind für die großen Probleme unserer Zeit zu klein und für die kleinen zu groß". In der Tat, die großen politischen Probleme unserer Epoche, Wirtschaft, Umwelt, der Verkehr, die Forschung und vieles andere mehr, nehmen immer mehr globalen Charakter an und bedingen gemeinsames, internationales Handeln. Gleichzeitig aber individualisieren sich die Lebensstile und Lebensumstände der Menschen. Es bedarf einer neuen Kultur des sozialen Helfens.

Die sich aus diesen Entwicklungstrends ergebende Notwendigkeit einer neuen Aufgabengliederung zu erkennen, ist Aufgabe aller Verantwortungsträger der drei Ebenen: der europäischen Gemeinschaft, der Nationalstaaten und der Regionen. Und je größer die Europäische Gemeinschaft wird, um so stärker wird die Bewegung des Regionalismus zur Wahrung der Identität der kleineren, historisch gewachsenen Einheit als Gegenbewegung

zum europäischen Zentralismus. Bannerträger dieses europäischen Regionalismus ist die Konferenz der Regionen Europas, deren dritte Tagung im vergangenen Oktober in Trient unter Vorsitz von Landeshauptmann Malossini stattfand und die damals eine große Resolution gefaßt hat, die dann auch von der Versammlung der Regionen Europas übernommen wurde und auch inzwischen bereits Früchte gezeigt hat, denn der Präsident der EG-Kommission Delors bekennt sich nunmehr auch zur Aufnahme des Subsidiaritätsprinzips in den Römerverträgen.

Meine Damen und Herren, ich würde es sehr begrüßen, wenn daher in der Resolution des Vierer-Landtages im Punkt 6 eine Verstärkung erfolgt, indem wir die gesamte kurzgefaßte Resolution der Konferenz der Regionen Europas und auch der Versammlung der Regionen Europas übernehmen und die Verankerung des klassischen Subsidiaritätsprinzips fordern; ferner die Institutionalisierung der Mitwirkungsrechte der Länder und Regionen durch Schaffung eines Regionalorganes - wie das dann immer heißen soll, EG-Senat oder wie immer -, und schließlich die Einführung des Klagerechtes für die Länder und Regionen.

Unser heutiges Treffen ist nicht nur eine historische Reminiszenz, die Beschwörung einer gemeinsamen Vergangenheit. Wir haben erkannt, daß es nicht nur um eine Stärkung der Rechte der Länder und Autonomien geht, sondern auch über Länder- und Staatsgrenzen hinweg, um eine überregionale Zusammenarbeit, die geographisch, historisch, kulturell und wirtschaftlich vorgezeichnet ist. Gemeinsame Verantwortung verbindet. Und das ist heute unser Thema, ein Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Regionalpolitik, die durch einen weiteren Ausbau der Kompetenzen unserer autonomen Provinzen und Länder gewährleistet und gefördert werden soll.

Formaler Anknüpfungspunkt kann die historische Tatsache sein, daß unsere Länder - nach der Mediatisierung der Fürstbistümer Brixen und Trient - gut hundert Jahre einer staatlichen gemeinsamen Verwaltung unterworfen waren; ein Faktum, an das - wenn ich es recht sehe - auch mit dem Accordino angeknüpft wurde.

Wir bekennen uns alle - so hoffe ich - zu den vielfältigen, gemeinsamen historischen Wurzeln der hier versammelten Regionen aus der Erkenntnis, daß unser "Wohin" auch vom Wissen über das "Woher" bestimmt wird. "Renaissance der gefürsteten Grafschaft Tirol" kann nur für den Raum, aber nicht für den Machtbegriff Geltung haben, denn unter "Europa der Regionen" verstehen wir gleichberechtigte Partner. Aber, um nicht mißverstanden zu werden: Vorarlberg fühlt sich mit Tirol seit jeher eng verbunden, was zwischen Nachbarn gar nicht selbstverständlich ist. Und ich habe den Eindruck, daß die Tiroler unseren Kampf um die Unabhängigkeit vom Verwaltungszentralismus - einige Jahrzehnte waren wir ja Freiburg zugeordnet und dann bis 1918 Innsbruck - den Vorarlbergern nicht mehr verübeln. Die parlamentarische Eigenständigkeit wurde ja in den Landständen offenkundig, die übrigens weder eine Fürsten- noch eine Prälatenbank kannte in Vorarlberg, sondern nur eine gemeinsame Kurie von Bürgern und Bauern.

Aber - meine Damen und Herren - das ist Vergangenheit. Was viel mehr die Vorarlberger aus der Historie in die Gegenwart und in die Zukunft mit den heute versammelten Ländern verbindet, sind die menschlichen Bindeglieder, die Brücken, die Tausende Trentiner und Südtiroler Familien nach Vorarlberg geschlagen haben oder schlagen mußten. Vor hundertzwanzig Jahren begann die Welle der Einwanderung aus dem - wie es damals hieß - "Welschtirol". Trentiner suchten in der aufstrebenden Industrie Arbeit; oder ich erinnere an den Leidensweg, aufgrund der Option, die zehntausend Südtiroler vor einem halben Jahrhundert in unser Ländle führte. Die Be-

ziehungen zu Südtirol sind traditionell freundschaftlich und wurden durch Landeshauptmann Magnago, dessen Mutter ja aus Bregenz stammte, intensiv gepflegt. Und ich bin dem Kollegen Durnwalder für die Fortsetzung dieser Vorarlberg-Kontakte dankbar.

Seit gut zwei Jahren erleben wir auch eine regelrechte Trentino-Renaissance, die in einem großen Festakt im Herbst des vergangenen Jahres einen Höhepunkt fand und zahlreiche Initiativen eine Fortsetzung nehmen. Hier sind wir unserem Freund Mario Malossini zu großem Dank verpflichtet. Daß die Beziehungen zum Land Tirol gut und eng sind, muß ich nicht eigens betonen.

Eine noch stärkere Kooperation unseres Quartetts kann uns aber zweifellos nur nützen. Zum einen haben wir gemeinsame oder gleiche Probleme, die wir nur solidarisch zueinander und solidarisch nach außen lösen oder zumindest lindern können. Als Stichworte nenne ich nur Transit, Berglandwirtschaft oder Grundverkehr.

Auf welcher Basis sollen wir enger zusammenarbeiten? Ich meine, auf der Basis der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der bewährten Trägerin der regionalen Zusammenarbeit im zentralen Alpenraum. Die ARGE ALP bietet einer Intensivierung der Beziehungen unserer Länder durchaus Raum und von unserer engeren Zusammenarbeit könnte von diesen vier zentral gelegenen Ländern für die ARGE ALP auch eine integrierende Dynamik ausgehen, insbesondere für Themen, die innerhalb der zehn ARGE ALP-Länder mit ihren 30 Millionen Bürgern unterschiedlich beurteilt werden, z.B. das Verkehrsproblem. Ich möchte daher anregen, im Rahmen unserer Resolutionen, auch an den richtigen und wichtigen Adressaten der Europäischen Gemeinschaft, die Forderung nach einer den vitalen Lebensbedürfnissen unserer vom Transit betroffenen Bevölkerung, den Abschluß eines akzeptablen, langfristig gültigen Transitvertrages aufzunehmen.

Wie sehr das Vorbild der ARGE ALP wirkte, beweist die wesentlich später erfolgte Gründung der ARGE ALPEN-ADRIA, der ARGE DONAULÄNDER, und ich möchte nicht versäumen, auf die in Bildung befindliche "EUREGIO BODENSEE", die für Vorarlberg natürlich besonders bedeutsam ist, hinzuweisen.

Noch einige Sätze zum Accordino: Das Accordino ist ein Kind seiner Zeit, das mit dem EWR, spätestens aber mit dem EG-Beitritt Österreichs obsolet sein kann. Und das sollte uns eigentlich nicht bedenklich, sondern vielmehr froh stimmen. Aus der Trennung entstanden, durch die Einigung erfüllt. Ich glaube, die Väter des Accordino wären übergelückt. Ob bzw. inwieweit es Sinn hat, das Accordino im Sinne einer Übergangslösung bis zu dem nun doch offenbar bald realisierbaren EWR-Vertrag auszubauen oder allenfalls sogar in Bereichen, die längerfristig von der EG-Integration nicht erfaßt werden, wird zu prüfen sein. Ich möchte auch zu bedenken geben, daß das Accordino ein Vertrag auf gesamtstaatlicher Ebene ist.

Die Accordino-Länder zu einem gemeinsamen Akkord über Wirtschaftsfragen hinaus anzustreben, ist ein wesentliches Ziel des Vierer-Landtages. Ich bin ein engagierter Verfechter der überregionalen und vor allem grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, doch bedarf es, je nach den einzelnen Problemkreisen, der klaren Konzentration auf die jeweils kompetenteste und sinnvollste ARGE, um ein "arges" Durcheinander zu vermeiden.

Transnationalisierung der Wirtschaft und politische Integration lassen die nationalen Grenzen als Trennungslinien nebensächlich erscheinen. Die österreichischen Bundesländer sind aus ihrer Geschichte und aus ihrem Selbstverständnis Grenzregionen. Deshalb sind sie auch in besonderem Maße geeignet, die wahre und die neue Rolle der Grenzräume Europas einzunehmen: als verständnisvolle Partner und Vermittler grenzüberschreitend und zugleich als Verantwortungsträger, um den patriotischen Gefühlen ihrer Bürger Geborgenheit und Heimat zu bieten.

Meine Damen und Herren, ein föderalistisch organisiertes Österreich in einem "Europa der Regionen", das ist unsere Vision für eine gute Zukunft!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Wir kommen nun zur Diskussion des Resolutionsentwurfes.

Bevor ich aber das Wort an die bereits zahlreich vorgemerkten Redner weitergebe, möchte ich darauf hinweisen, daß sie vom Platz aus sprechen können. Es wird ihnen ein Funkmikrofon hingestellt.

Zum anderen möchte ich nun eine Verfahrensfrage klären. Es sind, wie Sie festgestellt haben, einige Abänderungsanträge zur Resolution eingebracht worden. Teilweise befinden sie sich bereits in den Mappen, aber es sind auch jetzt noch Abänderungsanträge vorgelegt worden. Meine Frage: Wären Sie mit dem Vorschlag einverstanden, daß, angesichts der knappen Zeit, welche wir zur Verfügung haben, wir alle Abänderungsanträge, die eingegangen sind, in einer nachfolgenden Sitzung der Präsidenten mit den Fraktionssprechern aufarbeiten, um dann sozusagen den Nachweis auch schon zu erbringen, daß wir die heutige Sitzung weiterführen in Form einer Arbeitssitzung mit Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden aller Länder?

Wenn Sie nun bitte bei den Wortmeldungen, sofern es sich um die Fraktionsvorsitzenden handelt, auch darauf Antwort geben möchten, damit wir zum Schluß dann wissen, wie wir uns zu verhalten haben.

Als erster hat sich der Präsident des Regionalausschusses von Trient, Dr. Andreolli, zu Wort gemeldet. Bitte, Sie haben das Wort.

ANDREOLLI (DC)

**Presidente della Giunta regionale Trentino-Alto Adige
Präsident des Regionalausschusses Trentino-Südtirol**

Signor Presidente!

Colleghi!

Desidero come Presidente della Regione portare qui il saluto convinto mio personale, del Governo Regionale e plaudere a questa iniziativa. Questa iniziativa rappresenta veramente un momento di straordinaria occasione per verificare fra noi la volontà nuova di costruire un'Europa nuova.

Nel dichiarare quindi la nostra piena adesione a questa proposta, auspico che questa stessa iniziativa possa ripetersi e non rappresentare solo un momento iniziale puntuale.

Oggi il Tirolo storico si è riunito compatto e per la prima volta possiamo dire che abbiamo lasciato alle spalle le due Guerre Mondiali che hanno segnato una forte divisione fra noi.

Oggi c'è anche però un obiettivo concreto che è quello di dare uno spirito nuovo all'Accordino, da strumento economico trasformarlo in un fatto politico. Questo è un fatto altamente positivo che auspichiamo possa dare frutti concreti. Si tratta di anticipare nei contenuti l'entrata dell'Austria nel Mercato Comune, per trovare radici concrete di adesione, perché questa nostra comunità possa crescere insieme, in pace ed in armonia.

Siamo alla vigilia della fine della vertenza altoatesina, alla vigilia del trattato di amicizia che noi auspichiamo presto fra Italia ed Austria ed è in questo clima che questo accordo storico auspico possa continuare anche per il futuro.

Voglio anche dire che per questo Accordino la Regione si è sempre attivata perché rappresenti un incontro non solo economico di scambio di merci, ma rappresenti veramente un incontro fra queste comunità.

L'auspicio che qui io formulo è che attraverso l'Accordino questa entità giuridica che è la Regione Trentino-Alto Adige non sia vista come un elemento storico di divisione tra le nostre due comunità, di Trento e di Bolzano, del Trentino e del Südtirol, ma sia visto come un elemento che concorra alla collaborazione fattiva per la costruzione della nuova Europa e di questo aggregato storico che è il Tirolo, che può avere una storia nella crescita della nostra comunità europea e nello stesso tempo una rappresentanza delle nostre comunità alpine, segnate dalla storia e da una lunga tradizione. Vi ringrazio!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Es scheint der Wunsch zu bestehen, daß alle Redner vom Rednerpult aus reden wollen. Somit ersuche ich aber den jeweils nächsten Redner, sich vorzubereiten, damit wir durch den Wechsel nicht zu viel Zeit verlieren.

Der Fraktionssprecher Handle hat das Wort für den Landtag Tirol. Als nächster möchte sich Vizepräsident Kantner vorbereiten.

HANDLE (ÖVP)

Sehr geschätzte Frau Präsidentin!
Meine Herren Präsidenten!
Verehrte Herren Landeshauptleute!
Hohe Landtage!

Gestatten Sie mir, anknüpfend an einen Halbsatz aus der Präambel zur vorhin verlesenen Resolution, einige Überlegungen in gebotener Kürze anzustellen. Dieser Halbsatz lautet: "Die lange gemeinsame Tradition demokratischer Selbstverwaltung dieser vier Länder". Wir Tiroler, wir sind stolz auf die Frühentwicklung des politischen Mitbestimmungsrechtes der Bevölkerung. Es hat unser Selbstverständnis und unser Selbstbewußtsein maßgeblich geprägt, daß bereits vor mehr als einem halben Jahrtausend freie Bauern in den ständischen Versammlungen und Körperschaften, den Vorgängerinstitutionen unserer Landesparlamente, vertreten waren. Diese Tradition demokratischer Selbstverwaltung ist in unseren vier Ländern in vieler Hinsicht gemeinsam, war doch das heutige Tirol jahrhundertlang mit Südtirol und weiten Teilen des Trentino, später mit dem gesamten Trentino, in einem politischen Gebilde, dem alten Kronland Tirol verbunden, dessen Repräsentanten in einem Landtag saßen; zuletzt waren es 68 Abgeordnete, davon rund zwei Dutzend Trentiner. Und so wie bei unserem heutigen Treffen, waren im alten Tiroler Landtag zwei Sprachen vertreten, Deutsch und Italienisch.

Die landständisch demokratische Tradition in Vorarlberg ist ähnlich altehrwürdig und zudem durch die Besonderheit gekennzeichnet, daß nur Bürger und Bauern im Landtag vertreten waren. Das alte Tirol und Vorarlberg bildeten zwar nie ein Land, sinnfälliger Ausdruck waren die getrennten Landtage, aber beide Länder hatten jahrhundertlang viele Institutio-

nen gemeinsam, vor allem das Fürstenhaus und die oft wenig geliebte Obrigkeit. Ich glaube, daß die aufgezeigten demokratischen Traditionen und die jahrhundertelangen institutionellen Gemeinsamkeiten trotz aller Verschiedenheiten geographischer und ethnischer Natur zur Bildung ähnlicher Wertvorstellungen in unseren Ländern, insbesondere im Bereich des politischen und sozialen Lebens, geführt haben. Es wurde dadurch aber auch die Ausbildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes begünstigt, dessen abrupte Unterbrechung durch die Grenzziehung von 1918 mittels des Accordino, über das ja heute noch zu sprechen sein wird, in seinen Auswirkungen zumindest gemildert werden konnte.

Hohe Landtage! Mit diesem kurzen Exkurs in die Vergangenheit wollte ich die gemeinsame historische Tradition, deren Ursprünge und Auswirkungen kurz beleuchten, denn sie bilden neben der Einsicht in die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solidarischen Handelns, wie sie unsere heutige Situation erforderlich macht, zweifelsohne eine wesentliche Grundlage für dieses heutige Treffen. Und ich meine, wir brauchen eine solide Grundlage, denn wir nehmen uns ja nicht mehr und nicht weniger vor, als durch die Schaffung einer neuen regionalen Dimension Wegbereiter eines zukünftigen geeinten Europas zu werden, das unseren Besonderheiten Rechnung trägt. Und diese Einschränkung scheint mir entscheidend.

Wir wollen eine Vorreiterrolle spielen, wir wollen, getreu unserer demokratischen Tradition, unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und ein Experiment wagen, indem wir eine regionale Zusammenarbeit besonderer Art entwickeln. Dieser Schritt, dieses Wagnis, verlangt Mut und Weitsicht und scheint mir letztlich Ausdruck desselben Selbstbehauptungswillens zu sein, den unsere Väter vor Jahrhunderten bewiesen, als sie Freiheit und frühe ständisch-parlamentarische Mitbestimmung durchsetzten. Heute ringen wir in unseren Ländern um die Durchsetzung des innerstaatlichen Föderation-

tismus und die Stärkung der Befugnisse unserer Länder und Gemeinden, um unsere Autonomie, um die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und um unsere Emanzipation von den übermächtigen Zentralen in Wien und Rom.

Es ist in dieser Hinsicht in letzter Zeit vieles in Bewegung gekommen, und ich bin sehr zuversichtlich, daß wir jetzt mit unseren berechtigten Forderungen nach institutionellen Reformen zur Stärkung der Länder und Gemeinden durchdringen werden. Noch haben wir diesen Prozeß freilich nicht durchgestanden. Wir stehen an seinem Anfang, aber wir sehen dennoch bereits neue Gefahren heraufkommen. Lassen Sie mich daher ganz deutlich aussprechen: Wir sind nicht gewillt, den alten Zentralismus gegen einen neuen einzutauschen, womit ich den meine, der von Brüssel ausgeht. Deshalb treffen wir uns heute hier als Gleichgesinnte, deshalb rücken wir näher zusammen und beraten über neue Formen der Zusammenarbeit, um uns gemeinsam Gehör zu verschaffen, wenn wir nach einer föderalistisch-regionalistischen Zukunft Europas rufen. Denn wir sind überzeugt, daß wir nur in einem solchen institutionellen Rahmen unsere Rechte und unsere Besonderheiten, kurz unsere Selbstständigkeit, wirksam bewahren und fortentwickeln können.

Verehrte Abgeordnete! Hier in Meran, der alten Hauptstadt des Landes Tirol, sind die Vertreter der Tiroler Landstände zuerst zusammengetreten. Hier wurden vor fast 6 Jahrhunderten die ersten Landtage in Tirol abgehalten. Und auch der erste Landeshauptmann in fortlaufender Reihe, Konrad von Schenna, war Inhaber des Burggrafenamtes und Burggraf auf Schloß Tirol. Heute findet in dieser Stadt, die gewissermaßen die Wiege des Tiroler Parlamentarismus ist, erneut ein wichtiger Aufbruch statt, getragen von unseren Länderparlamenten, die mit diesem grenzüberschreitenden Treffen die kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit unserer Länder vertiefen und mit diesem Modell gemein-

schaftlicher Regionalpolitik von Grenzregionen eine neue Entwicklung für eine gute Zukunft unserer Länder in einem föderalistischen Europa der Regionen einleiten wollen.

Hohe Landtage! Die ÖVP-Abgeordneten des Tiroler Landtages werden der vorliegenden Resolution über eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihre Zustimmung erteilen. Wir sind für allfällige sinnvolle Ergänzungen oder Abänderungen dieser Resolution selbstverständlich noch offen. Danke!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Der Vizepräsident des Tiroler Landtages, Kantner, hat das Wort. Als nächster möchte sich Dr. Bachmann vorbereiten.

KANTNER (SPÖ)

Sehr geehrte Frau Präsident!

Hohe Landtage!

Im Vorspruch der vorliegenden Resolution, gut tirolerisch gesagt in der Präambel, ist davon die Rede, daß nach eingehenden Beratungen diese Resolution vorgelegt wurde, aus der auch etwas erfließen sollte, und es wird auch von einem Ideal gesprochen, das diese Zusammenarbeit darstellen kann.

Nun, meine Damen und Herren, von "eingehenden Beratungen" kann leider aus unserer Warte keine Rede sein, obwohl wir grundsätzlich positiv zu diesem Vierer-Landtag stehen. Wenn er ein echter Landtag wird, könnte

er doch einen wesentlichen regionalpolitischen Vorstoß unternehmen. Weil wir aber nicht dieser Meinung sind, daß das ideal ist, was hier vorgelegt wird, zu wenig konkret, und weil wir vor allem in die Beratungen und Vorberatungen nicht eingebunden worden waren, hat die Vorarlberger SPÖ und die Tiroler SPÖ eine Reihe von Abänderungsvorschlägen eingebracht, die Sie vorliegend beidsprachig finden und die in etwa folgende Zielrichtung haben.

Es ist also noch zur Präambel zu sagen, daß wir meinen, daß als Voraussetzung für den Schutz und die Stärkung der Länderparlamente die parlamentarische Entscheidungsebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ausgebaut werden muß und auch erweitert, im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Föderalismus. Und dazu vielleicht noch passend, eine Stärkung der National- und Länderparlamente im EG-Entscheidungsprozeß könnte gerade im Hinblick auf einen EG-Beitritt Österreichs zusätzliche Impulse erhalten und muß daher konsequent gefordert werden.

Es ist dann in einer Reihe von Anmerkungen, die Sie im vorliegenden Text finden, mehr oder weniger ein, wenn ich das so sagen darf, "roter Faden", der sich hier durchzieht. Und dieser "rote Faden" beschränkt sich primär auf die Länderparlamente selbst, und wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, wenn das ganze Treffen heute nicht zu einem wohlzulebrierten Hochamt umfunktioniert wird, daß die Parlamente, die Souveräne der vier Landtage selbst, hier eingeschaltet werden müssten. Und das scheint uns zu wenig der Fall zu sein. Daher monieren wir immer wieder die parlamentarische Einbindung in die politische Entwicklung, daß also hier ohne diese das Ganze eigentlich nur eine wohlzulebrierte landesbürgerliche Festveranstaltung vierer Provinzen werden könnte.

Wir haben aber dazu noch auch einige Punkte angeführt, von denen wir der Meinung sind, daß sie in die Beratungen früher oder später eingebunden werden müssen. Das heißt konkret: Gemeinsame Aufgaben zukünftiger Regionalpolitik sind die Existenzsicherung für Klein- und Mittelbetriebe, der Schutz der regionalen Landwirtschaft, eine konsequente Umweltpolitik durch Erarbeitung und Verabschiedung einer gemeinsamen Alpenschutzkonvention, die Verminderung des Straßentransitverkehrs und Ausbaus des Schienenverkehrs, wobei keine EG-Verkehrsabkommen ohne Zustimmung der jeweiligen Regionalparlamente abgeschlossen werden dürfen. Dies, meine Damen und Herren, sind Grundlinien unserer Abänderungsanträge.

Ich möchte vielleicht noch abschließend eines deponieren: Wir sind der Meinung, daß, sollten diese Begegnungen der vier Landtage weitergehen und sollte in ihrem Vorfeld eine entsprechende Beratung stattfinden können, dann müßte es eine gemeinsame Kommission - meine Damen und Herren - der vier Landtage geben, in der sämtliche politischen Fraktionen vertreten sind, und es darf nicht nur eine Präsidialkonferenz sein, die in mehr oder weniger kurzem Wege uns Resolutionen vorlegt.

Wir Vorarlberger und Tiroler Sozialisten sind daher der Meinung, daß das, was ich Ihnen hier vorgetragen habe, durchaus ein Anstoß wäre, die parlamentarische Tätigkeit etwas zu konkretisieren. Und wir wünschen sehr wohl, daß über die vorgelegten Abänderungsanträge - es wird auch heute nachmittag noch zum Punkt 2, Accordino, ein ähnlich gearteter Abänderungsantrag vorgelegt -, sehr geehrte Frau Präsident, abgestimmt wird. Danke schön!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Ich möchte ankündigen, daß der Präsident Dr. Reissigl vom Bundesland Tirol nun den Vorsitz übernimmt.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster hat der Abgeordnete Dr. Bachmann des Tiroler Landtages das Wort. Vorbereiten möchte sich bitte Dr. Frasnelli.

BACHMANN (ÖVP)

Hohes Präsidium!

Verehrte Damen und Herren Abgeordneten

der vier Landtage!

Eines ist klar, besonders nach den Ausführungen der ersten Redner, daß die Zeit der Worte, vor allem auch der eleganten Worte, vorüber zu sein scheint und wir in unserer Region in den Alpen gefordert sind, Taten zu setzen, Taten zu setzen in Richtung auf ein neues Europa, und zwar zunächst in Richtung einer Internationalisierung aller unserer Bestrebungen, allerdings einer Internationalisierung - meine Damen und Herren - einer Einheit in differenzierter Vielfalt vorzubereiten, ein Europa von starken Schwestern und Brüdern, die in individueller Freiheit ihre Kraft bündeln in freiwilliger Solidarität. Dazu ist es notwendig - und auch das

wurde heute schon gesagt -, daß man als Ausfluß des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, sich auf seine regionale Selbstbestimmung besinnt und diese sichert. Wir wollen, meine Damen und Herren, auch weiterhin, und zwar mit lauter Stimme, mitreden in Europa, wir wollen unsere Eigenständigkeit wahren. Dazu ist es aber notwendig, daß wir einerseits unseren eigenen Standort neu definieren und daß wir bei einer beabsichtigten Zusammenarbeit in einem regionalen Verbund unsere Kompetenzstandards so harmonisieren, daß eine Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Ich habe gerade das bereits bei der letzten Sitzung der Landtage von Tirol und Südtirol gesagt.

Ein Beispiel, inwieweit wir hier Regionalisierung einerseits und Internationalisierung andererseits unter einen Hut zu bringen haben werden, ist das Problem um die Umweltstandards. Natürlich ist es notwendig, zunächst Überstaatlichkeit in den wirksamen Regelungen, in Regelungen, die wirksam sein sollen, zu verankern, denn der Wind weht eben wo er will und kennt keine Staats- und Landesgrenzen. Andererseits erachte ich regionale Sonderbestimmungen als Rücksichtnahme auf geschichtliche, geographische, kulturelle oder soziologische Eigenarten und Besonderheiten für unabdingbar. Und gerade hier haben wir beispielsweise Schwierigkeiten. Wir dürfen z.B. laut EG-Bestimmungen bei den Umweltstandards auch länderweise strengere Umweltstandards postulieren und verankern, wir können aber, wenn wir von Produkten sprechen, nicht verhindern, daß Produkte mit geringeren Standards über Importe, die nicht mehr zu regulieren sind, in unser Land einfließen. Hier diese Umweltstandards und diese differenzierten Umweltstandards auch für andere Güter wirksam werden zu lassen, das ist noch eine Arbeit, die wir vor uns haben. Oder schauen Sie sich das Bodenrecht an! Bodenrecht ist für uns nicht Ausfluß nur des Zivilrechtes und seiner Wirkungen, Bodenrecht ist für uns die Verwaltung eines knappen Gutes auch für die Generationen nach uns.

Wir haben mit all diesen Dingen - meine Damen und Herren - rasch zu beginnen. Wir haben auf der einen Seite durch aktive Vorwegnahme von EG-Vorschriften unsere Wirtschaft, unsere Bevölkerung, unsere Jugend, auf Europa vorzubereiten; wir haben aber auch durch konstruktive Kritik an bestehenden EG-Zentralismen Änderungen des europäischen Bewußtseins und damit Korrekturen des europäischen Vertragswerks zu bewirken. Alles kennen Sie, die Bemühungen, die in diese Richtung gerade auf dem Umweltsektor laufen, unter dem Schlagwort "Greening the treaty". Europa muß - meine Damen und Herren - die kontinentale Herausforderung gegenüber dem atlantischen und pazifischen Raum bestehen. Europa wird sie bestehen in einem Zusammenwirken seiner selbstständigen Vaterländer und Regionen, Regionen aber, in denen bei aller europäischen Gemeinsamkeit, das Recht im Lande bleiben muß und wir die Herren im eigenen Haus bleiben wollen.

Die heutige Resolution, die uns vorliegt, als Entwurf, empfinde ich deshalb so wertvoll, weil sie nicht nur korrigierende und koordinierende Maßnahmen von umsichtigen Vollziehungsorganen unserer Länder darstellt, sondern eine politische Initiative vereinigter Regionalparlamente im Alpenraum.

Was die Abänderungs- und Zusatzanträge anlangt, so möchte ich Ihnen meine Meinung nicht verhehlen. Frau Präsident, Sie haben das Vergnügen, zu dem ich Ihnen von Herzen gratuliere, sozusagen als Mutter dieses großen Regionalparlamentes, eine historische Sitzung zu präsidieren. Ich glaube, daß es dieser Rolle unwürdig wäre, Zusatzanträge in ein Gremium zu verweisen, das dann, nur mehr durch Fraktionsvorsitzende und Präsidenten besetzt, diese Zusatzanträge entweder einbaut oder nicht. Wann immer Resolutionen dieser vereinigten Landtage zitiert werden, dann werden die Endfassungen dieser heutigen Sitzung zitiert. Und ich würde darauf Wert legen, daß Sie alle, meine Damen und Herren Kollegen, sich der Mühe unterziehen, diese Abänderungs- und Zusatzanträge einzuarbeiten. Ich stehe

beispielsweise unter dem Eindruck, daß die Abänderungsanträge der sozialistischen Fraktionen von Tirol und Vorarlberg durchaus der Diskussion wert wären. Ich selbst habe nur zwei einzige Punkte, wo ich durchaus anderer Meinung bin. Ich kenne beispielsweise den von Herrn Landeshauptmann Dr. Purtscher angezogenen zweiten Entwurf zum Punkt 6, ich kenne ihn nicht im Wortlaut; mir schiene es absolut sinnvoll und eine unglaubliche Bereicherung dieser Resolution, wenn wir sie einarbeiten würden. Da müssen wir eben einen kleinen Teil unserer Mittagspause opfern, um in einem Redaktionskomitee diese Abänderungsanträge so vorzubereiten, daß wir sie hier gemeinsam beschließen können, denn sonst stimmt auch das nicht, was ich zuerst gesagt habe: Das Recht muß bei uns bleiben. Danke!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Frasnelli des Südtiroler Landtages. Bitte, Sie haben das Wort.

FRASNELLI (SVP)

Hohe Landtage!

Präsidenten!

Landeshauptleute!

Europa befindet sich gegenwärtig in einer Phase der Kooperation und Integration, wie es sie noch nie erlebt hat. Im wirtschaftlichen Bereich ist es neben der Dynamisierung der EG durch zwei Regierungskonferenzen zur politischen Union bzw. zur Wirtschafts- und Währungsunion vor allem

der vor dem Abschluß stehende europäische Wirtschaftsraum; im politischen Bereich ist es die sich immer mehr verdichtende europäische Zusammenarbeit; und im Sicherheits- bzw. verteidigungspolitischen Sektor wiederum der Versuch der Herbeiführung eines kollektiven Sicherheitssystems im Rahmen der KSZE durch die Akte von Paris über ein neues Europa vom Jahre 1990 bzw. die Wiederbelebung der westeuropäischen Union. Diese Kooperations- und Integrationsprozesse auf europäischer und staatlicher Ebene bedingen aber auch auf der regionalen und kommunalen Ebene eine verstärkte Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften zum einen, da gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den kleineren Einheiten wieder mehr Aufgaben übertragen werden müssen, zum anderen, weil deren Kooperationsnotwendigkeiten immer größer werden. Diese wachsende Interdependenz zwischen nachgeordneten Gebietskörperschaften hat zu immer mehr grenzüberschreitender Kooperation geführt, vor allem aber dort, wo die historischen und politischen Gegebenheiten dafür eine geeignete Grundlage schufen. Für den historischen Raum beider Tirols und Trients etwa, aber auch Vorarlbergs, trifft dies im besonderen Maße zu. Die grenzüberschreitenden Kooperationsformen sind äußerst vielfältig strukturiert und nur selten vergleichbar. Zur Vereinheitlichung derselben wurden im Schoße des Europarates, der OECD und der EG eigene Modelle entwickelt.

Den bedeutsamsten Beitrag zur Förderung grenzüberschreitender Kooperation auf regionaler bzw. lokaler Ebene hat zweifellos der Europarat geleistet. In seinem Schoße wurde nämlich im Jahre 1980 das Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften unterzeichnet, das 1983 für Österreich und 1985 für Italien in Kraft getreten ist. Im Rahmen der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas wiederum wurde im Jahre 1985 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung unterzeichnet, die den regionalen Gebietskörperschaften die Befugnis zur grenzüberschreitenden Kooperation

zugesteht. Im Schoße der OECD kam es vor allem zur Verabschiedung einiger Resolutionen des Rates über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltbereich. In den europäischen Gemeinschaften wird diesbezüglich eine gemeinschaftliche Regionalpolitik ausgebildet, im Rahmen derer eine Reihe von speziellen Förderungsinstrumenten eingesetzt werden, wie zum Beispiel die Konzertierung integrierter Aktionen über die Grenze, die Unterstützung der Kooperation von Grenzregionen, die Förderung von Regionen extremer Randlagen sowie die Förderung von Partnerschaften. Neuerdings fordert das Europäische Parlament sogar eine eigene konzertierte Raumordnungspolitik, um damit zu einer integrierten interregionalen Raumplanung in den Grenzgebieten innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft zu gelangen. In seiner EntschlieÙung vom Oktober 1990 fordert das Europäische Parlament die Kommission und die Mitgliedsstaaten unmiÙverständlich auf, ich zitiere: "... das erforderliche Regelwerk unter Berücksichtigung der europäischen Rahmenkonvention für grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszuarbeiten, damit in den Grenzregionen und insbesondere in den Gemeinden, die durch kulturelle, sprachliche und historische Affinitäten miteinander verbunden sind, nach Öffnung der innergemeinschaftlichen Grenzen eine gemeinsame Raumordnungspolitik durchgeführt werden kann". Ende des Zitates. Diese Ausführungen - sehr geehrte Damen und Herren -, um auch das heutige Treffen juristisch und politisch stärker zu legitimieren.

Föderalistische Prinzipien erfreuen sich in Europa wachsender Aufmerksamkeit. Zugleich wächst aber auch die Gefahr einer Mißdeutung föderalistischer Ordnungs- und Strukturprinzipien. Ein vereintes Europa kann nicht dadurch geschaffen werden, daß lediglich bestimmte staatliche Entscheidungen auf einer höheren Stufe getroffen werden. Das Ergebnis wäre eine Europäisierung bisheriger nationalstaatlicher und eine Nationalisierung bisheriger regionaler Aufgaben. Dies würde gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen und die regionale Gestaltungskompetenz schwächen. Diese

Prinzipien müssen jedoch gerade gestärkt und im Gemeinschaftsrecht verankert werden. Der europäische Regionalisierungsprozeß wird in den jeweiligen Staaten unterschiedlich schnell und mit verschiedenartiger Intensität verlaufen. Um so wichtiger ist es, die Mitgestaltung europäischer Entscheidungen durch die Länder und Regionen beim Aufbau eines Vereinten Europas rechtlich und politisch zu sichern und deren Gestaltungsfreiheit durch viele Beispiele praktischer Solidarität zwischen den Regionen Europas zu verwirklichen. Nicht nur die autonomen und wirtschaftsstarken Regionen müssen zusammenwirken. Auch im Verhältnis starker und schwacher Regionen muß ein partnerschaftlicher und solidarischer Geist herrschen. Darauf legen wir besondere Bedeutung. Das Europa der Bürger schließlich verwirklicht sich am besten in einem Europa selbstbewußter, leistungsfähiger und kooperativ zusammenarbeitender Regionen.

Die Integration Europas bedarf daher der umfassenden Einbeziehung aller Länder, Regionen und autonomen Gemeinschaften der Europäischen Gemeinschaft. Dies gilt auch und gerade für die in nächster Zeit notwendig zu führende europäische Verfassungsdiskussion. Sie darf nicht ohne Beteiligung der Regionen erfolgen, vielmehr muß sie die politischen Gewichte weg vom europäischen Zentralismus in Richtung eines echten europäischen Föderalismus verschieben. Damit würde eine Konfrontation der Regionen mit der Europäischen Gemeinschaft vermieden und ihre Kraft für das europäische Einigungswerk genutzt. Dazu ist es insgesamt notwendig, daß von hier, von Meran aus, die Forderung nach Errichtung der europäischen Regionenkammer als Fortentwicklung der derzeitigen Konferenz der Regionen Europas, im Rahmen der parlamentarischen Einrichtungen der EG, ergeht.

Auch wird eines Tages die Frage zu beantworten sein, welche die europäische Region sein soll, innerhalb der das Leben unserer Bürger, der Bürger der vier hier versammelten Länder, Entfaltung finden soll. Diese Frage ist noch nicht beantwortet.

Für all dies aber werden heute erste Fundamente hier in Meran gelegt. Die Südtiroler Volkspartei bekennt sich mit Überzeugung dazu, weil dies ein Bekenntnis zur grenzüberwindenden regionalen Zusammenarbeit besonderer Art, zum dreisprachigen Tirol, zu Europa und damit zur Freiheit ist. Auch wir als Südtiroler Volkspartei stehen einem Gespräch über Abänderungsanträge grundsätzlich offen gegenüber. Danke!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages
Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stemer des Vorarlberger Landtages. Bitte.

Vorbereiten soll sich bitte der Abgeordnete Morelli.

STEMER (ÖVP)

Hohes Präsidium!

Werte Landeshauptleute!

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte mich zunächst einmal bedanken für die uns gewährte Gastfreundschaft. Ich schließe mich den Worten der Vorredner an, daß dieses gemeinsame Treffen der vier Landtage sicherlich eine wichtige Begegnung ist, eine Basis für den Ausbau der Beziehungen in einem besonderen geographischen Raum, der eine relativ große natur- und kulturgeographische Einheitlichkeit bildet und darüber hinaus, wie heute mehrfach schon erwähnt worden ist, jahrhundertlang gemeinsame Traditionen besitzt. Aus meiner Sicht hat das Treffen dieser vier Landtage zum vorrangigen Ziel,

einen grenzüberschreitenden Erfahrungs- und Informationsaustausch zu pflegen. Es ist heute sicherlich keine Gelegenheit, auf die vorhandenen Anliegen und gemeinsamen Probleme ausführlich oder tiefgründig einzugehen. Im Vordergrund soll heute bei dieser Tagung die Gemeinsamkeit und der gemeinsame Wille zur Zusammenarbeit sein, eine Zusammenarbeit, die gerade am Beispiel des Accordino beste Erfolge gezeitigt hat. Sicherlich sind die spektakulären Erfolge des Accordino gerade in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs und der bevorstehenden Gesamtintegration überholt, aber gerade in einem für unsere Region wichtigen Bereich der Landwirtschaft hat das Accordino sicherlich noch seine Bedeutung erhalten.

Wie schon erwähnt, wird es kaum umfassend, schon aus Zeitgründen, Gelegenheit geben, auf die verschiedenen Auffassungsunterschiede, wenn sie auch nur in Nuancen bestehen, einzugehen. Ich halte deshalb den Vorschlag der Frau Präsidentin Franzelin für sehr gut, in einer Arbeitstagung, wo die verschiedenen Vertreter der politischen Parteien miteinbezogen werden, über diese Abänderungsanträge ausführlicher zu sprechen.

Gerade das Accordino, über dieses Sonderabkommen es ja heute nachmittag ausführlich zu sprechen gilt, war in der letzten Sitzung der Gemischten Kommission im Jahre 1988 der Anstoß für die Ausweitung dieses Informationsaustausches, die Suche nach neuen Aufgaben. Und ich darf ganz am Rande erwähnen, daß ich als Abgeordneter aus der Vorarlberger Taltschaft Montavon mit Stolz hinzufügen darf, daß dieser Beschluß der gemischten Kommission bei dieser Tagung in der Montavoner Gemeinde Gaschurn gefaßt wurde.

Hohe Landtage! Die zentralen Punkte der heute vorgelegten Berichte und Resolutionen zeigen sehr viele gemeinsame Anliegen, sie zeigen aber auch verschiedene Probleme, die zum Teil globaler, zum Teil lokaler Art sind. Und an die Spitze dieser Betrachtungen müßte man meines Erachtens

das Thema Schutz des Alpenraums in dieser Region stellen. Es handelt sich hier um den umfassenden Schutz des Alpenraums bei den Bereichen Umwelt, Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung, genauso wie Verkehr, Wirtschaft im allgemeinen und Berglandwirtschaft im besonderen, genauso auch die schon angedeuteten Probleme der zielgerichteten und zukunftsweisenden Raumordnung und Raumplanung. In aller Kürze handelt es sich um gemeinsame Anliegen, wie etwa die Reduktion der Luftschadstoffe, wie den Gewässerschutz und die Gewässerreinigung, genauso wie den Schutz und die Rettung der hochalpinen Vegetation in unseren Regionen insbesondere, die Erhaltung und Sicherung der so hohen Schutzfunktion unserer alpinen Waldlandschaften. Eines aber, hohe Landtage, ist meine feste Überzeugung, die Lösung dieser Probleme kann und wird uns im eigenen Wirkungsbereich allein nicht gelingen. Es sind dies großteils Anliegen, die zum Teil in der Änderung des Verhaltens des einzelnen, zum Teil auch im eigenen Wirkungsbereich der Regionen, zum großen Teil aber nur durch Maßnahmen und Entwicklungen im gesamten west- und mitteleuropäischen Raum einer Lösung nähergebracht werden können. Es handelt sich um große übergreifende Anliegen, wie etwa Verkehr, Luft, Abfallproblematik, im Sinne des Bestrebens, gemeinsame überregionale Lösungen finden zu müssen. Gerade hier bekommt die europäische Integration eine sehr große Aufgabe.

Daß das Problem des Verkehrs ein ganz zentrales Anliegen ist, ist unbestritten. Der Verkehrsdruck, worunter man etwa die verschiedenen physischen und psychischen Belastungen insbesondere durch Lärm und Schadstoffe versteht, ist uns allen ein zentrales Anliegen. Nur eines muß in aller Klarheit gesagt werden: Die Hauptvoraussetzung dafür ist der Ausbau eines in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Verkehrsträgers, nämlich gemäß dem Slogan "von der Straße auf die Schiene", wobei es vor allem um die Umsetzung dieser Worte nicht immer gut bestellt ist. Auch hier

muß gesagt werden, daß diese so umfangreichen Voraussetzungen, die dafür notwendig sind zu schaffen, einer gewissen Zeit bedürfen und daß diese Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können.

Es sei in aller Kürze auch gestattet, darauf hinzuweisen, daß vor allem im Prinzip der Kostenwahrheit aller Verkehrsträger und im Problem einer starken, ja manchmal gar aberwitzigen Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft, für meine Begriffe sehr große Problemlösungskapazitäten der Zukunft liegen.

Ein ganz besonderes Problem in unserer Region ist sicherlich - und das ist auch allen vier Regionen gemeinsam -, die intensive Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus. Ich glaube, man kann sagen, daß, deutlich formuliert, ohne eine flächendeckende Landwirtschaft in diesen Regionen keine gute Zukunft des alpinen Tourismus möglich ist und ohne einen vernünftigen alpinen Tourismus auch keine flächendeckende Berglandwirtschaft möglich ist.

Abschließend möchte ich auf die Begriffe Föderalismus, Subsidiarität und Eigenständigkeit verweisen, die in den Resolutionstexten mehrfach erwähnt sind und auf die auch schon eingegangen wurde. Es geht nicht nur um den Schulterschuß gegen einen drohenden Eurozentrismus, sondern es geht es vor allem auch um die Kompetenzen, die die Regionen, die die Länder im bundesstaatlichen Gefüge dringend benötigen, nämlich um die Kompetenzen, um die Aufgabenbereiche, die zum Teil sehr zersplittert sind und um Bereiche, die eben subsidiär und eigenständig wesentlich besser einer Lösung zugeführt werden können. Gerade für uns Abgeordnete des Bundeslandes Vorarlberg ist hier ein Ausbau der Bundesstaatlichkeit und Übertragung zahlreicher Kompetenzen in die eigenständigen Entscheidungsbereiche der Länder von hervorragender Bedeutung.

Die Absichtserklärung, nämlich den Willen zum gemeinsamen Informations- und Erfahrungsaustausch, steht im Mittelpunkt dieser Sitzung der vier Landtage. Wir sollen auch beispielhaft, aber behutsam, an die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lösungsaufgaben gehen. Sie müssen auch in Übereinstimmung mit dem natur- und kulturgeographischen Umfeld aller dieser unserer Regionen in Angriff genommen werden. Wir von der Vorarlberger Volkspartei werden die vorgelegten Resolutionen vollinhaltlich mittragen und sind auch bereit, über die Abänderungsanträge - was aus Zeitgründen sicherlich jetzt nicht möglich ist - weitere Gespräche zu führen. Danke schön!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Nun hat der Abgeordnete Morelli des Landtages von Trient das Wort.
Bitte.

Dann kommt Frau Dr. Lichtenberger an die Reihe.

MORELLI (DC)

Onorevoli Presidenti!

Signori Consiglieri!

E' doveroso aprire questo brevissimo intervento con un sentito apprezzamento per chi ha voluto e organizzato questo importante incontro delle quattro Assemblee legislative che rappresentano comunità con significativi punti d'incontro sul piano storico, culturale, sociale ed economico e che soprattutto possono intravedere prospettive comuni.

Poco dopo la fine del secondo conflitto mondiale, De Gasperi precursore assieme ad Adenauer, Schumann, Spack, di quell'Europa unita che purtroppo non ha potuto vedere se non in una primissima forma embrionale, e statista sicuramente attento ai problemi di convivenza tra le genti, diceva e scriveva che i popoli d'Europa se volevano evitare il ripetersi di quelle immani tragedie avevano una sola strada: unirsi. Unirsi per trasmettere l'uno all'altro la ricchezza morale e culturale di cui ognuno è portatore, unirsi per la ricerca di un percorso forte e stabile verso la democrazia e la giustizia sociale, unirsi, in una parola, per creare le migliori condizioni di convivenza pacifica, anche attraverso il riscatto delle condizioni economiche, che allora erano molto pesanti in tutta l'Europa. Un'Europa quindi costituita da comunità attive, protagoniste dello sviluppo comune, testimoni e portatrici ognuna di una propria peculiare ricchezza e tesa nel suo insieme a perseguire i più alti valori di civiltà, attenta anche al lato economico, ma soprattutto come strumento per una costruzione sociale e politica.

Sono passati diversi anni, molti se confrontati alla durata della vita di un uomo, abbastanza pochi per la verità se rapportati al corso della storia. Indubbiamente sono stati fatti passi avanti. La CEE è presente, il MEC esiste, funziona un Parlamento europeo eletto a suffragio universale, lo SME è uno strumento utile sul piano finanziario, c'è una politica agricola comune, ci sono significative collaborazioni nel campo della tecnologia e dell'ambiente, ci si sta avvicinando rapidamente al superamento delle barriere doganali ed altro. Il forte messaggio, ideale, lasciatoci in eredità dai padri ispiratori conserva intatta tutta la sua freschezza e verità. Anzi sarei tentato di dire che alcuni fatti recenti lo hanno reso ancora più di attualità. Mi riferisco ai radicali mutamenti dell'Est, che permettono all'Europa di guardare con orizzonti e prospettive molto più ampie, ma mi riferisco anche al gravissimo pericolo corso,

di un conflitto diffuso in una zona del mondo ad altissimo rischio; conflitto che insieme a tanti altri focolai di guerra, di sottosviluppo, di regimi dittatoriali, ha riproposto in termini drammatici ed urgentissimi, se peraltro ce ne fosse stato bisogno, i grandi temi della pace mondiale, della giustizia sociale mondiale, della democrazia e libertà dei popoli.

Probabilmente anche per l'Europa il cammino verso il superamento degli ostacoli, delle barriere, di confini consolidati dalla storia, ma molte volte artificiosi, sarà ancora lungo, faticoso, ma certamente stimolante e forse non è esagerato prevedere che questo cammino non si concluderà mai completamente se non ci sarà una forte movimentazione e spinta dal basso.

E' soprattutto in questa prospettiva che io voglio leggere anche l'incontro di oggi, cioè l'espressione di una precisa volontà politica di partecipare alla costruzione della casa comune europea, ma anche la ferma convinzione di poter portare a questa costruzione un arricchimento attraverso la propria cultura, le proprie tradizioni, la storia e le conquiste civili e sociali delle quali ogni comunità, piccola o grande, è depositaria.

E' in questo contesto che la Democrazia Cristiana, nel Trentino, dà la piena adesione alle risoluzioni proposte, ivi comprese alcune annotazioni ed emendamenti aggiuntivi, con una particolare evidenziazione sulla necessità dell'allargamento della base territoriale della CEE, con un particolarissimo riguardo all'entrata in essa dell'Austria, non solo per la posizione strategica di questo Stato, ma anche per un lungo tragitto storico-culturale che ha accomunato le nostre genti; sul pieno rispetto del principio di sussidiarietà e dello spirito del federalismo, sul fatto che una più approfondita conoscenza reciproca ed un rafforzamento della collaborazione fra le nostre realtà oltre ad essere un fatto di per sè positivo, possono costituire il segnale di significativa rappresentanza

all'interno dell'istituzione europea, sul fatto ancora che la costruzione europea non può comunque portare ad un indebolimento o rilassamento delle autonomie locali, ma semmai deve essere uno stimolo di rilancio e di rafforzamento.

Chiudo esprimendo la personale convinzione che sia necessario prendere piena coscienza che la costruzione di un'Europa giusta, equilibrata, a misura d'uomo, dipenda anche da noi più di quanto pensiamo, intendendo per noi tutte le comunità portatrici di una storia o di una cultura secolare, anche di autogoverno, anche se interrotta da qualche periodo nefasto che purtroppo ad ognuno la storia assegna.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächste hat sich die Abgeordnete Lichtenberger des Landtages Tirol zu Wort gemeldet.

Ich erlaube mir, daran zu erinnern, daß pro Land das Zeitkontingent dreißig Minuten beträgt, welches bitte brüderlich und schwesterlich geteilt werden möge.

Bitte, Frau Dr. Lichtenberger.

LICHTENBERGER (GAT)

Werte Kolleginnen und Kollegen
der vier Landtage!
Wertes Präsidium!

Beim Studium der Resolution zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind uns von der Grünen Alternative in Tirol natürlich einige Defizite aufgefallen, die ich in meiner Rede auch kurz anmerken möchte, denn des Weihrauchs wurde meines Erachtens schon genug verteilt.

So sehr wir glauben, daß grenzüberschreitende Zusammenarbeit gerade in der Alpenregion eine ganz wichtige Hilfe für die Lösung unserer Probleme sein kann, muß doch bemerkt werden, daß eines der ganz, ganz großen Defizite das der Umweltthematik in diesem Papier ist. Eine Beschränkung auf rein wirtschaftliche Zusammenarbeit ist sicher viel zu kurz gegriffen, denn die Hauptprobleme der Alpen sind in mehrfacher Hinsicht mittlerweile auch europaweit schon zum Gegenstand der Debatte geworden. Denken wir an die schon erwähnte Verkehrsproblematik, die ja nicht nur uns Nordtiroler betrifft, sondern alle angrenzenden Regionen auch im gleichen Ausmaß beeinträchtigt. Daß der Widerstand sich gegen den Transitverkehr in Tirol ganz besonders und als erstes gerührt hat, ist darauf zurückzuführen, daß bei uns ein wesentlich größerer Bevölkerungsteil an den Auswirkungen des Transitverkehrs zu leiden hat. Es handelt sich hier ganz einfach um geographische Gegebenheiten.

Und hier ist für uns auch eine große Kritik am Accordino einzuschließen, das am Nachmittag diskutiert werden soll. Ich möchte das nur kurz andeuten. Wenn es dazu dienen soll, wie mehrfach in der Presse ja schon angeklungen ist, daß Umweltschutzmaßnahmen, die eine dieser Regionen für sich trifft, ausgehöhlt werden unter dem zweifellos positiv besetzten Begriff der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, so kann dies aus umweltpolitischer Sicht sicher nur ein Rückschlag für die Lösung der wahren Probleme der Alpenregion sein, denn eines ist zusätzlich zu bemerken: Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Alpenregionen ist ja letzten Endes in Gefahr, nur ein Intermezzo bis zu einer gesamteuropäischen Nivellierung aller kleinregionalen Unterschiede zu werden. Wenn hier die Mei-

nung besteht, daß man diesen Vertrag sehr leicht in das europäische Recht überführen und hinüberretten wird können, so, glaube ich, sollte man die Augen davor nicht verschließen, daß dieses eine massive und positive Zusammenarbeit der vier beteiligten Regionen benötigen wird.

Ein weiteres Defizit in der gesamten Erklärung ist auch die fehlende Schwerpunktsetzung im kulturellen Bereich. Im gemeinsamen Landtag von Tirol und Südtirol wurde schon einmal beschlossen, kulturelle Zusammenarbeit in der Form von Schüleraustausch zum Beispiel zu verstärken. Seit dieser Zeit läßt sich feststellen, daß zwar der Austausch zwischen den Deutschsprachigen recht gut funktioniert, wenn es aber um die Italienischsprachigen geht, dann tauchen plötzlich bürokratische Stolpersteine auf, die beim Austausch deutschsprachiger Klassen bis jetzt nicht zu finden waren.

Zum Schluß und wohl am wichtigsten, glaube ich, muß man die demokratiepolitische Frage bei dem Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit anreißen. Gerade dieser gemeinsame Landtag und die Frage, die jetzt aufgetaucht ist mit den Abänderungsanträgen und wie man damit umgehen soll, zeigt das große demokratiepolitische Defizit, das bis jetzt besteht. Wir erleben in dieser zweifellos positiven Situation, die ja nur ein Anfang sein kann, daß die Legislative letzten Endes in eine Statistenrolle gedrängt wird. Und, ich hoffe, daß die Probleme, die sich hier am Anfang dieser vier Landtage ergeben haben, dazu führen, daß eine Demokratisierung von vornherein in einem anderen Ausmaß in diese Vierer-Landtage eingebaut wird. Die Verteilung der Redezeiten und das Fehlen von Zeit für eine Debatte über die Abänderungsanträge zeigt ganz klar, daß die Gefahr besteht, daß diese Vierer-Landtage zu einem Absegnungsgremium von Absichterklärungen werden. Das aber wäre, meines Erachtens, nicht der Sinn der Veranstaltung, denn eine regionale Zusammenarbeit kann auch in Sachen Demokratie sehr viel leisten.

Deshalb haben wir auch eine Forderung entwickelt, die uns sehr wesentlich erscheint. Es darf nicht dabei bleiben, daß es eine Präsidiale gibt und vielleicht die Club-Obleute beigezogen werden. Es muß Arbeitsgremien zu verschiedensten Themen geben, die sich mit den entscheidenden Fragen des Alpenraums beschäftigen. Diese Arbeitsgremien sind wohl wesentlich effektiver in der Vorbereitung gemeinsamer Initiativen als das derzeit noch der Fall ist, aber, ich glaube, es kann ein positiver Anfang dann sein, wenn man die demokratiepolitischen Spielregeln in Zukunft stärker mit einbezieht und von vornherein in das Prozedere einplant. So ist eine echte Artikulation des gemeinsamen Willens nicht ausreichend möglich, denn wesentliche Themen für den Alpenraum bleiben dabei unberücksichtigt. Danke!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages
Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Duca des Trentiner Landtages. Vorbereiten möchte sich bitte der Abgeordnete Elmar Mayer.

DUCA (PSI)

Signori Presidenti!
Signori Consiglieri!

Porto il saluto convinto da parte del gruppo Socialista del Trentino e dell'Alto Adige in questa importante occasione di crescita e di sviluppo del rapporto culturale, istituzionale e civile delle regioni qui presenti.

Credo che sia importante cogliere questa occasione non solo per rafforzare i rapporti che la storia ci ha consegnato, ma anche per gestirli con attenzione rispetto alle nuove prospettive dell'integrazione europea e del processo di ingresso in questa nuova realtà da parte dei Paesi dell'Est. E' importante anche cogliere un'esigenza, secondo me molto diffusa, molto sentita, che è quella di trasferire questi sforzi, questi contatti a livello istituzionale anche tra la gente delle nostre province, delle nostre regioni.

Non sempre c'è una consapevolezza popolare diffusa tra la gente che le istituzioni caratterizzate da forte autonomia istituzionale come la nostra, si prefiggono di sviluppare un rapporto nell'ambito dell'arco alpino così carico di conseguenze e di positivi riscontri.

Abbiamo visto il documento finale e lo condividiamo; ci sembrano molto opportune anche le integrazioni proposte dai compagni del Tirolo e del Vorarlberg e riteniamo che queste integrazioni possano anche essere completate con un accenno all'esigenza di collegare questo processo di crescita e di maggiore integrazione economica e civile delle regioni legate all'Accordino, con il rapporto più ampio che è necessario instaurare con le altre comunità dell'arco alpino.

Noi corriamo il rischio, se non riusciamo a sviluppare alcune linee di politica economica e di infrastrutture comuni, di non cogliere le opportunità che le prossime scadenze internazionali ci offrono e quindi c'è l'esigenza di far sì che anche l'asse del Brennero riesca a collegarsi con il resto dell'Italia nord orientale e con il resto dell'arco alpino.

In questa prospettiva di crescita di rapporti economici e culturali ci preme anche sottolineare come il Movimento Socialista nel Trentino e nell'Alto Adige ha dato un contributo storicamente rilevante a costruire

un'Europa fondata su una piena identità regionale e in cui il contributo di tutti i popoli con le loro specificità e con il loro patrimonio culturale possa trovare uno spazio adeguato. Grazie!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Ich darf mitteilen, daß in der Folge der Präsident des Trentiner Landtages, Pierluigi Angeli, den Vorsitz übernehmen wird.

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento

Präsident des Trentiner Landtages

La parola al consigliere Elmar Mayer del Vorarlberg. Si prepara il consigliere Andreotti.

MAYER (SPÖ)

Geschätzte Frau Landtagspräsidentin!

Geschätzte Herren Landtagspräsidenten!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Landtage

von Trentino, von Nord- und Südtirol sowie von Vorarlberg!

Der Herr Landeshauptmann Partl hat in seinem letzten Satz zitiert "Mutig in die neuen Zeiten" und hat damit allerdings bei seiner Bereitschaft auf Aufnahme von Änderungen oder Änderungsanträgen zu dieser Resolution sehr schnell dokumentiert, daß ihn der Mut in diesem Bereich bereits verlassen hat.

Der Landeshauptmann aus Südtirol, Herr Durnwalder, hat dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß das Klima von Meran die heutigen Früchte auch sprießen und gedeihen lassen möge, nur, ich bin der Meinung, wir müssen zuerst auch die richtigen Pflanzen setzen, eben in einer solchen Resolution, bevor auch die entsprechenden Früchte gedeihen können.

Und nicht zuletzt hat die Frau Landtagspräsidentin Franzelin gemeint, daß der Versammlung heute Worte und Ideen vorausgehen müssen und dann Taten folgen werden. Ich glaube, wenn man die Resolution ausbaut, im Sinne der Probleme dieser Region, daß dann ohnehin erst auch Worte gesetzt sind und dann noch genügend Aktionen für Taten übrig bleiben.

Der Landeshauptmann Purtscher hat einleitend gemeint "Dies heute ist ein Landtag und kein Diplomatenbankett". Und ich muß ihm hier zustimmen. Es soll auch so sein und hier soll auch durchaus, wenn man so will, der Wettbewerb der Ideen stattfinden und hier sollen auch die Probleme entsprechend artikuliert werden.

"Man soll die Feste feiern, wie sie fallen", heißt ein altes Sprichwort, und die Sozialdemokraten aus Vorarlberg und auch aus Tirol wollen nicht den übrigen Teilnehmern die Freude am Fest verderben. Allerdings muß es auch erlaubt sein, und es ist sogar ein Gebot der Stunde, wenn erstmals in der Geschichte diese vier Landtage hier zusammentreffen, daß wir versuchen, das Ganze nicht nur zu einer Jubiläumsfeier werden zu lassen, sondern die Probleme, die die Region betreffen, zu artikulieren.

Zwei weitere Redner unserer Fraktion werden sich zu den vorliegenden Resolutionen zu Wort melden, beide mit dem Bedürfnis, die gemeinsame Resolution auch mit einem konkreten Inhalt zu versehen.

Zu groß ist die Gefahr, daß die Resolution zwar freundlich, aber nichtssagend bleibt. Auch die Gespräche darüber waren in einer freundlichen Atmosphäre, aber nichtssagende Gespräche sind meistens sehr freundlich. Und ich hoffe daher, daß die arbeitsintensiven Gespräche in der Mittagspause um so konstruktiver sein werden.

Ich erlaube mir, kurz den demokratiepolitischen Aspekt, den dieser Vierer-Landtag hat bzw. haben könnte, etwas auszuleuchten. Es geht um die Stärkung der Länderparlamente in einem föderalistischen Europa. Wir müssen danach trachten, daß im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Föderalismus die parlamentarische Entscheidungsebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausgebaut wird, d.h. die National- und Länderparlamente müssen im EG-Entscheidungsprozeß gestärkt werden.

Wenn wir auch keine "Hurra-Europäer" sind, die blind in das Abenteuer EG rennen, so bekennen wir uns doch zu einem gemeinsamen Haus Europa und zum gemeinsamen Wirtschaftsraum. Allerdings ist unsere aktive Rolle in diesem Zusammenhang gefordert. Für uns Vorarlberger genügt ein Blick über die Landesgrenzen in die benachbarte Bundesrepublik Deutschland, um zu sehen, welche Kompetenzverluste vor allem die Landtage durch den gemeinsamen Markt zu erleiden haben. Wie wir am Beispiel der BRD sehen, trifft der Verlust von Zuständigkeiten in der politischen Praxis vor allem die Landtage und nicht so sehr die Landesregierungen.

Der Präsident des Landtages von Baden-Württemberg, Erich Schneider, führt in seinem Referat über die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Stellung der deutschen Länder und deren Parlamente unter anderem folgende Eingriffe in die Länderzuständigkeiten an, die in breitem Umfang erfolgt sind: im Bildungsbereich, in der Rundfunkpolitik, in der

regionalen Wirtschaftsförderung, auf dem Gebiet des Umweltschutzes, in der Haushaltspolitik und im Beamtenrecht; ja selbst im Kommunalwahlrecht haben Länder und Gemeinden Kompetenzeinbußen hinnehmen müssen. Leider ist es aufgrund der Winzigkeit der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, diese Dinge zu erörtern. Es bleibt aber als Fazit festzustellen, daß es bereits jetzt innerhalb der EG-Rechtssetzung zu einem erheblichen Substanzverlust für die Länder und insbesondere für die Landesparlamente gekommen ist. Wir müssen uns daher dafür einsetzen, daß die Landtage bei landesspezifischen EG-Vorhaben beteiligt werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die wir heute besiegeln wollen, kann nur dann einen Sinn haben, wenn wir mit Selbstbewußtsein und Entschlossenheit für den Schutz und die Stärkung der Länderparlamente innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Diese müssen im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Förderalismus erweitert werden. Damit dies gelingen kann, braucht es aber auch die Solidarität unter den Ländern, die verstärkt und weiterentwickelt werden muß.

Damit wir unsere regionalen Probleme und Interessen auch entsprechend umfassend artikulieren, genügt es unserer Meinung nach nicht, die Umsetzung der Wünsche dieser Resolution den Landtagspräsidenten zu übertragen. Es wäre sinnvoller und zweckmäßiger, wie bereits erwähnt, eine gemeinsame Kommission der vier Landtage ins Leben zu rufen, in der sämtliche politischen Fraktionen vertreten sind.

Ich kann mich daher abschließend nicht jenen Wortmeldungen anschließen, die da meinen, man möge es heute mit einer Feierstunde bewenden lassen. Ich gehe mehr vom Prinzip aus, "Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen", und diese minimalen, aber wichtigen Problembereiche, die wir in dieser Resolution verankert haben möchten, dürfen nicht nur nicht verschoben werden, sondern sie müssen heute artikuliert und unmittelbar in Angriff genommen werden.

Ich ersuche daher um Unterstützung und Abstimmung unserer Änderungsvorschläge. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento
Präsident des Trentiner Landtages

Prende ora la parola il consigliere Andreotti del Consiglio provinciale di Trento e si prepara il dott. Lugger.

ANDREOTTI (PATT)

Signor Presidente!

Signori Consiglieri!

Onorevoli Colleghi!

Non so se tutti sono d'accordo sul fatto che l'incontro di oggi, al quale la nostra forza politica Autonomista Trentino Tirolese ha aderito con entusiasmo, sia un incontro storico. Sicuramente rappresenta un momento importante di dialogo e di confronto fra i rappresentanti di popolazioni che vivono immerse nel cuore dell'Europa e che in un tempo neppure troppo lontano, almeno per quanto riguarda la componente trentina, avevano forse ben più sviluppato che non oggi il senso profondo della propria appartenenza ad una comune "Heimat".

L'incontro di oggi può quindi servire anche per farci riflettere su un evidente paradosso: il mondo diventa sempre più piccolo, sempre più villaggio globale, i vari sistemi economici sempre più interdipendenti. Sono sempre più numerose le forze che interagiscono per il raggiungimento dei loro fini economici, politici e culturali. Oggi viviamo in una società aperta, che vuole essere multimediale, multiraziale, pluralista, plu-

rietnica. Ebbene, proprio mentre ci troviamo a vivere immersi in questa sorta di ecumenismo, mentre a ragione ci sentiamo in dovere di prendere posizione sulla guerra del Golfo, sui tragici fatti di Tien-an-men, sulla crisi jugoslava, sul problema palestinese o su quello dei Curdi, sul Corno d'Africa e sui paesi Baltici, spesso e volentieri ignoriamo i problemi e le contraddizioni di casa nostra. Ci sembra insomma molto più facile, più comodo e più semplice capire le esigenze dei nostri fratelli lontani, piuttosto che affrontare e risolvere i nostri problemi di reciproca e pacifica convivenza all'interno non soltanto di una regione autonoma, ma anche di regioni vicine e confinanti che ci sono comuni, per storia, cultura e tradizioni. Una regione autonoma è il Trentino-Sudtirolo, oggi presente non a caso, più nel ruolo di ospite indiscreto che di padrone di casa, unitamente alle province autonome di Trento e Bolzano, ai Länder del Tirolo e del Vorarlberg.

Vi è un'altra considerazione da fare: se in un non lontano passato, era stato il nazionalismo ed il fascismo a creare i contrasti in casa nostra, oggi paradossalmente è il concetto di sovranità dello Stato a crearci dei problemi. E' davvero singolare che questo avvenga proprio mentre tutti vogliamo superare questo concetto di sovranità statale, per guardare con grande speranza all'Europa, un'Europa nella quale Tirolo e Vorarlberg auspicano di entrare e dalla quale il Trentino e il Sudtirolo, non per colpa loro, ma per l'inefficienza dello Stato italiano, rischiano forse di uscire. E' un paradosso evidente, ma il paradosso trova proprio qui la sua spiegazione: lo Stato vuole diventare più forte, perchè vuole costruire l'Europa degli Stati, dei potentati economici, dei grandi sistemi. Questo non ci può andare bene, perchè l'Europa deve essere formata da un insieme di popoli e non da un insieme di Stati. Ecco perchè è estremamente importante mantenere forte il senso della nostra appartenenza, il senso della nostra autonomia. L'Europa deve prendere atto che esi-

stono le nostre strutture regionali autonome e quindi le leggi europee e le direttive europee devono e dovranno tenere conto di ciò, delegando direttamente competenze alle Regioni e alle Province autonome in una costruzione politica autenticamente federale. Deve insomma trovare ampia applicazione il principio di sussidiarietà più volte richiamato anche quest'oggi, per il quale la struttura superiore, Stato o comunità internazionale o europea che sia, interviene soltanto dove e quando le autonomie regionali non sono in grado di intervenire o di provvedere.

Mi auguro infine che questo incontro serva anche a fare chiarezza fra di noi. Quante volte abbiamo sentito sostenere una tesi a Trento, una tesi diversa a Bolzano, una terza tesi ad Innsbruck ed una ancora diversa a Roma. Credo che faremo un pessimo servizio a noi stessi se dovessimo continuare su questa strada, perché chiarezza e comunità di intenti sono elementi indispensabili per non soccombere alla logica dei centralismi sia statali che europei. Se prenderemo coscienza di questo avremo già fatto un grosso passo avanti sulla strada di una ritrovata unità fra le popolazioni del Trentino, del Sudtirolo, del Tirolo e del Voralberg. Grazie!

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento
Präsident des Trentiner Landtages

La parola al consigliere Lugger del Partito Liberale del Tirolo e si prepara il consigliere Falschlunger.

LUGGER (FPÖ)

Hohes Präsidium!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich kurz fassen, um auch noch einem anderen Redner meiner Partei die Gelegenheit zu geben, hier ans Rednerpult zu treten. Wir haben eine Resolution zu diskutieren und darüber zu befinden, und ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, daß die Freiheitliche Partei Tirols dieser Resolution die Zustimmung erteilt, allerdings sollten wir es nicht versäumen, hier auch über die Abänderungsanträge, die von sozialistischer Seite eingebracht wurden, zu reden. Es sind dies durchaus beachtliche Interessen, die hier angeführt sind, und wir sollten darüber nicht zur Tagesordnung übergehen.

Meine Damen und Herren! Nach dem historischen Rückblick, der hier vielfach getätigt wurde, sollten wir auch die Gegenwart und die Zukunft beleuchten. Und wenn wir von der Gegenwart reden, dann möchte ich es nicht versäumen, die Institution oder, sagen wir, die Einberufung dieses Vierer-Landtages als durchaus positiv zu bewerten. Ich glaube, wir sollten es auch akzeptieren, daß, angesichts der Einmaligkeit dieser Einberufung, auch die Inhalte naturgemäß einmal vorerst zurücktreten müssen. Es stört mich also überhaupt nicht, wenn hier ein gewisses Zeremoniell herrscht, wenn man versucht, einmal zunächst die Gastfreundschaft in den Vordergrund zu stellen und eine Resolution bearbeitet, die doch einigermaßen inhaltsleer ist, das müssen wir doch alle so sehen. Ich glaube, wir sollten das alles als einen guten Beginn sehen für eine Sache, die vielleicht einmal in Zukunft von recht großer Bedeutung sein müßte.

Meine Damen und Herren, ich finde also diesen Vierer-Landtag sehr positiv, auch im Hinblick auf das bisher Gesprochene. Ich halte diesen Landtag für positiv, weil heute so viele positive Bekenntnisse zum Föderalismus abgegeben wurden, daß man glauben möchte, man ist auf einer Ia-gung für Förderalismusforscher. Wir finden den Landtag positiv, weil gleichzeitig auch lautstarke Absagen an unsere Zentralen hier abgegeben wurden. Drittens, verkennen wir nicht die Signalwirkung, die von dieser gemeinsamen Sitzung ausgeht auf andere Regionen, die Signalwirkung auf unsere eigenen Zentralstellen in unseren Ländern. Und als viertes möchte ich erwähnen, und das ist für mich ganz besonders entscheidend, daß hier die Landtage die Initiative an sich gerissen haben, jene Landtage, die sich der Gefahr aussetzen, im Zuge der Integrationsbestrebungen immer mehr an Kompetenzen zu verlieren, d.h. die Landtage beginnen sich jetzt zu wehren, die Landtage werden initiativ, und das muß man insgesamt als äußerst positiv betrachten.

Die von der sozialistischen Seite eingebrachten Abänderungsanträge sind äußerst beachtlich, das möchte ich von hier aus sagen. Die Freiheitliche Partei Tirols wird diese Abänderungsanträge vollinhaltlich unterstützen, und wir verlangen, daß in diesem Saale darüber abgestimmt wird. Ich glaube, das wäre ehrlich, wenn man das tut, und wir sollten uns vor so einer Abstimmung wahrlich nicht drücken.

Das Bundesland Tirol - meine Damen und Herren - hat in diese Diskussion ja schließlich auch inhaltlich sehr viel einzubringen. Einerseits ist gerade im Bundesland Tirol die Förderalismusdiskussion auf einem äußerst hohen Standard, verglichen mit anderen Bundesländern unseres Staates; zum anderen - und das erscheint mir auch sehr beachtlich - besteht in Tirol seit langer Zeit ein Grundkonsens zwischen allen Parteien über jene Interessen, welche vordringlich schützenswert erscheinen, im Falle eines wesentlichen Integrationsschrittes. Und, ich glaube, daß wir

auf Grund des Umstandes, daß wir in Tirol diese Diskussion schon sehr lange, sehr eingehend und übereinstimmend führen, von unserer Seite doch das eine oder andere wesentliche Moment hier in die Diskussion eingebracht werden kann.

Und schließlich erinnere ich von dieser Stelle aus daran, daß wir im Tiroler Landtag letzte Woche wieder einen einhelligen Schritt gesetzt haben, um unsere Position in Richtung eines EWR-Beitrittes abzuklären.

Ich glaube also, daß wir einen Standard erreicht haben, der uns in die Lage versetzt, auch hier im gemeinsamen Landtag ganz wesentliche Argumente im Hinblick auf die schützenswerten Interessen unserer Regionen einzubringen. Wir unterstützen selbstverständlich auch die Forderung der Einsetzung einer Kommission, einer Kommission beschickt aus den vier Landtagen von allen politischen Parteien, die hier vertreten sind, um wichtige Interessen weiterhin im Rahmen dieser Kommission zu diskutieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento
Präsident des Trentiner Landtages

Ha ora la parola il consigliere Falschlunger del Consiglio del Vorarlberg. Si prepara poi il consigliere Rella.

E' stato richiesto di far conoscere i partiti a cui appartengono i firmatari dei due emendamenti distribuiti. C'è un emendamento a firma di Paolo Tonelli, che appartiene al partito denominato Solidarietà nel Trentino, assieme a Franca Berger, che fa parte del Gruppo Misto.

Questi due firmano anche un altro emendamento distribuito, assieme ad Erminio Lorenzini, che aderisce al gruppo della Democrazia Cristiana, e a Mauro Levegghi del Partito Socialista Democratico Italiano.

FALSCHLUNGER (SPÖ)

Herr Präsident!

Meine geschätzten Damen und Herren!

Ein parlamentarisches Treffen der vier Regionen Südtirol, Trentino, Tirol und Vorarlberg sollte unserer Ansicht nach über den festlichen Rahmen hinaus auch dazu genützt werden, gleich von Beginn an, gemeinsame Problembereiche zu definieren und einige wichtige Themen kommender Arbeitssitzungen bereits heute beim Namen zu nennen. Wir sind gerade im Lichte der zügig voranschreitenden EWR- und EG-Integration zusammen mit der Tiroler SPÖ-Fraktion zur Auffassung gelangt, daß die heute zu beschließende Grundsatzresolution durchaus einige konkrete Aufgaben zukünftiger Regionalpolitik beinhalten sollte. Es geht uns dabei - und so lautet auch einer unserer Anträge - um die Existenzsicherung für Klein- und Mittelbetriebe, um den Schutz der regionalen Landwirtschaft, um eine konsequente und vor allem besser koordinierte gemeinsame Umweltpolitik, sowie als zentrales Problem, um die Verminderung des Straßentransitverkehrs und Ausbau des Schienenverkehrs in allen vier besonders betroffenen Ländern. Ein Problem, welches die hier versammelten Regionen und deren Bevölkerung schon jetzt über die Grenzen der Zumutbarkeit hinaus belastet, ist das des internationalen Straßentransitverkehrs. Allen Expertenprognosen zufolge wird sich der alpenquerende Güterschwerverkehr ohne gezielte Gegenmaßnahmen bis zum Jahr 2000 nahezu verdoppeln. Ganz ähnlich verhält es sich durch den expandierenden Tourismus natürlich auch beim

PKW-Verkehr. Unmittelbar betroffen sind davon alle Länder des Alpenraumes, in erster Linie Tirol, zunehmend aber auch Vorarlberg und natürlich Südtirol und das Trentino. In Wirklichkeit ist der Straßenverkehr heute längst an seinen natürlichen sozialen und ökologischen Belastungsgrenzen angelangt. Unter diesen Umständen kann aber auch der Grundsatz der freien Wahl der Verkehrsmittel nicht mehr weiter aufrechterhalten werden, denn diese freie Wahl hört spätestens dort auf, wo die freie Fahrt der einen zur unerträglichen Lärm- und Schadstoffbelastung der anderen wird. Die einzige regional wie international zu verfolgende Alternative muß daher die konsequente Begrenzung des Straßenverkehrs und dessen planmäßige Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel sein. Im Interesse der Umwelt und der betroffenen Bevölkerung durchzusetzende Modelle der Kontingentierung und der Plafondierung des Verkehrs dürfen sich nicht nur auf eine Begrenzung des Gesamtschadstoffausstoßes beschränken, sondern müssen auch eine Obergrenze der Fahrten und Fahrzeuganzahl festlegen. Gerade da wird sich zeigen, wie sehr die Länder und betroffenen Regionen auch im erweiterten EWR- oder EG-Rahmen in der Lage sein werden, ihre existentiellen Interessen hoffentlich solidarisch zu vertreten und auch gegenüber verstärktem EG-Druck durchzusetzen.

Wir Vorarlberger und auch Tiroler Sozialdemokraten haben daher beantragt, im Resolutionstext aufzunehmen, daß keine EG-Abkommen ohne Zustimmung der jeweiligen Regionalparlamente abgeschlossen werden dürfen.

Viele der genannten und andere Probleme können besser gemeinsam und überregional angegangen werden. Die Vorarlberger und Tiroler SPÖ-Fraktionen schlagen deshalb vor, im Rahmen künftiger Arbeitssitzungen einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog für eine Alpenschutzkonvention vorzubereiten und diese Alpenschutzkonvention in der Folge auch als eine gemeinsame Willenserklärung für eine konsequente und überregional koordinierte Umweltpolitik zu verabschieden. Die Weichen für diesen einen sehr wichtigen

Teil konkreter Regionalpolitik sollen bereits heute gestellt werden. Wir schlagen deshalb vor, die Erarbeitung und Verabschiedung einer gemeinsamen Alpenschutzkonvention auch als Absichtserklärung in den Resolutions-text aufzunehmen. Ich danke Ihnen!

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento
Präsident des Trentiner Landtages

Ha la parola il consigliere Rella del Consiglio provinciale di Trento e si prepara il consigliere Stadler.

RELLA (PDS)

Signori Presidenti!

Egregi colleghi!

Avvertiamo tutti l'importanza storica dell'incontro di cui siamo stati i proponenti. Le guerre non hanno mai risolto i problemi e i diritti dei popoli. Salutiamo gli amici del Tirolo e del Vorarlberg, cui ci legano cordiali rapporti e riferimenti anche per i nostri tanti emigrati, ormai diventati parte integrante di quei paesi. La realtà è cambiata molto per tutti, è cambiata l'Europa, in questi 70 anni sono passate epoche intere. E' giusto che oggi finalmente, guardando ad un processo che dovrà affrontare un nuovo ordine mondiale basato sulla pace e sui diritti di tutti i popoli, noi ci si ritrovi per essere, pur nella nostra limitata realtà, anticipatori di esperienze e dunque propulsori del processo.

Non è insignificante che un incontro come questo non sia mai avvenuto nel frattempo con nessun'altra regione, mentre gli incontri dei Governi delle nostre regioni sono rimasti nell'ambito dei singoli fatti e

in dimensioni territoriali e strumentali diverse. Annettiamo quindi grande importanza a questo incontro, perché superando queste ultime fasi della vertenza, e quindi in un quadro di reciproche garanzie, si possa e doverosamente si vada ad una politica di respiro più ampio. Questo riteniamo essere compito nostro nella nuova Europa.

Anche come Partito Democratico della Sinistra forza nata da poco tempo, ma che fonda le sue radici in una grande esperienza democratica, non possiamo ignorare che gli ostacoli di natura bilaterale per il pieno ingresso nella Comunità Europea dell'Austria esistono e sono tutt'altro che irrilevanti. Più presto essi saranno superati, prima si avrà la possibilità oltre che di coltivare quanto era ed è di positivo della storia di queste nostre terre, di svolgere un ruolo propulsore per l'Europa dei popoli e delle Regioni. Su questa strada nel frattempo noi abbiamo sviluppato cordiali e proficui rapporti con la Baviera e il Württemberg.

Bene dunque che finalmente questa nostra terra ritrovi l'iniziativa e la strada non solo per risolvere contenziosi, ma per spingere i processi di sviluppo civile, economico e sociale della democrazia, della interazione culturale e scientifica a cui noi assegnamo grande importanza, della ricerca, delle politiche ambientali, della montagna, delle Alpi e della loro stessa immagine unitaria nel contesto e nel mercato internazionale.

L'Austria è stata una grande protagonista di forti mediazioni costruttive nel mondo. Oggi l'Italia problematicamente proietta il suo stivale nel rapporto nord-sud del Mondo. Noi come voi siamo area di frontiera e di cerniera in questa nuova era. Importante è quindi che il processo democratico e civile dei due Paesi, oggi non esenti da spinte nazionalistiche o disgregatrici, sia da noi spronato per il ruolo positivo che i due Paesi possono svolgere quali Stati la cui stabilità e autonomia sono un arricchimento dello stesso processo europeo, aperto alle ragioni dei

popoli e delle minoranze. Questo è un ruolo che spetta a chi dell'esperienza autonomistica e della convivenza, pur con contraddizioni e limiti, ne ha già fatto una realtà consolidata. Esso è compito politico, atto che compete ai Parlamenti e ai Consigli in via non casuale; ciò richiede un'iniziativa organica, che noi vediamo affidata ad una commissione permanente e interpartitica come propone l'SPÖ delle diete del Tirolo e del Vorarlberg, di cui condividiamo anche altri emendamenti alle risoluzioni qui presentate e richiamate. Ciò rende opportuno oltre che allargare l'iniziativa alla società e agli enti locali, darci una cadenza almeno biennale per la seduta congiunta dei nostri quattro Parlamenti. Grazie!

ANGELI (DC)

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Trento
Präsident des Trentiner Landtages

Il consigliere Stadler del Consiglio di Vorarlberg ha la parola. Si prepari la signora Flinspach.

STADLER (FPÖ)

Frau Präsident!
Meine Herren Präsidenten!
Verehrte Herren Landeshauptleute!
Hohe festlich versammelte Landtage!

Seit der Beseitigung des Eisernen Vorhanges vor wenigen Jahren, der länger als 40 Jahre als unwürdige Stacheldraht- und Minengrenze mit Selbstschußanlagen und Wachtürmen Europa in eine westliche und in eine östliche Hemisphäre geteilt hat, ist Europa wieder größer geworden. In

diesem nunmehr größeren Europa kommt auch den gewachsenen Strukturen eine neue, in der Historie gründende Bedeutung zu. Damit beginnt Europa, wiederum von seinen kulturhistorisch gewachsenen Regionen her zu neuer, kultureller Blüte aufzusteigen und sich gegenüber den atlantischen und pazifischen Einflüssen, wie es heute schon einmal erwähnt wurde, auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene zu emanzipieren.

Zur Erreichung dieses Zieles aber ist eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit jener europäischer Regionen, wie sie heute durch die vier anwesenden Landtage repräsentiert werden, unerlässlich, was eine möglichst einmütige und feierliche Verabschiedung der vorliegenden Resolutionen zum Ausdruck bringen soll. Wir Freiheitlichen begrüßen den Inhalt und den Geist dieser Resolutionen und den Rahmen der festlichen Sitzung als Auftakt, aber eben als Auftakt einer neuen Form der Zusammenarbeit, die aber schon bald in gut vorbereitete Arbeitssitzungen zur Behandlung konkreter Anliegen münden sollte. Dazu stellen wir uns nach dem Muster der Sitzungen der beiden Tiroler Landtage, die ja seit Jahren darin Erfahrung haben, die Schaffung einer interregionalen Landtagskommission und die Erarbeitung einer Geschäftsordnung vor, damit den Arbeitssitzungen von vornherein nicht der Charakter eines sinnlosen Polittourismus alla ARGE ALP zum Austausch von Höflichkeitsfloskeln zukommen kann. Es muß unsere feste Absicht sein, meine Damen und Herren, Problemlösungen für Fragen des Alpentransits, der Umweltbelastungen, einer Alpenschutzkonvention, für Fragen der Existenz von Klein- und Mittelbetrieben und der Zukunft der Landwirtschaft auf einer institutionalisierten, parlamentarischen Ebene im Rahmen von förmlichen Arbeitssitzungen zu erarbeiten, um so der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr Gehalt zu verleihen, als dies, wie schon gesagt, in der ARGE ALP bisher geschehen ist.

Nun einige Worte zu den vorliegenden Abänderungsanträgen der Sozialisten. Meine Damen und Herren, Sie hätten in der Vorbereitungsphase dieser Resolutionen ausreichend Zeit und Gelegenheit gehabt, Ihre Verbesserungsvorstellungen und Abänderungsanträge einzubringen. Das ist leider nicht geschehen. Ich sehe nicht ein, warum Sie heute diese Festversammlung dazu verwenden wollen, vor lauter Kleinmut und Parteibrille, Ihre Anträge hier publikumswirksam durchbringen zu wollen. Ich schlage Ihnen noch einmal Arbeitssitzungen vor, bei denen Sie Gelegenheit haben werden, Ihre Vorstellungen auch wirklich durchzubringen.

Eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der vier heute repräsentierten Länder und Regionen sollte auch in der Bekämpfung jeder Form des Zentralismus - gegen Wien, Rom oder Brüssel - eines Sinnes sein. Nur so wird es nämlich möglich sein, meine Damen und Herren, den Willen zur Zusammenarbeit und zur selbstbestimmten Gestaltung der Beziehungen zueinander durch tatsächliche Kooperationen auszufüllen, ohne bei Zentralstellen vorher um Erlaubnis fragen zu müssen.

Meine Damen und Herren, die heutige Sitzung und die Resolutionen müssen eine Signalwirkung in Richtung Wien und Rom, aber auch in Richtung Brüssel haben. Den Wiener, den römischen und den Brüsseler Zentralstellen muß klar werden, daß wir gewillt sind, aus abhängigen Gliedstaaten, mit einem neuen Selbstbewußtsein ausgestattet, Freistaaten mit außenpolitischen Kompetenzen zu machen, die sowohl in bezug auf ihre Nationalstaaten wie auch in bezug auf den drohenden europäischen Hyperstaat die Verwirklichung echter, auf die Regionen bezogener staatlicher Strukturen fordern.

Das Bekenntnis der Freiheitlichen im Vorarlberger Landtag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen und zu einem Europa der Regionen darf keinesfalls als Bekenntnis zum Provinznationalismus mißgedeutet oder verwechselt werden. Die kleinen und großen Einheiten Europas

leben von der gegenseitigen kulturellen Befruchtung und von der Erhaltung und Pflege der kulturellen und ethnischen Vielfalt, deren Gegenteil - als abschreckende Vorstellung - die Einfalt eines europäischen Einheitsbreies wäre.

Die Pluralität der Ethnien und ihre sozio-kulturellen Bereicherungswirkungen setzen allerdings ein Maximum an gegenseitiger Achtung und Toleranz auf dem Boden unserer Demokratien voraus.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang sei mir abschließend, an unsere italienischen Freunde gerichtet, eine Frage gestattet, jene Frage nämlich, ob es dazu sinnvoll ist, Siegesdenkmäler aus Zeiten der Unfreiheit und der totalitären Intoleranz zu restaurieren und zu renovieren, anstatt derartige Denkmäler - ich möchte wohl eher sagen Schandmäler - endlich zu beseitigen.

Wir Freiheitlichen glauben, daß es eine Geste der gutnachbarlichen Beziehungen wäre und daher auch der verbindenden Freundschaft in der Region dienlich wäre, nicht Wunden aufzureißen, sondern solche Wunden zu schließen und zu heilen. Nur so hat eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Herzen der Menschen unserer Regionen eine reelle Chance.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Ich übergebe nun den Vorsitz dem Präsidenten Bertram Jäger des Vorarlberger Landtages.

JÄGER (ÖVP)

**Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg**

Ich übernehme den Vorsitz. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Flinspach des Vorarlberger Landtages. In Vorbereitung bitte Abgeordneter Boato.

FLINSPACH (GAV)

Wertes Präsidium!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es muß wohl beim heutigen Anlaß die Möglichkeit bestehen, die heute vorgelegten Abänderungsanträge vorher in diesen Resolutionsentwurf einzuschaffen, bevor wir alle ihm zustimmen werden. Es sind dies Ergänzungen zu dem Text, es sind dies sinnvolle, wertvolle spezialisierte Ausführungen dazu, die, denke ich, in unser aller Interesse sind. Ich schlage daher vor, sie zuerst einzuarbeiten, bevor wir dann zur Abstimmung gehen.

Was trennt und was verbindet uns, bevor wir diese Absichtserklärung absegnen? Es trennt uns in erster Linie noch die Sprache. Da läge es an jedem Land, seinen Bürgerinnen und Bürgern beizubringen, zuerst einmal die Nachbarsprachen zu lernen, bevor wir in vorausseilendem Gehorhsam vielleicht Französisch lernen. Das können wir machen ohne diesen Resolutionsentwurf. Es trennen uns noch gewisse Grenzen, die zunehmend abgebaut werden, aber in weiterer Folge an der Grenze der EG wieder zunehmend aufgebaut werden. Es trennen uns Berge, die durch Straßen und Tunnels verbunden sind, die uns diese großen Transitprobleme bescheren, gegen die

wir gemeinsam kämpfen müssen. Es trennt uns noch die EG, d.h., daß zwei der hier anwesenden Landtage bereits mit der EG zu tun haben und zwei eben nicht; das ist Tirol und Vorarlberg.

Die Betonung der regionalen Eigenheiten muß uns allen wichtig sein, auch in diesem Zusammenhang. Und in diesem Resolutionstext ist der gemeinsame Wille enthalten, dazu zu stehen. Diese regionalen Eigenheiten dürfen aber nicht dazu führen, daß wir eine inneralpine Insel bilden. Wir müssen auch über unsere Region, über unsere Nationalstaaten, über Europa hinweg über die Grenzen schauen können, auch in Zukunft. Wenn wir ein Signal für ganz Europa sein sollen mit unserer Region, mit unserem regionalen Denken, müßte diese Resolution mehr Inhalt haben, sie müßte auch für andere nachvollziehbar sein. Wir können nicht einmal für die Alpenregion an sich sprechen, weil einige Länder heute nicht anwesend sind, die auch zur Alpenregion gehören.

Die von der FPÖ in ihren Abänderungsanträgen angesprochenen Anträge gehören unbedingt als Beginn in diesem Resolutionstext verankert, das ist unter anderem eben die regionale Landwirtschaft, dann die Alpenschutzkonvention, der Verkehr und die Klein- und Mittelbetriebe, lauter Themen, die nur ein Anfang sein können von der Betonung der regionalen Wichtigkeiten. Die Anträge des Trentiner Landtages sind ebenfalls für uns sehr wertvoll und müssen unbedingt eingebunden werden.

Wir werden dem Antrag des Resolutionstextes zustimmen, weil wir jedem Antrag zustimmen werden, der die Regionalstärkung betont. Die Grüne Alternative war von Anfang an eine Partei, die das Europa der Regionen gefordert hat.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat der Abgeordnete Boato der Grünen Fraktion des Trentiner Landtages. Es möge sich bitte der Abgeordnete Tribus vorbereiten, ebenfalls Grüne Fraktion.

BOATO (Verdi del Trentino)

Signori Presidenti!

Egregi Colleghi!

Tre Verdi di seguito! Abbiamo conquistato l'Europa, un'Europa federalista! Questo incontro di oggi è molto positivo, nel senso storico e politico, cioè ha un grande significato al di là della dimensione di questa regione che è formata da quattro piccolissime regioni e oltretutto a cavallo della CEE, perchè l'Austria ancora non appartiene alla CEE anche se noi auspichiamo che questo possa accadere a breve termine. Si tratta di una CEE un po' più ecologista, come ha detto la collega del Vorarlberg e dal punto di vista invece geografico, demografico ed economico, dobbiamo ricordare questa grande regione del Tirolo, del Vorarlberg, del Trentino e del Sudtirolo, che conta come un quattrocentesimo dell'Europa. L'Europa ha 700 milioni di abitanti, compresa l'URSS, e noi siamo un milione e 700 mila, quindi è importante che le frontiere non siano chiuse né a nord, né a sud, né a est, né ad ovest.

Mi è piaciuto l'avvio della Presidente Rosa Franzelin questa mattina, la Presidente del Consiglio che ospita questo incontro, che nello spirito non si è rifatta a personaggi importanti della nostra storia, che hanno una connotazione nazionalista, per esempio Cesare Battisti, potreb-

be essere per il Trentino, Andreas Hofer, per il Tirolo, campioni di una libertà vissuta in contrapposizione, ma ha citato indirettamente Michael Gaismeier, che potrebbe essere un simbolo storico di un personaggio poco valorizzato, ma molto grande nella storia e nella civiltà di questa area, di questa regione. E' un simbolo di valori - lo ha detto la Presidente Franzelin - dell'autonomia, ma anche dell'eguaglianza, del riscatto ad esempio dei contadini presenti nella Dieta Tirolese per la prima volta nel 500.

Il problema della convivenza e di questo guardare oltre frontiera è importante. Anche oggi abbiamo sulle prime pagine dei giornali, per noi del Trentino e del Sudtirolo in particolare, un segnale brutto: la ripresa di intolleranza a Bolzano, ma credo che sia solo un segnale. Il pericolo c'è sempre, ma se procede la convivenza, se procede la democrazia - anche l'autodeterminazione è compresa in questa convivenza - non sarà più necessario porre problemi di autodeterminazione. Speriamo che un domani questo possa accadere anche per il Cossovo, per l'Estonia, che siano tutte regioni d'Europa. La convivenza avrà ancora qualche altro problema. Ricordo che il Tirolo è il più avanti di tutti da questo punto di vista, ha il 5% della popolazione immigrata dalla Turchia e dalla Jugoslavia. Noi nel Trentino e forse anche a Bolzano dobbiamo ancora quasi affrontare questo problema, e ci sono già segni di intolleranza; ma dobbiamo superare questo, perché fa parte della democrazia.

L'ultimo telegramma del mio breve messaggio è il più verde, voglio citare Adam Nichnik, uno storico polacco che guarda all'Europa come ad un obiettivo anche per la Polonia. Egli dice: l'Europa è per noi dell'Est tolleranza culturale e religiosa, pluralismo politico. Noi l'abbiamo conquistato da molto poco e "step by step". Nell'economia mi sembra però che non procediamo sempre "step by step". Questo visto dalla Polonia che vorrebbe fare il salto improvviso nella CEE, è una giusta critica.

Ci siamo dimenticati nei nostri ordini del giorno, e ci sono buoni emendamenti da questo punto di vista, l'ecologia, la quarta dimensione dell'Europa, della cultura europea, della trasformazione dell'Europa non in senso economicistico, ma un'economia ecologicamente compatibile.

Concludo con tre possibilità di incontro. Qualcuno ha già parlato del traffico transfrontaliero, non deve essere l'Austria che cede per le esigenze della CEE o dell'Italia nel senso di sfondare e accrescere gli accordi economici, non che non ci vogliano accordi economici, ma ci vuole anche la difesa delle Alpi, ci vuole anche la difesa della fauna e della flora che sono un patrimonio delle Alpi, come l'Amazzonia d'Europa, le chiamerei così e una strategia per il contenimento dell'effetto serra. I Verdi hanno presentato a Bolzano e a Trento una proposta di strategia contro l'effetto serra da gestire nell'ambito delle autonomie provinciali, perchè se si deve fare una politica ecologica per la difesa del pianeta, bisogna incominciare dalla nostra piccola casa.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Als nächster hat der Abgeordnete Tribus des Südtiroler Landtages das Wort. In Vorbereitung: Helmut Batlogg des Vorarlberger Landtages.

TRIBUS (GAF-GVA)

Sehr verehrte Damen und Herren!

Als dritter Grüner kann ich mir einige Dinge ersparen, die bereits hier eingebracht worden sind.

Ich möchte auch von einem Satz der Präsidentin Franzelin ausgehen, die gesagt hat, das sei hier eine Versammlung bestimmter Worte, aber auch der Ideen. Und Worte sind in der Tat sehr viele gefallen und ich muß sagen, sie waren alle so edel, so würdig, so schön, daß eigentlich kein Mensch damit nicht einverstanden sein könnte, weil ja auch der historische Augenblick so ist, daß man es eigentlich vermeiden möchte, Dissonanz in diesem Saale aufkommen zu lassen. Und das, glaube ich, ist richtig so. Ich glaube, wenn wir heute nicht imstande sind, über den eigenen Schatten zu springen und wenn wir heute hierher kommen in der irrigen Meinung, daß wir hier heute bereits ein Regierungsprogramm zu verabschieden haben, dann, glaube ich, haben wir uns getäuscht.

Meine Fraktion wird deshalb dem Resolutionsentwurf der Präsidenten zustimmen, weil wir der Meinung sind, daß das eigentlich nur die Ausgangsbasis ist, um überhaupt in Zukunft über das "Europa der Regionen" sprechen zu können. Wenn wir heute zu diesem kleinen Mikroversuch nein sagen, dann haben wir uns selbst bewiesen, daß unsere Gespräche über das "Europa der Regionen" reine Rhetorik sind.

Man kann sich nicht auf der einen Seite vor dem Europa-Koloß EG fürchten und auf der anderen Seite nicht den Mut haben, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Europa zu wagen, im Europa der Regionen, und auch davon auszugehen, wie es Gatterer einmal gesagt hat, daß die Alpenvölker im Grunde eine heimliche Nation sind. Das, glaube ich, ist bestimmt eine provokative These, also wenn wir uns als Alpenvölker als Nation bezeichnen. Aber, ich glaube, Gatterer hat damals in weiser Voraussicht doch die zahlreichen Gemeinsamkeiten herausgeholt, und diese Gemeinsamkeiten müssen auch die Ausgangsbasis sein, um die Verschiedenartigkeit gemeinsam zu meistern. Wir dürfen uns nicht vormachen, daß die heutige Euphorie uns über die Probleme hinwegtäuschen kann. Dem ist nicht so. Jedes Land könnte eine Reihe von Problemen hier einbringen, und Südtirol wäre ein klas-

sisches Beispiel dafür. Wir hatten gestern eine große Kundgebung in Bozen und bereits ein Vorredner hat auf die Problematik Siegesdenkmal vorhin angesprochen. Heute wird noch über die Selbstbestimmung diskutiert. Also, es gibt sehr viele Probleme, brennende Probleme, aber wenn wir hier nur Trennendes einbringen, dann, glaube ich, haben wir es verpaßt, das im Ansatz anzugehen, was das Europa der Regionen sein kann.

Natürlich müssen wir schon auch kritisch vermerken, daß wir den Mut haben müssen, über die Schwierigkeiten zu sprechen, Nachbarn zu sein. Wir haben das bereits seit Jahren mit den gemeinsamen Landtagen Tirol-Südtirol erlebt, wo wir im Grunde nicht sehr weit gekommen sind, aber, ich glaube, daß uns das nicht hindern kann, den Bogen weiter zu spannen und daß wir uns dann nach dem heutigen Tag auch entsprechende Regeln geben müssen. Wenn wir keine Regeln haben, dann werden wir nicht imstande sein, die Gemeinsamkeit auch zu suchen, weil ich sehr häufig die Gefahr wittere, daß die Föderalismusdiskussion so persönlich interpretierbar ist und jeder das hineinlesen kann, was er will und glaubt, Föderalismus sei im Grunde nichts anderes als provinzielle Selbstherrlichkeit. Das darf Föderalismus nicht sein. Wir müssen doch einen Schritt weitergehen und uns auch selbst eingestehen, daß Förderalismus auch Abgeben von Kompetenzen heißt, Förderalismus heißt auch, Gruppenegoismus aufgeben. Und wenn Boato Gaismair zitiert hat, den er elegant der Präsidentin Franzelin unter die Schuhe geschoben hat - und sie wird sich ja freuen, als Arbeitnehmerin mit Gaismair in Verbindung gebracht zu werden -, dann, glaube ich, ist das ein wichtiger Hinweis auf die große Tradition, die Südtirol aufzuweisen hat. Wir müssen uns auch auf den guten Teil der Geschichte rückbesinnen und nicht nur auf den Patriotismus, nicht nur auf das "Mir sein mir". Wir haben eben auch einen Gaismair vorzuweisen, und, ich glaube, es ist heute nach wie vor aktuell und modern, wenn neben der ökologischen Komponente, die vielleicht im Dokument, das hier vorgelegt wurde, zu kurz

kommt, auch die soziale Komponente einen entsprechenden Eingang findet. Das Europa der Regionen, sagt man immer, soll ja nicht das Gegenstück sein zum Europa der Konzerne. Wenn wir das wollen, dann, glaube ich, muß auch diese Dimension Eingang finden. Und diese kann nur eine soziale sein, weil die Not in Europa wird gerade durch die hier bereits zitierte Zuwanderung immer größer und deshalb wird der soziale Auftrag dieses Europas immer größer werden.

Was nun den praktischen Teil betrifft, so teilen wir vollinhaltlich die Abänderungsanträge, die die sozialistische Fraktion eingebracht hat. Wir wären sehr dafür, wenn diese Abänderungsanträge auch in der Schlußresolution Eingang finden könnten.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat der Abgeordnete Batlogg des Vorarlberger Landtages. In Vorbereitung: Dr. Klotz Eva, Südtirol.

BATLOGG (ÖVP)

Verehrter Herr Präsident!
Meine geschätzten Damen und Herren!

Die zur Diskussion stehende Resolution ist Ausdruck vielfältiger Gemeinsamkeiten; Gemeinsamkeiten, die teilweise in der Vergangenheit wurzeln; Gemeinsamkeiten, die ihren Inhalt und ihre Ausformung in der Gegenwart erhalten und andere in die Zukunft weisende Absichten, die neue Gemeinsamkeiten begründen sollen. Viele Einzelheiten dieser Gemeinsamkeiten

sind heute angesprochen worden und fügen sich mehr und mehr zu einem Mosaik von Auffassungen und Interessen zusammen, weder vom Inhalt noch von der Form her in allen Teilen harmonisch oder gar perfekt zusammenpassend, in überwiegendem Maße aber vom guten Geiste zur Zusammenarbeit getragen.

Ich nütze die mir gebotene Gelegenheit, hier einen ganz konkreten Problemkreis anzusprechen und ein wenig zu vertiefen, einen Problemkreis, der keine politischen Grenzen kennt und uns ohne Ausnahme gleichermaßen psychisch wie physisch berührt, unsere natürliche Umwelt. Immer deutlicher erkennen wir erhebliche Belastungen des Bodens, des Wassers und der Luft als Folge neuzeitlicher Lebens- und Wirtschaftsweisen. Und wie immer man das Thema angeht, der enorme Einsatz von Energie in allen seinen Formen erweist sich als eine gemeinsame Klammer vieler Probleme unserer Gegenwart. Denken Sie an die dringende CO₂-Belastung, an das Problem steigender Ozonkonzentrationen, das vor allem unsere sogenannten Reinluftgebiete entwertet. Ich nenne weitere Stichworte wie Ozonloch, Staubbelastung, Wintersmog. Ähnliches gilt für die Lebensgrundlage Boden, der vielfach Endstation belastender Emissionen ist. Und unser bedeutsamstes Lebensmittel Trinkwasser ist nicht nur in den Industriezonen und in den dichtbesiedelten Gebieten belastet, sondern bereits in den hochgelegenen Quellgebieten von uns infiziert. So sind Lebensadern zu Kloaken verkommen und selbst das unermeßlich scheinende Meer kann unsere Zivilisation nicht mehr verdauen. Erst die uneingeschränkte Verfügbarkeit hochwertiger Energie zu Billigpreisen ermöglicht den Verkehr im heutigen Ausmaß und sprengt alle natürlichen Grenzen der Wirtschaftsräume, weil der Transport keinen ernst zu nehmenden Kostenfaktor darstellt.

Und so bringe ich in aller Kürze meine Anliegen auf den Punkt und werbe um Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung für den sparsameren und haushälterischen Umgang und Einsatz von Energie in allen den Naturhaushalt ausbeutenden und belastenden Formen. Ich werbe um Ihre Unterstützung

für ein sukzessives Erreichen von mehr Kostenwahrheit im Sinne einer ganzheitlichen, auch ökologische Aspekte mit Langzeitwirkung berücksichtigenden Rechnung. Das österreichische Modell der öko-sozialen Marktwirtschaft bietet dazu wertvolle Hilfe und Information.

Geschätzte Damen und Herren! Im Zusammenhang mit Energie- und Klimadiskussion gibt es immer wieder, oder genauer gesagt noch immer, Beiträge, die der Nutzung der Kernenergie das Wort reden. Nach der heute möglichen Abschätzung gibt es überhaupt keine friedliche Nutzung im großtechnischen Maßstab. Die daraus resultierende Gefährdung sprengt jedes menschliche Vorstellungsvermögen und jeden uns geläufigen Zeithorizont. Diese Mensch und Schöpfung verachtende Technik ist kompromißlos abzulehnen. Ich bitte Sie auch hier um Ihre Unterstützung.

Gestatten Sie mir einen letzten abschließenden Gedanken. Freiheit ist zu einem zentralen Inhalt unserer Zeit geworden, frei von politischer Bindung, frei von gesellschaftlichen Zwängen, frei von existenzgefährdender materieller Not usw., und nicht selten wird die EG mit den vier Freiheiten umschrieben. Hier wie dort gilt die einschränkende Erfahrung, daß die Freiheit nicht völlig grenzen- und bedingungslos ist, sondern bedeutungsvolle Randbedingungen respektieren muß, soll sie ihrer eigentlichen Qualität gerecht bleiben. So werden selbst die vier erwähnten Freiheiten regionale Eigenheiten, naturräumliche Gegebenheiten, ökologische Erfordernisse und kulturelle Eigenarten als vorrangige Randbedingungen respektieren müssen, will die EG mehr als eine europäische Wachstumsgemeinschaft sein. Ein "Europa der Regionen" ist die Alternative. Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Aufmerksamkeit!

JÄGER (ÖVP)

**Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg**

Nächste und letzte Wortmeldung am Vormittag, Frau Abgeordnete Dr. Eva Klotz des Südtiroler Landtages. Bitte, Sie haben das Wort.

KLOTZ (UFS)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich betrachte uns alle als gleichwertige Partner in dieser gemeinsamen Landtagssitzung. Infolgedessen ist unsere Fraktion, die Union für Südtirol, auch davon ausgegangen, daß es nach der ausgezeichneten einstimmenden Musik eine richtige Arbeitstagung wird.

Es gibt viele interessante Abänderungsanträge zur politischen Resolution, nicht nur von seiten der SPÖ Vorarlberg und des Bundeslandes Tirol, sondern auch von seiten der Union für Südtirol und von seiten unserer Trentiner Freunde Franca Berger und Paolo Tonelli, die alle des Diskutierens und des ernsthaften Abwägens würdig sind. Wenn diese Versammlung der vier Landtage wirklich so wichtig ist, wie man es uns immer wieder hier gesagt hat, dann muß es uns auch der Mühe wert sein, darüber eingehend zu diskutieren und nicht nur in der Mittagspause schnell, schnell abzulehnen. Was anderes soll dabei herauskommen, als daß es dann eben schnell, schnell geht? Es müßte uns also schon wert sein, daß wir dann eine eigene Versammlung einberufen, in welcher alle gemeinsam diskutieren, wenn diese Resolution wirklich zukunftsweisend für die Politik unseres gemeinsamen Lebensraumes und unserer Heimatländer sein soll. Es geht einfach nicht an, daß wir uns hier nur feierlich versammeln - obwohl

auch das sehr schön ist - und dann nicht einmal zur Abstimmung einer Resolution kommen. Ich würde mich dagegen wehren, daß hier ein Antrag, eine Resolution abgestimmt wird, ohne ernsthafte Diskussion der Abänderungsanträge. Wenn dem nicht stattgegeben würde, dann halte ich solche Versammlungen wirklich für eine Farce, dann hätte man uns notfalls einen Termin nennen sollen, innerhalb dessen die Abänderungsanträge eingereicht werden sollen.

Wir haben unseren Antrag letzte Woche eingebracht, er liegt der Mappe bei, und es geht um die Frage Tirols, es geht um die Lösung der Tirol-Frage. Infolgedessen müßte es uns auch wert sein, diesem Gedanken wenigstens eine gewisse Zeit der Diskussion zu widmen, um dann wirklich zu einer demokratischen Entscheidungsfindung zu kommen, nicht eine vorgelegte Resolution einfach abstimmen und das andere dann einbauen. Über die Abänderungsanträge muß abgestimmt werden, bevor die gesamte Resolution abgestimmt wird, ansonsten fehlt ihr wirklich eine demokratische Legitimation.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages

Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das war also die letzte Wortmeldung des Vormittags. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Es ist vielfach der Wunsch geäußert worden - soeben wieder vorgebracht -, daß über die Abänderungsanträge noch diskutiert und dann auch abgestimmt werden soll. Wie das vor sich gehen wird, das wird Ihnen jetzt die Frau Präsidentin Franzelin erläutern. Ich gebe ihr das Wort weiter.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Wir haben als Präsidium aus den Wortmeldungen entnehmen können, daß die vorgelegten Abänderungsanträge nicht auf eine spätere Arbeitssitzung der Präsidenten mit den Fraktionsvorsitzenden verschoben werden sollen, sondern es soll versucht werden, soweit als möglich, einen Konsens zu finden. Deshalb schlagen wir jetzt vor, daß wir die vormittägige Sitzung aufheben und daß sich alle Fraktionsvorsitzenden, welche ein Interesse an einer eventuellen Einarbeitung der Abänderungsanträge in den Vorlagetext haben, unverzüglich im Lesesaal hier im Hause einfinden, um für den Beginn der Nachmittagsitzung vielleicht einen erleichterten Abstimmungsmodus zu ermöglichen, für ein Dokument, das einen breiten Konsens finden kann. Ich bitte alle, die Interesse daran haben, sich im Lesesaal zu treffen.

Die anderen Abgeordneten sind zu einem Aperitiv eingeladen, so wie es im Programm vorgesehen ist. Der Bürgermeister der Stadt Meran wird dabei ein Grußwort an Sie richten. Anschließend sind Sie zum Mittagessen im Pavillon des Fleurs hier im Hause eingeladen.

Am Nachmittag treffen wir uns dann um 15 Uhr zur weiteren Behandlung der Tagesordnung. Wir werden mit der Abstimmung zu dieser Resolution beginnen und dann zum nächsten Tagesordnungspunkt, welcher das Accordino betrifft, übergehen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

UHR 12.53 ORE

UHR 15.34 UHR

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Angesichts der Tatsache, daß das von den Fraktionsvorsitzenden während der Mittagspause konkordierte Dokument noch nicht verteilt werden kann, weil es noch nicht fertig abgeschrieben ist, würde ich den Vorschlag machen, daß wir jetzt, um Zeit zu sparen, mit Punkt 2 der Tagesordnung beginnen.

Punkt 2 der Tagesordnung: "RESOLUTION ÜBER DAS ACCORDINO".

Punto 2) dell'ordine del giorno: "RISOLUZIONE SULL'ACCORDINO".

Regionalassessor Dr. Zeno Giacomuzzi hat das Wort zur Verlesung des Berichtes.

GIACOMUZZI (SVP)

Sehr geehrte Präsidenten!

Geschätzte Landeshauptleute!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Es freut mich ganz besonders, d.h. es freut mich eigentlich doppelt, wenn ich hier heute über das Accordino berichten kann, über den aktuellen Stand, über die Zukunftsperspektiven. Es freut mich einerseits deshalb, weil ich feststellen konnte, daß doch ein Großteil der Arbeiten heute gerade das Accordino und die Erweiterung des Accordino betrifft, andererseits freut es mich, weil ich Ihnen eine gute Nachricht zu überbringen habe, aber von derselben möchte ich erst später wieder reden.

Ich habe versucht, in diesem Bericht etwas über die Geschichte des Accordino zu sagen, auch über den völkerrechtlichen und über den politischen Teil bzw. über die Wichtigkeit. Ich habe aber versucht, es so zu machen, daß es doch für alle verständlich ist. Ich hoffe, daß mir das gelungen ist.

Der Bericht ist Ihnen allen zugesandt worden; ich weiß, daß ihn ja alle mit Interesse gelesen haben, dennoch verlese ich ihn jetzt noch einmal. Vielleicht macht diese Auffrischung dann auch die Diskussion lebendiger:

In Ausführung von Punkt 3, lit. d), des Degasperi-Gruber-Abkommens (Pariser Vertrag) vom 5. September 1946 wurde am 12. Mai 1949 das Abkommen zwischen der Republik Italien und der Republik Österreich über die Regelung des erleichterten Warenaustausches zwischen den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und der italienischen Region Trentino-Südtirol (Accordino) unterzeichnet, mittels dessen für die begünstigten Regionen ein präferenzzieller Warenverkehr eingerichtet wurde.

Entgegen aber der breiteren Formulierung in Punkt 3, lit. d), des Degasperi-Gruber-Abkommens ("...zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs...") wurde durch das Accordino aber lediglich ein regionales Präferenzregime für den lokalen Austausch gewisser Produkte eingerichtet.

Durch die Institutionalisierung einer italienisch-österreichischen Gemischten Kommission als ständiges Vertragsorgan sind im Accordino sowohl zentrale als auch regionale Dienststellen und Interessenvertreter zusammengeführt.

Zusätzlich zu seiner Bedeutung als Warenaustauschabkommen, ist es neben dem Degasperi-Gruber-Abkommen selbst ein weiterer internationaler autopolitischer Pfeiler. Dies wird dadurch unterstrichen, daß das Accordino

de facto unkündbar ist. Gemäß Art. 7, Abs. 2, des Accordino, sind die Vertragspartner nämlich verpflichtet, im Falle einer Kündigung innerhalb von sechs Monaten ein neues Abkommen "im Sinne des Art. 3, lit. d), des Pariser Vertrages von 1946" abzuschließen, wobei aber das gekündigte Accordino gemäß Art. 3 bis zum Abschluß eines neuen Abkommens in Kraft bleibt. Durch diese Regelung ist sichergestellt, daß das Accordino auf Dauer bestehen bleiben wird und jederzeit durch entsprechende Novellierungen den geänderten Umständen angepaßt werden kann. Allerdings wurde damit aber lediglich Vorsorge dafür getroffen, daß das Accordino nicht von einer der beiden Parteien einseitig außer Kraft gesetzt werden kann. Nicht aber kann mit dieser seiner De-facto-Unkündbarkeit verhindert werden, daß es inhaltlich obsolet, bzw. materiell überlagert werden würde.

In seiner mehr als vierzigjährigen Geschichte hat also das Accordino seine mehrfachen Funktionen in unterschiedlicher Weise erfüllt. Das Freihandelsabkommen Österreich-EWG aus dem Jahre 1972, bzw. die dadurch ab Juli 1977 herbeigeführte Zollfreiheit zwischen Österreich und der EWG führten schließlich zu einem völligen Wandel der Warenstruktur im Accordino, das nunmehr fast ausschließlich Agrarprodukte und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse enthielt.

Mit Beginn der EG-Beitrittsdebatte in Österreich 1986-87 begann man, sich in bezug auf das Accordino Gedanken zu machen. Die seitdem diskutierten Versuche einer Dynamisierung und Umgestaltung stellen gegenwärtig einen Funktionswandel in Richtung auf ein Instrument grenzüberschreitender Kooperation dar.

Im Protokoll der 34. Tagung der Gemischten Kommission vom Mai 1983 in Meran hat man, im Interesse einer Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Regionen, die Überprüfung der gesamten Entwicklung der regionalen Wirtschaftsbeziehungen als Teil der Aufgabe der Gemischten Kommission selbst bezeichnet. Die Gemischte Kommission hat sich im Jahre 1988 anlässlich ihrer Tagung in Gaschurn mit der Möglichkeit der Erweiterung des Abkommens auch außerhalb des traditionellen Warenverkehrs befaßt. Bereits im darauffolgenden Jahr wurden bei der Tagung in Riva die ersten Expertenkommissionen eingesetzt und mit konkreten Aufgaben betraut.

Diese Entwicklung war aufgrund einer entsprechenden Übereinkunft der damaligen Außenminister Andreotti und Mock im Jahre 1987 in Klagenfurt möglich geworden. Damit wurde die Lebendigkeit und Aktualität des Sonderabkommens bestätigt und eine unmittelbare Beziehung zu den gesamtpolitischen Vorstellungen des Pariser Vertrages (Art. 3, lit. d) hergestellt.

MÖGLICHKEITEN EINER DYNAMISIERUNG UND NEUGESTALTUNG DES ACCORDINO

Die gegenwärtig von beiden Vertragspartnern gezeigte Bereitschaft, das Accordino zu dynamisieren, muß viel stärker als bisher "intertemporal", d.h. phasenverschoben in die Zukunft gesehen werden und hat auf die möglichen zukünftigen Szenarien entsprechend Rücksicht zu nehmen. Das heißt, daß die gegenwärtige Dynamisierungsphase des Accordino lediglich interimistisch bis zu

einem Vollbeitritt Österreichs zu der EG oder bis zu einer umfassenden EUR-Vertragsregelung erfolgen soll. Zudem muß aber dem Accordino auch noch nach einem EG-Beitritt Österreichs Bestand und Substanz gegeben werden.

So ist der Versuch der Ausweitung des Accordino im Bereich der Gleichstellung von Arbeitnehmern im Freizügigkeits-, Dienstleistungs- und Niederlassungsbereich durchaus sinnvoll, aber nur für die Übergangszeit bis zum EG-Beitritt Österreichs, bzw. bis zum Abschluß eines sich darauf erstreckenden EWR-Vertrages. Von einem eventuellen EG-Beitritt Österreichs wäre aber die Dynamisierung im Bereich der regionalen, bzw. grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf technischem, ökologischem, kulturellem, sozialem Gebiet usw. nicht betroffen. Diesem Sachbereich muß besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

In diesem Sinne hat bereits im November 1989 der für das Accordino zuständige Regionalassessor dem österreichischen Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten verschiedene Themenbereiche vorgetragen. Diese bezogen sich auf folgende Schwerpunkte:

- 1) Dynamisierung des Accordino durch die Gemischte Kommission, bzw. durch Expertenkommissionen;
- 2) Der Annäherungsprozeß zwischen den EG- und den EFTA-Staaten (Delors-Prozeß/EWR), sowie die Bemühungen Österreichs um den EG-Vollbeitritt;
- 3) Der im Operationskalender zum Südtirol-Paket vorgesehene Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit;
 - 1) Die Dynamisierung des Accordino durch die Gemischte Kommission, bzw. durch Expertenkommissionen

Die Gemischte Kommission im Accordino beschäftigte sich bei ihrer Sitzung im Jahre 1989 in Riva mit folgenden Vorschlägen und Anregungen außerhalb des reinen erleichterten Warenaustausches:

- Bergungs-, Rettungs- und Ambulanzflüge über die Grenze;
- Mitführen und Betreiben von Telefongeräten in Fahrzeugen;
- Einrichtung von Tagesrandverbindungen zwischen den begünstigten Regionen;
- Filialgründungen von Banken über die Grenze;
- Erweiterte Warenverzollung am Zollamt Brenner;
- Reziproke Gleichstellung von Arbeitnehmern, Berufsausbildung und Gewerbe-recht;
- Freizügigkeit, freier Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsfreiheit;
- Erleichterung bei der Aus- und Einfuhr von Kulturgütern zu Ausstellungszwecken;
- Sichtflugkorridor durch das Pustertal;
- Engere Zusammenarbeit auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet;
- Grenzübertritt außerhalb offizieller Grenzübertrittsstellen;
- Begünstigte Tarife im Fernsprechverkehr.

GLEICHSTELLUNG DER ARBEITNEHMER

Die Thematik soll aufgrund ihrer besonderen Wichtigkeit ausführlich behandelt werden.

Wie informell zu erfahren war, arbeitete man im Vorjahr im österreichischen Sozialministerium an einer Vorlage zur Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes.

Dies war die Gelegenheit, um die Voraussetzung für eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes in der Accordino-Region zu schaffen und durfte nicht versäumt werden. Anlässlich von Gesprächen, die der zuständige Regionalassessor im November 1989 und im März 1990 mit Außenminister Mock, bzw. mit hohen Ministerialbeamten im Wiener Außenministerium geführt hat, hat er darauf hingewirkt, daß bei der Novellierung dieses wichtigen Gesetzes in jedem Fall eine besondere Berücksichtigung der Arbeitskräfte aus der Accordino-Region erfolgen möge.

Am 5. Juli 1990 wurde die zitierte Novelle beschlossen (Bundesgesetz Nr. 450); auch aufgrund dieser Intervention beinhaltet es eine gute Regelung für die Arbeitskräfte aus der Region Trentino-Südtirol. Unter Art. 1, lit. k), wurde festgeschrieben, daß Personen, die in den beiden Provinzen Trient und Bozen das aktive Wahlrecht für alle politischen Gremien genießen, oder es bei Erreichen der Volljährigkeit genießen würden, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, in den beiden Bundesländern Tirol und Vorarlberg keine Arbeitsgenehmigung mehr benötigen, wie sie für ausländische Arbeitnehmer vorgesehen ist.

In Italien ist dieses Problem durch das sogenannte Martelli-Gesetz aus dem Jahre 1989 schon vorher geregelt worden.

Nach verschiedenen Gesprächen in Wien, sowie in Nordtirol und Vorarlberg, konnten die Vorarbeiten im Jänner 1991 dann in Wien geführt und abgegeben werden. Die Italiener waren damit schon im Jänner einverstanden. Italien hat durch den Arbeitsminister eine Depesche, ein Schreiben, über das auswärtige Amt über die Botschaft nach Wien geschickt und diese Zusage gegeben. Seit Jänner haben wir nun auf die Zusage aus Wien gewartet.

Und ich kann Ihnen heute - und das ist der zweite Grund, warum ich mich heute so freue - mitteilen, daß ich am Freitag die Depesche aus Wien bekommen habe, wo das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten an die italienische Botschaft in Wien folgende Verbalnote übermittelt: "Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entbietet der italienischen Botschaft seine Empfehlungen und beehrt sich, in Beantwortung der

geschätzten Verbalnote vom 5. Februar 1991, Nr. 341, mitzuteilen, daß auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Vorschläge, die die Expertenkommission anlässlich ihrer Tagung am 9. Oktober 1990 in Innsbruck hinsichtlich der erleichterten Aufnahme einer Beschäftigung durch unselbständige Arbeitnehmer in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg bzw. der Region Trentino-Südtirol ausgearbeitet hat, genehmigt. Nach österreichischer Auffassung erfüllt die von der Expertengruppe vorgesehene Vorgangsweise für österreichische Arbeitnehmer aus den Bundesländern Tirol und Vorarlberg in der Region Trentino-Südtirol die im österreichischen Ausländer-Beschäftigungsgesetz geforderte Gegenseitigkeit. Entsprechende Instruktionen sind den Tiroler und Vorarlberger Arbeitsämtern mitgeteilt worden".

Ich glaube, daß das ein großer Erfolg ist, erster konkreter Schritt über den Warenaustausch im Accordino hinaus in Richtung zukünftiges Europa.

Allerdings scheint sich daraus nun ein weiterer Problembereich zu ergeben: Es bestehen Schwierigkeiten bei der Einstellung von Personen, die einen Studientitel oder eine Berufsqualifikation besitzen, die im jeweils anderen Staat nicht anerkannt ist. An der Lösung dieser Probleme wird zur Zeit im Rahmen der Expertenkommission für die Mobilität der Arbeitskräfte mit Vordringlichkeit gearbeitet.

Es werden Lokalausweise und Treffen in den nächsten Monaten stattfinden. Und ich hoffe, daß wir im Laufe des heurigen Jahres auch dieses Problem der Anerkennung der Berufsbilder lösen können.

Es gibt dann noch weitere Probleme, und zwar in bezug auf die Anerkennung in gewissen Bereichen, in bezug auf die Anerkennung der Pensionsjahre, aber auch da sind wir dabei, die entsprechenden Lösungen zu finden.

Über seine wirtschaftliche und autonomiepolitische Funktion und Bedeutung hinaus, erfüllt das Accordino damit auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Menschen der ehemaligen "Gefürsteten Grafschaft Tirol".

- AMBULANZFLÜGE

Sie wissen, daß wir von Südtirol mit der Universitätsklinik in Innsbruck sehr verbunden sind, daß wir Abkommen haben auf dem Gebiet der Sanität, und es hat Probleme mit dem Transport der Verletzten und der kranken Leute dorthin gegeben.

In der Zwischenzeit ist es gelungen, durch einen Notenwechsel der Außenminister, bzw. durch ein bilaterales Abkommen (in Italien ratifiziert mit Staatsgesetz vom 29. November 1990, Nr. 388, Amtsblatt der Republik Italien vom 21.12.1990), das Problem der Rettungs- und Ambulanzflüge über die Grenze definitiv zu regeln.

- LÖSUNG DER PROBLEMATIK MOBILFUNK UND AUTOTELEFON

Sie wissen - oder vielleicht wissen Sie es nicht -, wenn ausländische Staatsbürger nach Italien einreisen, müssen sie ihr Telefon im Auto entweder abmontieren oder plombieren lassen an der italienischen Grenze. In Österreich ist es seit kurzer Zeit geregelt für drei Monate.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich eine Expertenkommission. Dies war notwendig geworden, nachdem es des öfteren Schwierigkeiten bei der Grenzabfertigung von Fahrzeugen gegeben hatte, die ein Funk- oder Mobiltelefongerät mit sich führten. Auch wenn der Betrieb der Geräte aus technischen Gründen in vielen Fällen gar nicht möglich ist, war es in Österreich und ist es in Italien immer noch verboten, derartige Geräte mitzuführen. Für Österreich konnte eine Lösung gefunden werden, für Italien ist man in der Accordino-Expertengruppe in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien auf der Suche danach.

- TARIFFVERGÜNSTIGUNGEN IM TELEFON- UND FERNMELDEWESEN

In diesem Zusammenhang soll hier festgehalten werden, daß in der Zwischenzeit im Rahmen der Accordino-Region auch Verbesserungen und Tarif-Vergünstigungen im Telefon- und Fernmeldewesen erreicht werden konnten.

Für uns werden die Telefongespräche nach Nordtirol wie die lokalen Gespräche verrechnet.

Zudem wurden probeweise Zug-Tagesrandverbindungen eingerichtet.

- ANERKENNUNG DER NICHTUNIVERSITÄREN STUDIENTITEL UND DER BERUFSBILDER

Mit der Liberalisierung im Bereich des Arbeitsmarktes steht ein bahnbrechender Erfolg im Sinne einer Dynamisierung des Accordino unmittelbar bevor. Allerdings scheinen sich - wie bereits gesagt - darauf Probleme bei der Anstellung von Personen zu ergeben, die eine Ausbildung aufweisen, die im jeweils anderen Land nicht anerkannt wird. Die erfolgreiche Expertenkommission für die Mobilität der Arbeitskräfte hat den Auftrag erhalten, sich in Hinblick auch mit diesem Problembereich zu beschäftigen.

Weitere aktuelle Probleme beschäftigen zur Zeit die Accordino-Gremien. Neben den laufenden Aufgaben grenzüberschreitender Zusammenarbeit geht es dabei besonders um folgende Punkte:

- ÜBERTRAGUNG LOKALER FERNSEHPROGRAMME

Auf Wunsch der Accordino-Länder Tirol und Vorarlberg werden zur Zeit im Rahmen einer Expertenkommission die Voraussetzungen für eine Übertragung staatlicher italienischsprachiger Fernsehprogramme (Rai 3) nach Tirol und Vorarlberg geschaffen.

Die Kommission hat sich getroffen. Für Italien ist der Fall geklärt. Am 30. Mai trifft sich die Kommission in Innsbruck mit den österreichischen Technikern. Und ich hoffe, daß wir auch diesbezüglich bald zur Einigung kommen. Das Problem ist, wer die Kosten der technischen Einrichtungen übernehmen wird.

- REGIONALVERKEHR

Durch die zur Zeit geltenden Transitbestimmungen in Österreich werden die Grundsätze des Degasperi-Gruber-Abkommens und die Bestimmungen des Accordino verletzt. In Art. 5 des Sonderabkommens heißt es wörtlich: "Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich ausdrücklich, die in diesem Abkommen vereinbarte Regelung während der Dauer des vorliegenden Abkommens weder durch Einfuhr- noch durch Ausfuhrverbote, noch durch sonstige Maßnahmen, die durch die zuständigen Organe der beiden Staaten beschlossen oder durchgeführt werden könnten, zu hindern.(.)".

Und da muß ich meiner sympathischen, lieben grünen Kollegin schon sagen, daß ich nicht einsehe, wenn man einen Lastwagen von Bregenz nach Wien über 700 oder 800 km schickt, daß der zum Regionalverkehr zählt, wenn ein Lastwagen mit Obst von Brixen nach Innsbruck auf 70 km nicht dazu gehört. Also ist einfach nur die Brennergrenze da, die hindert, aber sicher nicht die Distanz. Und sicherlich könnte man auch diesbezüglich Lösungen finden, dadurch, daß man eben nur emissionsarme, lärmarme Lastwagen zuläßt.

Aber ich glaube, daß es einfach notwendig und wichtig ist, daß im lokalen Bereich auf kurzen Strecken der Warenverkehr im Accordino-Bereich vom Transit ausgeschlossen wird. Heute wie heute braucht es von Brixen nach Innsbruck die gleiche Transitgenehmigung wie von Rom nach Rotterdam.

Zur Zeit - wie gesagt - wird der Quell- und Zielverkehr, das ist jener Transportbedarf, der seinen Ursprung und sein Ziel im Bereich der Accordino-Region hat, gleich behandelt wie der Transitverkehr durch Österreich. Durch Intervention auf politischer Ebene konnte dieses Problem aufgeworfen und auf Ministerienebene besprochen werden. Man kann hoffen, daß in einem nächsten Straßengütertransportabkommen ("Transitabkommen") zwischen Österreich und Italien eine Differenzierung zwischen Quell- und Zielverkehr und dem reinen Transit vorgenommen wird, oder daß das Problem zwischen der EG und Österreich in diesem Sinne zufriedenstellend geregelt wird.

Zusätzliche Problemstellungen für die unmittelbare Zukunft

Neben den oben angeführten Problembereichen, an denen Expertengruppen und Accordino-Gremien bereits seit längerer Zeit arbeiten, werden in unmittelbarer Zukunft weitere Themenbereiche angegangen und anläßlich der 42. Tagung der Gemischten Kommission zum Accordino, die im Juni dieses Jahres in Brixen stattfinden wird, auf die Tagesordnung gesetzt, so zum Beispiel:

- NIEDERLASSUNGSFREIHEIT FÜR DAS GEWERBE, ERLEICHTERUNG VON FILIALGRÜNDUNGEN IN DER ACCORDINO-REGION
 - LIBERALISIERUNG DER DIENSTLEISTUNGEN
 - ABBAU DER HINDERNISSE IN BEZUG AUF DIE ABWICKLUNG VON AUFTRÄGEN, DIE MIT EIGENEN ARBEITSKRÄFTEN IM BEREICH DER ACCORDINO-REGION DURCHFÜHRT WERDEN
- u.a.

Die letzten beiden Punkte sind ganz besonders wichtige Punkte. Wir haben nämlich gerade in letzter Zeit einige Fälle erlebt, wo österreichische Arbeiter bei der Montage österreichischer Geräte zum Beispiel in Spitälern eingesperrt worden sind, weil sie gearbeitet haben ohne eine Genehmigung. Das gleiche soll den Trentiner Straßenpflasterern passiert sein, die einen Platz mit Porphyrsteinen pflastern sollten, angefangen haben und wieder heimgeschickt worden sind, weil sie keine Arbeitsgenehmigung haben, ihre eigenen Produkte, den Trentiner Porphyr, eben dort zu verlegen. Solche Fälle haben wir einige in letzter Zeit erlebt.

Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß wir auch zu diesem Punkt Lösungen finden.

2) Der Annäherungsprozeß zwischen EG- und EFTA-Staaten (Delors-Prozeß/EWR) und der zu erwartende Beitritt Österreichs zur EG

Ein wichtiger Themenkreis, der schon mehrmals auf verschiedenen Ebenen besprochen worden ist, betrifft die Perspektiven des Accordino in Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA, dem sogenannten "Delors-Prozeß", der zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes - kurz EWR - führen soll, sowie die Bemühungen um einen Vollbeitritt.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß das Accordino in seiner ursprünglichen Form als Warenaustauschabkommen nach vollzogenem Beitritt Österreichs als obsolet zu betrachten ist. Die politische und völkerrechtliche Relevanz und der faktisch erweiterte Anwendungsbereich des Sonderabkommens lösen das Accordino aber aus seinem engen Wortlaut heraus. Der Geist des Accordino, das aus dem Pariser Vertrag entstanden ist, ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Kooperation der Accordino-Mitgliedsländer und prägt auch das Verhältnis zwischen Österreich und Italien wesentlich mit.

Man muß sich vor Augen halten, daß bis zu einem EG-Beitritt Österreichs und dem Abschluß der nötigen Harmonisierungsmaßnahmen noch mehrere Jahre vergehen werden. Bis dahin bleibt jedenfalls die bisherige Bedeutung und die Dynamisierung des Accordino unverändert aufrecht.

Der sogenannte Dolors-Prozeß ist in der letzten Zeit etwas ins Stocken geraten; er kann das Accordino zwar inhaltlich überlagern, aber nicht völkerrechtlich gefährden. Es ist in Ausführung der Vorgaben eines internationalen Vertrages - eben des Degaspei-Gruber-Abkommens - zustandekommen.

Bei einem zukünftigen Vollbeitritt Österreichs zur EG stellt sich die Frage, ob der Artikel 234 der EWG-Verträge (Über vorherige Verträge) zur Anwendung kommt. Auch ohne formelle Derogation des Accordino wird es trotzdem

zu einer materiellen Überschattung desselben kommen. Damit würde die praktische Anwendung des Accordino als begünstigendes Warenverkehrsabkommen ruhen; es würde im Prinzip des freien Warenverkehrs der EG materiell aufgehen. Eine Verhandlungsführung zur Anpassung des Accordino an das Gemeinschaftsrecht scheint deshalb nutzlos.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, das autonomiepolitisch wichtige Accordino völkerrechtlich weiter abzusichern. Dazu ist es unter anderem auch nötig, daß die Republik Österreich unser Sonderabkommen unter jene Abkommen reiht, die im Rahmen der EG-Beitrittsverhandlungen als vor dem Beitritt bestehende bilaterale Abkommen zu betrachten sind und deren Gültigkeit damit im Prinzip nicht durch das chronologisch spätere EG-Recht eingeschränkt werden kann.

Die europäischen Grenzregionen und die Regionen an der europäischen Außengrenze brauchen mehr Freiheit, um die kleinen Alltagsprobleme selbst lösen zu können. Auf dieser Ebene kann das Accordino Signalwirkung haben: Es ist nämlich oft der Fall, daß kleine Probleme, die in den betroffenen Grenzregionen als sehr belastend empfunden werden, aufgrund der geringen nationalen Bedeutung keinen bilateralen Verhandlungsaufwand mit allen diplomatischen Raffinessen rechtfertigen.

Es ist daher höchst an der Zeit, daß den Grenzregionen mehr Befugnisse für die Lösung der kleinen gemeinsamen Alltagsprobleme, beispielsweise im Bereich des Umwelt- und Zivilschutzes oder bei der Errichtung gemeinsamer Infrastrukturen, eingeräumt werden. Das Accordino ist - wie man an den Ansätzen erkennen kann - ein probates Mittel dafür.

3) Der im Operationskalender zum Südtirol-Paket vorgesehene Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich

Der letzte Punkt des Operationskalenders für das Südtirol-Paket sieht einen Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Italien vor. Es ist nun unbedingt nötig, daß in diesen Vertrag ein eigener Südtirol-Bezug eingeflochten wird.

Es muß deshalb bereits jetzt ein Anliegen unserer Politik sein, frühzeitig entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und den Regierungen vorzulegen, um nicht am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Die angeschnittene Problematik ist nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern auch in politischer und völkerrechtlicher Hinsicht von größter Bedeutung.

Über die genannten Funktionen hinaus erfüllt das Accordino technisch aber auch die Funktion eines Instruments grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften. Wenngleich diese Funktion bis heute nicht genutzt werden konnte, so wird sie in Zukunft immer deutlicher und im Falle eines EG-Beitrittes sogar absolut dominant werden. Das Accordino müßte in sinnvoller Weise in ein Instrument grenzüberschreitender Kooperation umgewandelt werden, das auch innerhalb der EG Bestand haben kann.

Ausgangspunkt für diese Überlegungen könnte das am 21. Mai 1980 zur Unterzeichnung aufgelegte Europäische Rahmenübereinkommen (Madriider Konvention) über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften sein (in Österreich 1981, in Italien im Jahr 1985 ratifiziert). Dieses Abkommen könnte zum ersten Mal in Europa in der Accordino-Region modellhaft angewendet werden.

Aus diesem Grunde haben die Accordino-Mitgliedsländer namhafte Völker- und Verwaltungsrechtsexperten beauftragt, Studien über verschiedene Aspekte der Zukunft des Accordino und dessen Rolle im sogenannten Freundschaftsvertrag zu erarbeiten. In der Aufgabenstellung wird dabei zwischen Übergangsregelungen bis zur EG-Integration Österreichs und die Möglichkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit nach einem Beitritt unterschieden und konkrete Bereiche aufgelistet.

In die Sparte der Übergangsregelungen fallen - wie vorher aufgezählt - die uneingeschränkte Arbeitsplatzwahl, die Niederlassungsfreiheit, die Liberalisierung der Dienstleistungen, Erleichterungen im Warenverkehr und bei der Zollabfertigung.

Was die Inhalte grenzüberschreitender Zusammenarbeit betrifft, die das Accordino auch nach einem EG-Beitritt Österreichs mit Leben füllen sollen, studiert man zur Zeit Lösungen für Themenbereiche wie Umweltschutz, öffentliche Arbeiten, Rettungs- und Zivilschutzwesen. Weitere Schwerpunkte liegen im kulturellen Bereich, wobei vor allem die Rolle der Universitäten und die Anerkennung nichtuniversitärer Studientitel besprochen werden müssen. Zudem kommen Problemkreise wie das Sanitäts- oder Sozialwesen und grenzüberschreitende Anliegen des Fremdenverkehrs.

Über die politische Alltagsarbeit hinaus dürfen die großen Linien und Grundsätze unserer gemeinsamen Politik nicht übersehen werden. Deshalb ist es wichtig, sich stets vor Augen zu halten, daß der "Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit" die einmalige Gelegenheit bietet, eine Art neues, aktualisiertes Accordino aus der Taufe zu heben, das dem Geist des Pariser Vertrages und der veränderten Ausgangslage im künftigen Europa Rechnung trägt.

Nell'intento di dare applicazione al punto 3, lettera d) dell'Accordo De Gasperi-Gruber (Accordo di Parigi) del 5 settembre 1946, il 12 maggio 1949 venne firmato l'Accordo per il regolamento dello scambio facilitato di merci tra la Regione italiana Trentino-Alto Adige ed i Bundesländer austriaci Tirolo e Vorarlberg (Accordino) fra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale Austriaca, grazie al quale venne introdotto lo scambio preferenziale di merci per le regioni favorite.

Rispetto alla formulazione di maggiore respiro del punto 3), lettera d) dell'Accordo De Gasperi - Gruber ("... a facilitare un più esteso traffico di frontiera ...") l'Accordino si è limitato ad introdurre un regime regionale preferenziale per lo scambio locale di determinati prodotti.

L'istituzionalizzazione della Commissione Mista italo-austriaca quale organo contrattuale permanente nell'ambito dell'Accordino ha permesso di riunire in un unico organo rappresentanti di categoria e funzionari sia nazionali che regionali.

L'Accordino riveste un ruolo importante non solo come accordo per lo scambio facilitato di merci, ma anche come pilastro internazionale della politica autonomistica a fianco dell'Accordo De Gasperi-Gruber. Questa sua importanza trova conferma nell'impossibilità, di fatto, di denunciare l'Accordino. Infatti, ai sensi dell'art. 7, comma 2 dell'Accordino, in caso di denuncia le parti contraenti sono obbligate a stipulare entro sei mesi un nuovo Accordo "ai sensi dell'articolo 3 lettera d) dell'Accordo di Parigi del 1946"; fino alla stipula del nuovo Accordo rimane in vigore l'Accordo denunciato. Questa regolamentazione garantisce la validità permanente dell'Accordino e permette inoltre di adattarlo in qualsiasi momento al mutare delle situazioni tramite l'introduzione di adeguate modifiche. In questo modo tuttavia si evita solamente che una delle parti contraenti unilateralmente dichiari invalido l'Accordino. Questa impossibilità di denunciare di fatto l'Accordo non impedisce tuttavia che l'Accordo possa diventare obsoleto, venga cioè superato da altri accordi.

Nei quarant'anni della sua storia l'Accordino ha assolto in modo diverso le sue molteplici funzioni. L'Accordo di Libero Scambio tra l'Austria e la CEE dell'anno 1972 e la franchigia doganale entrata in vigore nel luglio 1977 sempre tra l'Austria e la CEE in seguito al succitato accordo portarono ad una modifica sostanziale della struttura merceologica dell'Accordino che ormai regola quasi esclusivamente lo scambio di prodotti agricoli e prodotti lavorati dell'agricoltura.

Con l'avvio del dibattito sull'adesione dell'Austria alla CE negli anni 1986-87 si iniziò a riflettere sull'Accordino. I tentativi a favore di un maggiore dinamismo e di una riforma dell'Accordino sono i segni di un'evoluzione funzionale in atto che mira a creare uno strumento di cooperazione transfrontaliera.

Al fine di incrementare la collaborazione transfrontaliera tra le regioni interessate, nel processo verbale della 34. riunione della Commissione Mista svoltasi a Merano nel maggio 1983 venne precisato che uno dei compiti della Commissione Mista doveva essere quello dell'esame dell'intero andamento delle relazioni economiche locali. In occasione della riunione a Gaschurn nel 1988 la Commissione Mista ha analizzato la possibilità di estendere l'Accordo anche oltre il tradizionale scambio di merci. Già nell'anno successivo durante la riunione di Riva è stata istituita la prima Commissione di Esperti, alla quale vennero affidati compiti concreti.

Tale evoluzione era stata resa possibile da un'intesa raggiunta nel 1987 dell'allora Ministro per gli Affari Esteri italiano Andreotti e dal Ministro per gli Affari Esteri austriaco Mock e Klagenfurt. Venne così confer-

mata la vitalità e l'attualità dell'Accordo preferenziale e stabilita una relazione diretta con la visione politica globale insita nell'Accordo di Parigi (art. 3, lettera d).

POSSIBILITA' DI DINAMICIZZAZIONE E RIFORMA DELL'ACCORDINO

La disponibilità a rendere più dinamico l'Accordino, dimostrata attualmente dalle due parti contraenti, va considerata, in misura maggiore di quanto non si sia fatto finora, in modo intertemporale e alla luce delle possibili evoluzioni future. Ciò significa che l'attuale fase di dinamicizzazione dell'Accordino rappresenta semplicemente una fase transitoria in attesa della piena adesione dell'Austria alla CE o di un'ampia regolamentazione contrattuale dello Spazio Economico Europeo. Inoltre si deve far sì che l'Accordino mantenga la sua importanza e validità anche dopo l'adesione dell'Austria alla CE.

A tal proposito il tentativo di estendere l'Accordino a settori quali l'equiparazione dei lavoratori, la libera circolazione, il terziario e il diritto di stabilimento è sì opportuno, ma solo per il periodo fino all'adesione dell'Austria alla CE o alla stipula di un Accordo sullo Spazio Economico Europeo che regolamenti detti settori. Una dinamicizzazione della collaborazione regionale e transfrontaliera in ambito tecnico, ecologico, culturale, sociale ecc. non verrebbe invece compromessa da un'eventuale adesione dell'Austria alla CE. A questi settori va rivolta pertanto una particolare attenzione.

Già nel novembre del 1989 l'Assessore regionale competente per l'Accordino aveva esposto al Ministro per gli Affari Esteri austriaco diverse tematiche riferite ai seguenti punti chiave:

- 1) La dinamicizzazione dell'Accordino ad opera della Commissione Mista e della Commissione degli Esperti;
- 2) Il processo di avvicinamento tra gli stati della CE e dell'EFTA ("Processo Delors"/Spazio Economico Europeo) nonché gli sforzi dell'Austria per una sua piena adesione alla CE;
- 3) L'Accordo sulla cooperazione amichevole previsto nel calendario operativo del Pacchetto altoatesino.

- 1) La dinamicizzazione dell'Accordino ad opera della Commissione Mista e della Commissione degli Esperti

In occasione della riunione a Riva nel 1989 la Commissione Mista ha discusso le seguenti proposte non inerenti direttamente lo scambio agevolato delle merci:

- voli di aeroambulanza tra le regioni frontaliere;
- telefoni cellulari nelle automobili e relativo uso;
- istituzione di collegamenti giornalieri tra le regioni agevolate;
- apertura di succursali bancarie oltre frontiera;
- sdoganamento agevolato delle merci al valico del Brennero;
- parificazione reciproca dei lavoratori; formazione professionale e diritto di insediamento;

- libera circolazione, libera circolazione dei servizi e libertà di stabilimento;
- agevolazioni per l'importazione e l'esportazione di beni culturali a fini espositivi;
- corridoio aereo sulla val Pusteria;
- maggiore collaborazione in campo agricolo e forestale;
- attraversamento del confine anche al di fuori dei valichi di confine ufficiali;
- tariffe agevolate per le comunicazioni telefoniche;

PARTICIPAZIONE DEI LAVORATORI

Particolare attenzione va dedicata a questa importante tematica.

In via informale si era venuti a conoscenza che il Ministero per gli Affari Sociali austriaco stava elaborando una proposta di emendamento riguardante la legge sull'occupazione dei lavoratori stranieri.

La modifica di questa legge offriva un'occasione da non perdere per creare i presupposti per una liberalizzazione del mercato del lavoro all'interno dell'area dell'Accordino. In occasione dei colloqui avuti con il Ministro per gli Affari Esteri Mock e con alti funzionari ministeriali del Ministero degli Esteri di Vienna nel novembre 1989 e nel marzo 1990, l'Assessore regionale competente si impegnò affinché nell'ambito della riforma di questa importante legge si tenessero in debita considerazione i lavoratori dell'area dell'Accordino.

Il 5 luglio 1990 venne approvata la succitata modifica (Legge federale n° 450). Grazie anche all'intervento dell'Assessore la nuova legge prevede una regolamentazione favorevole per i lavoratori del Trentino-Alto Adige. L'art. 1 lettera k) prevede infatti che le persone che nelle due Province di Trento e Bolzano godono del diritto elettorale attivo per tutti gli organi politici oppure lo acquisirebbero con il raggiungimento della maggiore età, non necessitano più del permesso di lavoro previsto per i lavoratori stranieri. Questa disposizione vale per i lavoratori delle Province di Trento e Bolzano che si recano a lavorare nei Bundesländer Tirolo e Vorarlberg a patto che vi sia reciprocità.

In seguito ai colloqui che l'Assessore regionale dott. Zeno Giacomuzi ebbe a Vienna nel gennaio 1991 si poté regolamentare definitivamente questo importantissimo settore: all'interno dell'area dell'Accordino i lavoratori del Tirolo, del Vorarlberg e della Regione Trentino-Alto Adige sono equiparati ai lavoratori locali.

Ora sembra però delinearsi un'ulteriore problematica: vi sono difficoltà nell'assumere persone che sono in possesso di un titolo di studio o di una qualifica professionale non riconosciuti risp. da uno o dall'altro paese. Attualmente nell'ambito della Commissione degli Esperti per la mobilità della forza lavoro si sta lavorando con grande impegno per trovare una soluzione al problema.

Oltre alla sua funzione e importanza economica e autonomistica l'Accordino svolge un'importante funzione ponte tra le popolazioni dell'ex "Gefürstete Grafschaft Tirol" (Contea del Tirolo dotata di privilegi principeschi).

- VOLI DI AEROCAMBULANZA

Nel frattempo si è riusciti tramite uno scambio di note dei Ministri per gli Affari Esteri e un accordo bilaterale (ratificato dallo Stato italiano con legge statale del 29 novembre 1990, n° 388, pubblicata sulla Gazzetta ufficiale il 21/12/1990) a regolamentare in via definitiva il problema dei voli di aerocambulanza tra le regioni frontaliere.

- SOLUZIONE DELLA PROBLEMATICA INERENTE I TELEFONI CELLULARI

Di questa problematica si sta occupando la Commissione degli Esperti. Ciò si è reso necessario dato che più volte si sono verificate difficoltà al confine quando si trattava di far passare automobili con telefono cellulare installato. Anche se per motivi tecnici l'utilizzo di detti telefoni all'estero nella maggior parte dei casi non è possibile, in Austria come pure in Italia è sempre ancora vietato condurre con sè questi apparecchi. Per l'Austria si è riusciti a trovare una soluzione, per l'Italia il Gruppo di Esperti dell'Accordino sta cercando una soluzione in collaborazione con i Ministeri competenti.

- TARIFFE AGEVOLATE NEL SETTORE DELLE TELECOMUNICAZIONI

A tal proposito va detto che nel frattempo si sono ottenuti nell'ambito dell'Accordino anche dei miglioramenti e delle agevolazioni tariffarie nel settore delle telecomunicazioni.

Inoltre a titolo sperimentale sono stati istituiti dei collegamenti ferroviari all'inizio e alla fine della giornata.

- RICONOSCIMENTO DEI TITOLI DI STUDIO DI LIVELLO NON UNIVERSITARIO E DEI PROFILI PROFESSIONALI

La liberalizzazione nell'ambito del mercato del lavoro rappresenta una conquista determinante per una dinamicizzazione dell'Accordino. Purtroppo sembrano però sorgere dei problemi inerenti l'assunzione di persone che presentano una formazione professionale non riconosciuta da uno o dall'altro paese. La Commissione di Esperti per la mobilità della forza lavoro, che ha già raccolto notevoli successi, è stata incaricata di approfondire d'ora in avanti anche questa problematica.

Vi sono altri problemi all'ordine del giorno che impegnano attualmente gli organi dell'Accordino. Oltre agli impegni riguardanti la collaborazione transfrontaliera si tratta in particolare dei seguenti punti:

- TRASMISSIONE DI PROGRAMMI TELEVISIVI LOCALI

Su richiesta dei Länder Tirolo e Vorarlberg facenti parte dell'Accordino una Commissione di Esperti è impegnata per creare le premesse per la trasmissione di programmi televisivi in lingua italiana della rete televisiva nazionale (RAI 3) nel Tirolo e nel Vorarlberg.

- TRASPORTI REGIONALI

Le disposizioni di transito attualmente in vigore in Austria violano i principi dell'Accordo De Gasperi - Gruber nonché le disposizioni dell'Accordino. All'art. 5 dell'Accordo preferenziale si legge testualmente: "Le Alte Parti contraenti si obbligano espressamente a non ostacolare il regolamento pattuito in questo Accordo, né con divieti di importazioni e di esportazione, né con provvedimenti e restrizioni similari che potrebbero essere stabiliti od applicati dalle competenti Autorità dei due Paesi per la durata del presente Accordo. (...)".

Attualmente il traffico di origine e di destinazione, cioè quel fabbisogno di trasporto che ha la sua origine e la sua destinazione all'interno dell'area dell'Accordino, viene trattato alla stessa stregua di tutto il traffico di transito che attraversa l'Austria. Grazie ad interventi a livello politico si è potuto discutere di questa problematica in ambito ministeriale. E' lecito sperare che in un prossimo accordo sul trasporto merci su gomma tra Italia e Austria ("Accordo di transito") si procederà a differenziare il traffico di origine e di destinazione dal vero traffico di transito o che, diversamente, la problematica venga regolamentata in modo soddisfacente tra la CE e l'Austria.

Altre problematiche dell'immediato futuro

Nell'immediato futuro oltre alle succitate problematiche, delle quali si stanno occupando da più tempo gruppi di esperti e organi dell'Accordino, si affronteranno ulteriori tematiche iscritte all'ordine del giorno della 42ª riunione della Commissione Mista dell'Accordino in programma per il mese di giugno di quest'anno a Bressanone. Queste sono per esempio:

- LIBERTA' DI STABILIMENTO PER IL SETTORE PRODUTTIVO, AGEVOLAZIONE PER L'APERTURA DI FILIALI NELL'AREA DELL'ACCORDINO
- LIBERALIZZAZIONE DEI SERVIZI
- RIMOZIONE DEGLI OSTACOLI ESISTENTI NELL'AMBITO DELL'ESPLETAMENTO DI INCARICHI CHE VENGONO ESEGUITI CON PROPRIE FORZE LAVORO NELL'AREA DELL'ACCORDINO

ecc.

2) Il processo di avvicinamento tra gli stati della CE e dell'EFTA ("Processo Delors"/Spazio Economico Europeo), nonché gli sforzi dell'Austria per una sua piena adesione alla CE

Un'importante tematica, della quale si è discusso più volte ai diversi livelli, riguarda l'Accordino alla luce delle trattative in atto tra la CE e l'EFTA, il cosiddetto Processo Delors, che si prefigge la creazione dello Spazio Economico Europeo (SEE), nonché gli sforzi per una piena adesione dell'Austria alla CE.

In linea di principio si può ritenere che l'Accordino nella sua forma originaria quale accordo per lo scambio di merci sarà da considerare superato una volta che l'Austria aderirà a pieno titolo alla CE. La rilevanza politica e internazionale nonché il campo d'applicazione dell'Accordo prefe-

renziale, che di fatto risulta più ampio, fanno sì che la sua portata trascenda il mero testo scritto dell'accordo. Lo spirito dell'Accordino, stipulato in base all'Accordo di Parigi, rappresenta un elemento irrinunciabile della cooperazione tra le regioni che fanno parte dell'Accordino oltre ad influire notevolmente sui rapporti tra Austria e Italia.

Va tenuto presente che fino all'adesione dell'Austria alla CE e fino al termine delle necessarie misure di armonizzazione passeranno ancora diversi anni. Fino ad allora comunque l'importanza e la dinamicizzazione dell'Accordino rimangono inalterate.

Ultimamente il cosiddetto "Processo Delors" ha subito dei rallentamenti. Questo processo potrebbe sì soppiantare l'Accordino dal punto di vista dei contenuti, ma non comprometterne la valenza internazionale. L'Accordino infatti è stato stipulato per dare applicazione a quanto previsto da un accordo internazionale, l'Accordo De Gasperi-Gruber per l'appunto.

In caso di una futura piena adesione dell'Austria alla CE si pone l'interrogativo, se vada applicato l'art. 234 dei trattati CEE (concernente gli accordi precadenti). Anche senza una sua derogazione formale l'Accordino verrebbe comunque a trovarsi in una posizione di sottordine. In questo modo verrebbe meno l'applicazione pratica dell'Accordino quale accordo per lo scambio agevolato di merci. Infatti l'Accordino verrebbe completamente assorbito dal principio del libero scambio di merci della CE. Trattative per adeguare l'Accordino al diritto comunitario sembrano pertanto inutili.

In questo contesto è importante trovare ulteriori garanzie internazionali per l'Accordino vista la sua importanza per la politica autonomistica. A tal fine è necessario che la Repubblica austriaca inserisca l'accordo preferenziale tra quegli accordi che nell'ambito delle trattative per l'adesione alla CE vengano considerati come accordi bilaterali esistenti al momento dell'adesione, accordi la cui validità non può pertanto venir limitata dal diritto della CE che cronologicamente subentra in un secondo momento.

Le regioni frontaliere europee e le regioni ai margini del confine esterno della CE hanno bisogno di maggiori libertà per poter risolvere autonomamente i loro piccoli problemi quotidiani. In tal senso l'Accordino può lanciare un segnale: spesso succede infatti che certi piccoli problemi, che per le regioni frontaliere sono tuttavia particolarmente gravosi, non giustificano - alla luce della loro modesta rilevanza a livello nazionale - l'avvio di trattative bilaterali con il coinvolgimento di tutto l'apparato diplomatico.

Pertanto è ora che alle regioni frontaliere vengano concesse maggiori competenze per la soluzione dei piccoli problemi quotidiani, per esempio nel settore della tutela ambientale, della protezione civile o per la creazione di infrastrutture comuni. L'Accordino rappresenta - come si può dedurre dalle sue impostazioni - un mezzo collaudato in tal senso.

3) L'Accordo italo-austriaco sulla collaborazione amichevole previsto nel calendario operativo del Pacchetto

L'ultimo punto del calendario operativo del Pacchetto prevede la stipula di un Accordo italo-austriaco sulla collaborazione amichevole. E' assolutamente necessario che in questo accordo venga fatto specifico riferimento all'Alto Adige.

Per non trovarci alla fine davanti al fatto compiuto dobbiamo sin d'ora impegnarci politicamente ed elaborare tempestivamente delle proposte a tal riguardo e presentarle ai governi. Questa problematica riveste un ruolo importante non solo dal punto di vista economico e sociale, ma anche dal punto di vista politico e internazionale.

Oltre alle succitate funzioni l'Accordino assolve - a livello tecnico - anche la funzione di strumento per la collaborazione transfrontaliera tra enti territoriali. Questa sua funzione, che fino ad oggi non è stata sfruttata, acquisirà una sempre maggiore importanza in futuro e diventerà addirittura dominante, qualora l'Austria dovesse aderire alla CE. Si dovrebbe modificare in modo opportuno l'Accordino per farne uno strumento di cooperazione internazionale che possa avere una sua valenza anche all'interno della CE.

Dette riflessioni potrebbero prendere spunto dall'Accordo quadro europeo (Convenzione di Madrid) sulla collaborazione transfrontaliera tra enti territoriali stipulato in data 21 maggio 1980 (ratificato dall'Austria nel 1981 e dall'Italia nel 1985). Questo Accordo quadro potrebbe essere applicato per la prima volta quale modello nell'area dell'Accordino.

Le regioni dell'Accordino hanno incaricato degli esperti di diritto amministrativo e di diritto internazionale di elaborare degli studi sui diversi aspetti del futuro dell'Accordino e sul suo ruolo nell'ambito del cosiddetto accordo sulla collaborazione amichevole. La specifica dell'incarico distingueva tra le regolamentazioni transitorie da individuare fino alla piena integrazione dell'Austria nella CE e possibilità di collaborazione transfrontaliera dopo l'adesione dell'Austria alla CE. Inoltre sono stati elencati specifici settori d'intervento. Tra le norme di transizione rientrano - come già detto - la libera scelta del posto di lavoro, la libertà di stabilimento, la liberalizzazione dei servizi, le agevolazioni nello scambio merci e nello sdoganamento.

In merito ai settori della collaborazione transfrontaliera che dovranno far sì che l'Accordino mantenga il suo valore anche dopo un'adesione dell'Austria alla CE si stanno attualmente ricercando delle soluzioni per le seguenti tematiche: tutela dell'ambiente, lavori pubblici, protezione civile e soccorsi. Il settore culturale rappresenta un ulteriore punto chiave che richiederà soprattutto un'analisi del ruolo delle università e il riconoscimento dei titoli di studio non universitari. A ciò si aggiungono settori problematici quali il settore sanitario e sociale e i problemi del turismo di portata transfrontaliera.

Il quotidiano impegno politico non deve far perdere di vista gli orientamenti e i principi fondamentali della nostra politica comune. Pertanto è importante tenere sempre presente che l' "Accordo italo-austriaco sulla collaborazione amichevole" rappresenta un'occasione unica per dare vita ad una specie di nuovo Accordino, un Accordino di maggiore attualità che tenga conto dello spirito dell'Accordo di Parigi e dell'evolversi della situazione in Europa.

Also, das alte Accordino muß sterben, es lebe ein neues Accordino!
Meine geschätzten Präsidenten, Landeshauptleute, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Geduld und für Ihre Aufmerksamkeit!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Danke. Es scheint, daß auch für diese Resolution ein vereinheitlichter Text in Ausarbeitung ist. Da dieser noch nicht fertig geschrieben ist, eröffne ich inzwischen die Diskussion zum Bericht und zur Resolution, so wie sie ursprünglich vorgelegt wurden. Sie haben auch die Änderungen dazu.

Der koordinierte Text wird dann vorgelegt und als einheitlicher Text verlesen.

Ich übergebe den Vorsitz an den Präsidenten Jäger des Vorarlberger Landtages.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Zu Wort gemeldet hat sich als erster der Vizepräsident des Tiroler Landtages, Herr Leitl.

LEITL (ÖVP)

Sehr geehrte Frau Präsident!
Sehr geehrte Herren Präsidenten!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Friedensvertrag mit Italien vom 10. Februar 1947 sieht im Abschnitt 3 der "littera d'ora" nur besondere Vereinbarungen zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs und eines örtlichen Austausches gewisser Mengen charakteristischer Erzeugnisse und Güter zwischen Österreich und Italien zu schließen vor. Daher muß es - meine sehr verehrten Damen und Herren - Absicht der gemeinsamen Sitzung aller vier Landtage sein, in Anbetracht der historischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, in Europa dieses Sonderabkommen "Accordino" in seinem Anwendungsbereich mit zusätzlichen Inhalten zu versehen und auch über das Accordino hinaus zusätzliche Vereinbarungen, und zwar wiederum gedeckt durch den Friedensvertrag aus dem Jahre 1947, im Bereich der Gleichstellung von Arbeitnehmern und ferner bei der Freizügigkeit im Dienstleistungsverkehr und der Niederlassungsfreiheit abzuschließen.

Erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine kurze Darstellung des Status quo. Die Arbeitsmarktsituation in Nordtirol mit Stand Ende April 1991 sieht eine Zahl von 230.500 nichtselbständig Be-

schäftigten; davon insgesamt 22.000 Ausländer, wobei nur 350 Südtiroler in Nordtirol derzeit in Beschäftigung waren. Das entspricht 1,6 Prozent der ausländischen Beschäftigten oder nur 1,5 Promille der Gesamtbeschäftigten. Sie sehen also, daß diese Zahl relativ unbedeutend ist. Und wenn man die Entwicklung in den letzten Jahren verfolgt, so hat sich dieser Beschäftigtenstand im großen und ganzen immer in dieser Größenordnung bewegt. Ein Großteil, fast 50 % dieser aus Südtirol kommenden unselbständig Beschäftigten findet man an der Universität in Innsbruck und im klinischen Bereich und den Rest im Fremdenverkehr und in kleineren, einzelnen Sparten.

Umgekehrt, Österreicher oder Tiroler Arbeitnehmer in Südtirol sind ziffernmäßig überhaupt nicht erfaßt. Österreichische Arbeitnehmer insgesamt nur 120.

Um zunächst diese formellen Hindernisse einer Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, und als solche galten auch die Südtiroler und Trentiner, zu beseitigen, hat eben die Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz entscheidende Verbesserungen gebracht. Diese Verbesserungen im Bereich der Gegenseitigkeit hat Assessor Giacomuzzi durch Verlesung der Verbalnote bereits näher aufgezeigt.

Nachdem eben unser Sozialminister seine Unterschrift unter dieses Gegenseitigkeitsabkommen gesetzt hat, können nunmehr - und das scheint mir ein entscheidender Durchbruch zu sein - Trentiner oder Südtiroler Arbeitnehmer ohne bürokratische Hemnisse einen Arbeitsplatz gleich wie ein Österreicher in Tirol oder Vorarlberg suchen. Ich glaube, daß dies einen ganz entscheidenden Durchbruch darstellt. Das Accordino selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aber auch Belebung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, und mit der Gleichstellung von Arbeitnehmern und der Berufsausbildung müssen meines Erachtens Hand in Hand weitere Forderungen gehen. Ich meine hier zunächst den freien Dienstleistungsverkehr

und ferner das Recht auf Niederlassungsfreiheit. Ich halte dies auch als Instrumentarium der Zukunft, ähnlich einer Brückenfunktion, die nicht nur unsere Länder als Paßland traditionellen Stils, sondern eben als Bindeglied zwischen Nord und Süd oder Süd und Nord kennzeichnet. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß sich für die Arbeitnehmer nördlich und südlich des Brenners neue Ebenen und neue, breite Arbeits- aber auch Verdienstchancen eröffnen, insbesondere nachdem sich durch die gute wirtschaftliche Konjunktur in Italien das Einkommensniveau schon stark zu Gunsten der Arbeitnehmer aus dem nördlichen Bereich für einen Arbeitsplatz in Südtirol oder im Trentino eröffnet hat.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte die Stärke des Accordino im kleinräumigen Bereich nicht übersehen werden oder, positiv ausgedrückt, mehr als bisher genutzt werden, was gerade insbesondere durch den Abbau dieser administrativen Hindernisse erfolgen soll, die bisher große Probleme im kleinräumigen Bereich bewirkt haben, daß durch den Abbau dieser Hindernisse eben Aufträge in diesem kleinräumigen Bereich über die Grenzregionen hinweg durchgeführt werden können.

Letztendlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß das Accordino aber ebenfalls im Dienstleistungsverkehr und im Recht auf völlige Niederlassungsfreiheit eine neue Dimension übertragen erhalten, denn das neue Europa wird auch für Arbeitnehmer ein neues Gesicht bekommen. Und trachten wir, daß unsere Mitarbeiter von Vorarlberg bis hinein ins Trentino nicht nur vorne mit dabei sind, sondern daß sie darüber hinaus dieses neue Gesicht Europas mitprägen.

Ich sehe, meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl für Handel, Gewerbe, Industrie, wie auch für ihre Mitarbeiter Vorteile, die offensichtlich auf der Hand liegen. Denken Sie nur zum Beispiel an den euro-

päischen Informationsaustausch, denken Sie an die sprachliche Weiterbildung, denken Sie an die wirtschaftliche Verflechtung eines historisch gewachsenen Wirtschaftsraumes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die österreichische Volkspartei wird daher der von Giacomuzzi vorgetragenen Resolution die Zustimmung geben. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat Dr. Kaufmann des Landtages Tirol; in Vorbereitung Dr. Keckeis, Vorarlberg.

KAUFMANN (SPÖ)

Sehr geehrte Frau Präsident!
Sehr geehrte Herren Präsidenten!
Hohe Landtage!

Wenn heute Herr Landesrat Giacomuzzi davon gesprochen hat, daß ein völliger Wandel in der Warenstruktur des Accordinio entstanden ist, so darf ich sagen, hat er sicherlich in seiner Wortmeldung vergessen, gleichzeitig festzustellen, daß auch ein völliger Wandel in der Verkehrsstruktur, in den Verkehrswegen eingetreten ist. Wir wissen heute genau, daß der Ziel- und Quellverkehr nicht einer ist, den man unbedingt so braucht, wie es heute von der Industrie und auch von den Verkehrsunternehmen gefordert wird. Und gerade in einem Landtag, in einem gemeinsamen Landtag, davon zu sprechen, daß dies ein Verstoß gegen das Accordinio wä-

re, Herr Landesrat, da darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß der Umdenkungsprozeß innerhalb des Tiroler Landtages schon längst eine andere Meinung vertritt und daß wir den Irrtümern der europäischen Verkehrspolitik, denen zehn Jahrzehnte gehuldigt wurde, heute nicht mehr nachhängen. Und deshalb, glaube ich, muß man diese Frage getrennt von den anderen Themen behandeln. Und das Anklingen, man möge nun den Ziel- und Quellverkehr in unseren Ländern, die wir hier repräsentieren, zulassen, also diese frei zulassen, können wir sagen, Herr Landesrat, da müssen Sie sich den Gleichheitsgrundsatz einmal ansehen, denn da werden Sie ja innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, der ja Ihr Land angehört, bereits zu Schwierigkeiten kommen!

Wir sind der Auffassung, daß der Ursprungs- und der Zielverkehr kein Verkehr sein darf, der unser Land an den Transitströmen zusätzlich belastet. Wir sind vielmehr der Auffassung, es müssen die lärmarmen und die umweltfreundlichen LKW's, die neuen technischen Entwicklungen, hier durchgreifen. Und wenn Sie ja in den Ländern, in Südtirol und in Trient, bereits der Europäischen Gemeinschaft angehören, so genießen Sie ja alle jene Freiheiten, die also ein solcher Beitritt mit sich bringt. Und Sie wissen aber auch ganz genau, daß diese Gemeinschaft nun seit Jahren von Wegekostenabgeltung spricht. Und wer genau die Beschlüsse der Kommission und des Rates verfolgt, der weiß, daß diese Wegekostenabgeltung derzeit nicht zur Diskussion steht, und zwar, meine Damen und Herren, deshalb nicht zur Diskussion steht, weil es in manchen Ländern eine fünfzehnfache Erhöhung der LKW-Steuer betragen würde. Und das ist derzeit vom Kommissar nicht durchzusetzen.

Überlegen wir uns all diese Dinge, und, ich glaube, für uns darf nicht nur auf den Papieren all unserer Beschlüsse, die wir auch schon gemeinsam gefaßt haben, draufstehen "die Verlagerung des Transitverkehrs

von der Straße auf die Schiene", sondern wir haben mit all unseren Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß diese Beschlüsse auch verwirklicht werden.

Und nun, ich darf ja und alle Abgeordneten dürfen ja nicht so lange reden wie der Herr Landesrat, komme ich zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte in den Accordino-Regionen. Vier Jahre muß man ansässig sein, wahlberechtigt muß man sein, wenn man jung ist und noch nicht wahlberechtigt, dann bestätigt es die Gemeinde. Nun mögen alle, die das betrieben haben und alle, die diese vorgezogene Freizügigkeit innerhalb unserer Länder gefordert haben, doch einmal ganz klipp und klar sagen, was sie sich darunter vorstellen. Was will man mit dieser Freizügigkeit? Na, da möchte man natürlich hochqualifizierte, kräftige, junge, sprachkundige Arbeitskräfte anwerben. Und, meine Damen und Herren, hochqualifizierte, kräftige, junge, sprachkundige Arbeitnehmer haben in all unseren Ländern bereits einen Arbeitsplatz. Niemand wird daran denken, vielleicht hier jene Menschen aufzunehmen in dem Land, die bei uns sozusagen zur Zahl jener zählen, die schwer vermittelbar sind. Ich glaube, das sollte man bei all diesen Diskussionen mit aufnehmen, und wir in Tirol stellen ja jetzt schon fest, wir hatten noch 1989 12.000 ausländische Arbeitskräfte bei uns beschäftigt, jetzt sind es bereits 27.000, und es sind bereits in diesem Monat sehr viele dieser Gastarbeiter auch bereits im Arbeitslosenstand.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Präsidenten, Damen und Herren der Hohen Häuser, überlegen Sie es sich gut, was in der nächsten Zeit auf uns zukommt. Auf das Accordino des Arbeitsmarktes darf nicht ein Accordino des Verkehrs folgen, denn wir haben nur eines gemeinsam mehrmals beschlossen, und das werden wir, so hoffe ich, heute noch zum Tagesordnungspunkt 1 beim Zurückkehren beschließen, daß wir die Ver-

lagerung von der Straße auf die Schiene forcieren und daß kein Verkehrsabkommen abgeschlossen werden darf, dem wir, die Länder, nicht die Zustimmung geben. Dankel

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat Dr. Keckeis des Vorarlberger Landtages. Vorbereiten möchte sich der Abgeordnete Gomig aus Tirol.

KECKEIS (SPÖ)

Meine Herren Präsidenten!
Herren Landeshauptleute!
Meine Damen und Herren!

Mein verehrter Vorredner hat die Verkehrsproblematik, wie ich glaube, treffend geschildert. Dem ist nichts hinzuzufügen außer Zustimmung, sowohl was die Analyse, als auch, was den Maßnahmenteil betrifft. Ich möchte dies am Beginn meiner kurzen Rede ganz ausdrücklich tun.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1989 feierte das Sonderabkommen "Accordino" sein vierzigjähriges Bestehen. Von etlichen Gratulanten wurde bei diesem Anlaß darauf verwiesen, daß dieser Vertrag zur Erleichterung des gegenseitigen Warenverkehrs als Vorläufer des EG-Binnenmarktes bezeichnet werden könne. Wenn dieser Vergleich aus meiner Sicht auch nur mit Einschränkungen zulässig ist, so kann die Beispielwirkung, in welchem Geist und mit welchem Erfolg grenzüberschreitende Zusammenarbeit praktiziert wurde, nicht genug herausgestrichen werden, und ich möchte dies na-

mens meiner Fraktion, der SPÖ Vorarlberg, ausdrücklich tun. Dieser Vertrag und dessen praktische Anwendung haben aber auch gezeigt - und hier hinkt bereits ein Vergleich mit der EG -, daß ein Warenaustausch auch dann erfolgreich und effizient sein kann, wenn der Mechanismus dieses Austausches sich nicht am angeblich alleinseeligmachenden Prinzip der Marktwirtschaft orientiert. Hier im Rahmen des Accordino fand und findet ein Austausch unter Anwendung des Prinzips der Bestproduktion, ja wenn Sie wollen, David Riccardo würde sich über das Accordino freuen, und zwar zum allseitigen Vorteil der Vertragspartner, statt. Gerade auf dem agrarischen Sektor - meine Damen und Herren - hat dieser Vertrag gegenüber der EG durchaus Vorbildfunktion, denn was der EG faktisch nicht gelingt, nämlich einen gemeinsamen Agrarmarkt zu schaffen, vermag das Accordino über die drei Regionen, Trient-Südtirol, Tirol und Vorarlberg erfolgreich zu überbrücken. Und an diesem Beispiel des Agrarmarktes zeigt sich auch der Vorteil der dezentralen Entscheidungsfindung, daß nämlich Regionen mit ähnlicher Topographie, mit ähnlichen Strukturen und auch ähnlichen Problemen, schneller zu adäquaten Lösungen gelangen, als wenn die Voraussetzungen so grundverschieden sind, wie in der heutigen großräumigen Europäischen Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren! Mir ist schon bewußt, man kann dieses Accordino nicht einfach über die EG stülpen, aber was man tun kann, tun soll, ja tun muß, insbesondere bei Verzögerungen des europäischen Binnenmarktes oder der österreichischen Teilnahme an ihm, Maßnahmen, wie Ministerialrat Schorn es einmal treffend ausgedrückt hatte, der Integration Österreichs mit der EG dort bereits modellhaft vorwegzunehmen, wo regionale Sonderregelungen globalen Integrationsmaßnahmen vorangehen oder diese ergänzen könnten. Die Vertragspartner, glaube ich, sind dazu prädesti-

niert. Sie haben bereits EG-Erfahrung; der eine, weil er durch seinen Staat bereits Mitglied der EG ist, die anderen, weil sie jetzt schon stark in den europäischen Wettbewerb eingebunden sind.

Und als Vorarlberger darf ich als Beispiel die hohe Exportquote Vorarlbergs in den europäischen Wirtschaftsraum nennen.

Wir müssen, glaube ich, diese Chance der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie sie das Accordino und der Pariser Vertrag, auf dem es basiert, bietet, gerade jetzt voll ausschöpfen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß im Zuge der Annäherung an die EG-Entscheidungen immer mehr an zentrale Instanzen abwandern, müssen wir geradezu verbissen darum kämpfen, möglichst viele Entscheidungsfindungsprozesse auf regionaler Ebene zu verankern. Region, meine Damen und Herren, das füge ich allerdings hinzu, ist nicht immer identisch mit Bundesland und macht den Bund bei einer Neuaufteilung der Kompetenzen im Zuge eines EG-Beitrittes nicht obsolet. Im Rahmen des Accordino bietet sich zumindest bis zum Beitritt zur EG jedoch diese Chance sehr realistisch, und wir glauben, daß hier auch die Forderung am Platze ist, für die Vertragspartner, zu genau zu bezeichnenden Materien die Kompetenz zu verlangen, selbst Verträge abschließen zu können. Es ist dies eine außenpolitische Zuständigkeit, die im Rahmen des Accordino mehr als am Platze wäre, die angemahnt, aber dann auch wahrgenommen werden soll. Die österreichischen Bundesländer - meine Damen und Herren - haben von der im Jahre 1988 geschaffenen Möglichkeit, Staatsverträge zu schließen, keinen Gebrauch gemacht, sondern ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit wie bisher ohne rechtliche Verankerung fortgesetzt. Die Länder müssen verhindern, daß durch die Praxis des Nichtstuns totes Verfassungsrecht entsteht. Der Ruf nach mehr Kompetenzen - meine Kolleginnen und Kollegen der Landtage - findet unter anderem nur

dann Resonanz, wenn vorhandene Zuständigkeiten auch genutzt werden. Daß es im Rahmen des Accordino gleichwertiger italienischer Regelungen bedürfte, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die Sozialistischen Fraktionen von Tirol und Vorarlberg wollen mit ihrem Antrag die Länder in dieser Beziehung stärken, sie wollen aber auch dokumentieren, daß im Rahmen des größer werdenden Europas regionale Entscheidungsfindungsprozesse unverzichtbar sind, nicht um einem Provinzialismus das Wort zu reden oder zu huldigen, sondern weil nur die Regionalisierung dieser Prozesse jene sozioökonomische und kulturelle Vielfalt garantiert, von der heute schon vielfach gesprochen wurde, die auch, wie wir glauben, das geeinte Europa braucht. Im Rahmen des Accordino kann diese Zielsetzung praktiziert werden, und wir müssen seine Möglichkeiten voll ausschöpfen. Die heutige Tagung soll der Beginn der parlamentarischen Bemühungen sein, dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen. Ich danke Ihnen!

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort geht an den Abgeordneten Gomig des Tiroler Landtages. Nächster Redner ist dann Dr. Kornexl, Vorarlberg.

GOMIG (ÖVP)

Verehrtes Präsidium!

Hoher Tiroler Landtag, Landtage von Vorarlberg,
von Südtirol und von Trentino!

Der heutige Tag bietet eine Chance, die Eigendynamik historisch gewachsener mitteleuropäischer Regionen zu verstärken, bietet aber auch eine Chance, die gegenseitige Verflechtung zu verdichten und damit auch als eine Art Modell für ein Europa der Regionen zu dienen. Gefordert von der heutigen Tagung sind nicht so sehr plakative Deklarationen, sondern vielmehr substantielle Ergebnisse.

Die Historie des Accordino, fußend auf dem Gruber-Degasperi-Abkommen, wurde heute bereits ausreichend beleuchtet. Heute geht es darum, daß Accordino zu dynamisieren und den neuen zu erwartenden europäischen Rahmenbedingungen anzupassen. Und hierbei ergeben sich aus dem Bereich der wirtschaftlichen Verflechtungen auch folgende Überlegungen:

Das Abkommen von 1951 über den kleinen Grenzverkehr ist zu einem Instrument grenzüberschreitender Kooperation umzugestalten. Kooperationen und Kompetenzen des Accordino müssen über die Auswirkungen eines Vollbeitrittes Österreichs zur EG hinausreichen. Die Freizügigkeit im Warenverkehr und im Dienstleistungsbereich, die Einräumung der Niederlassungsfreiheit, dürfen nicht die Endstufen grenzüberschreitender Zusammenarbeit darstellen. Zu regeln sind vielmehr zusätzlich der Ausbau der Kommunikationssysteme, wie z.B. der Fernsehverbindungen, der Richtfunkstrecken, der Verkabelung, der Einrichtung eines gemeinsamen Medienverbundes. Kommunikation auf menschlicher Ebene setzt Überwindung der Sprachbarrieren voraus. Mehrsprachigkeit auf breitester Ebene der Regionen ist also hier eine unabdingbare Notwendigkeit.

Eine verstärkte Kooperation im Bereich des Verkehrs ist ein Gebot der Stunde. Im Personenverkehr bieten sich hier kurzfristig eine Verknüpfung der Fahrpläne an, insbesondere die der Ballungsräume. Es sollte ja auch zu einer Verdichtung der Bahnverbindungen kommen, beispielsweise in der Streckenrelation Innsbruck-Bozen-Trient oder in West-Ost-Richtung Meran-Lienz. Die Idee eines Aufstiegshilfentarifverbundes ist ein kurzfri-

stig zu erreichendes Ziel. Im Güterverkehr einerseits sind Lösungen anzustreben, die den regionalen Nahverkehr nicht unnötig belasten, andererseits sind für den europäischen Transitverkehr Lösungen zu finden, die menschlich und ökologisch akzeptabel sind und denen ein modernes Routen- und Transportsystem auch entspricht.

Der Bereich der Tourismuswirtschaft erfordert eine gemeinsame Strategie hin zu einem Qualitätstourismus bei gesteigertem Umweltstandardanforderungsprofil. Und im kleinen Bereich sind grenzüberschreitende Fremdenverkehrsprojekte, wie Loipen, Radwege, Schutzhütten und dergleichen mehr, unbürokratisch zu überwinden.

Erforderlich ist auch ein Angleichen der Umweltstandards nach oben, abgedeckt durch überregionale Verträge. Als Beispiel möchte ich die Alpenkonvention anmerken, wengleich auch hier eine Fremdbestimmung zu vermeiden sein wird.

Nötig ist hier ein Hinweis auf unbürokratische Gleichstellung der Bürger aus unseren Ländern im Bereich des Arbeitsmarktes. Es wurde heute schon ausgeführt, daß österreichischerseits eine Liberalisierung eingeführt würde. Diese Lösung soll keine Einbahnstraße sein. Hier bedarf es auch einer gegenseitigen Maßnahme.

Die gegenseitige Anerkennung der Berufsausbildung sollte nicht auf nationale Regelungen zuwarten, sondern materielle Reziprozität im alltäglichen Geschehen anwendbar machen. Und dies gilt vor allem im gewerblichen Tätigkeitsbereich.

Zu überlegen wäre eine Art Technologietransfert und ein Technologieverbund, unter Einbeziehung bestehender Strukturen. Als Beispiel könnten hier gegenseitig akkordierte und sich ergänzende Ausbildungsstätten im Bereich des High-Tech dienen. Eine Art überregionale Raumplanung mit gegenseitiger Informations- und Konsultationspflicht ist ein Instrument, das derzeit schon eingerichtet werden kann.

Und schließlich ist auch zu überlegen, inwieweit durch die Übernahme des Interrec-Programms der EG, hier Wegweiser in Richtung zukünftige Umsetzung des Accordino beschriftet werden können.

Hohe Landtage, die Umsetzung vieler gemeinsamer Aufgaben wird nur möglich sein, wenn die vier vertretenen Länder ein selbständiges und ständiges Forum der Mitwirkung bei Durchführung des Accordino einrichten. Möge die heutige Tagung hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Der Abgeordnete Kornexl des Vorarlberger Landtages hat jetzt das Wort. Nächster Redner ist dann der Abgeordnete Steixner, Tirol.

KORNEXL (ÖVP)

Verehrte Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als mit der Praxis des Accordino Vertrauter, möchte ich auch aus dieser Praxis einige Bemerkungen machen. Ich glaube, man darf vorausschicken, und das darf man mit Dankbarkeit erwähnen, daß das Accordino in den vergangenen vier Jahrzehnten seiner Geltung in effizienter Weise mitgeholfen hat, jenen Stand der wirtschaftlichen Beziehungen des Warenaustausches zwischen unseren Regionen zu fördern, in einem Ausmaß, wie es andere Regionen, die in einer ähnlichen Situation stehen, nämlich durch

Grenzziehungen ihrer natürlichen Kohäsion beraubt zu sein, eigentlich nur träumen können. Ich sage das insbesondere aus der Sicht des Bundeslandes Vorarlberg.

Wir haben bereits in einer ersten Phase im Jahre 1973 miterlebt, daß ein Teil der Bedeutung des Accordino von einer europäischen Integrationsmaßnahme überlagert worden ist. Wir werden in Kürze eine zweite solche Phase miterleben. Die erste hat die industriell gewerblichen Güter betroffen, die zweite wird auch den agrarischen Sektor und die Verarbeitungsprodukte betreffen und wird überhaupt in allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Regionen haben.

Wir sehen das mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge, weil das Instrument des Accordino, das uns diese hochstehenden wirtschaftlichen Beziehungen gebracht hat, damit überlagert wird. Die EG wird das Accordino überlagern, nicht das Accordino die EG. In dem Maße wie regionale Kontingente an Bedeutung verloren haben, hat sich die Sensibilität für die sogenannten nicht-tarifarischen Handelshemmnisse gesteigert; verständlich daher der Wunsch nach deren Beseitigung und nach den Bemühungen, entsprechende Problemkreise bei den Zusammenkünften der Gemischten Kommission im Accordino zu formulieren und nach Wegen zu suchen, die Wirtschaftsbeziehungen über den reinen Warenverkehr hinaus zu ebnen und zu fördern. An solchen Problemkreisen hat es in den vergangenen Jahren nicht gefehlt und es fehlt auch heute nicht daran. Assessor Giacomuzzi hat in ausführlicher Weise auf diese Problemkreise aufmerksam gemacht.

Ich möchte an und für sich nur zu zwei Themen im Detail noch etwas sagen. Das eine ist die Erleichterung, die auf dem Arbeitsmarkt durch die nunmehr erfolgte Unterschrift des österreichischen Sozialministers möglich ist. Ich meine an dieser Stelle sagen zu dürfen, daß die Geschichte des Accordino immer auch eine Geschichte des Kampfes um das notwendige

Verständnis der Zentralstellen für die Präferenzphilosophie des Regionalabkommens gewesen ist und es bis heute immer noch so ist und daß es laufender Bemühungen bedarf, dieses Verständnis in einer für zielführende Verhandlungen nützlichen Breite zu erhalten. Die verschiedentlichen verbalen Bekenntnisse zum Prinzip der Subsidiarität, die heute hier von dieser Stelle aus deklariert worden sind, müssen deshalb in zunehmendem Maße noch mit Taten versehen und gefolgt werden.

Ich meine deshalb, daß es sehr wohl die Bemühungen um eine Ausweitung des Vertragswerks geben muß, daß diese legitim sind und daß sie getan werden müssen und vorangetrieben werden müssen, daß aber andererseits im Lichte eines herannahenden Beitritts Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften und im Lichte einer teilweisen Vorwegnahme von einzelnen Bereichen im Rahmen eines europäischen Wirtschaftsraumes es zusätzlich von größter Bedeutung für eine verstärkte Kohäsion der vier heute hier vertretenen Länder sein wird, wenn anhand des Musters des Regionalabkommens und anhand der vier Jahrzehnte Know-How in der Administration eines Wirtschaftsvertrags versucht werden muß, konsequent jene Bereiche zu formulieren und herauszustellen, bei denen die vier Länder und Provinzen parallele Interessen haben, und in jenen Bereichen, wo unterschiedliche Anschauungen bestehen, versucht werden soll, auf einen möglichst großen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einer Tatsache jedoch müssen wir uns bewußt sein: Die Zeit läuft der Ausweitung des Accordino davon. Die europäische Entwicklung hat ein wesentlich schnelleres Tempo angenommen, als wir es derzeit in der Entwicklung des Accordino feststellen können, nicht deshalb, weil die regionale Ebene säumig wäre, sondern weil die Struktur, die in diesem Vertragswerk anzuwenden ist, eigentlich keine speditive Behandlung von Problemen erlaubt. Ich habe dies anhand des Beispiels Liberalisierung des Arbeitsmarktes illustriert, und ich glaube das

auch noch zusätzlich illustrieren zu können am Beispiel des innerregionalen Verkehrs. Wenn das österreichische Verkehrsministerium die Ansicht vertritt, daß bezüglich dieser innerregionalen Verkehrsverbindungen, die ja in einem Nahraum, in einem gewachsenen und historisch zusammengehörenden Nahraum sich abspielen und durch kein anderes Verkehrsmittel ersetzt werden können, dann fehlt mir persönlich das Verständnis dafür. Ich glaube, daß hier sehr wohl Handlungsbedarf bestünde und daß es auch den hier versammelten Landtagen anstünde, an dieser Stelle sich Gedanken zu machen, wie man, ohne einen ökologischen Freibrief auszustellen, diese Nahverbindungen in einer auch ökologisch optimalen Weise gestalten könnte.

Ich glaube, der Herr Kollege Kaufmann unterliegt einem grundsätzlichen Irrtum, wenn er Ziel- und Quellverkehr in dieser Region vermischt mit dem Transitverkehr, gegen dessen Ausuferungen wir, glaube ich, einhellig Stellung beziehen, und auf der anderen Seite sollten wir sehen, daß dieser Ziel- und Quellverkehr unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft direkt zugute kommt. Hier, glaube ich, muß man einfach einen Unterschied machen zum Transitverkehr.

Ich glaube, daß wir aus all dem, was heute bereits gesagt worden ist, eine Konsequenz ziehen müssen. Die Benützung der Schiene des Accordino ist auf eine nur noch kurze uns zur Verfügung stehende Zeit beschränkt. Die Accordino-Schiene wird sich auf ganz konkrete Problemkreise konzentrieren müssen, um innerhalb der noch zur Verfügung stehenden Zeit erfolgreich sein zu können. Das Beispiel Arbeitsmarkt war unter den von mir geschilderten Begleiterscheinungen letztendlich erfolgreich. Ob dies bei anderen Themen, wie zum Beispiel bei einer Präferenzierung der innerregionalen Verkehrsbeziehungen, möglich sein wird oder bei gewerberechtlichen Problemen, siehe Arbeiten über die Grenze, hängt von der Geschwindigkeit ab, mit der ein gemeinsamer Nenner, und wenn er noch so klein ist, gefunden werden kann.

Wer im Accordino zu spät kommt, der wird von Europa überholt bzw. bestraft. In diesem Sinne unterstützen wir die vorliegende Resolution und fassen sie als eine Willenserklärung für eine beschleunigte Arbeit auf, als einzige Chance, die das Accordino über den Warenverkehr hinaus noch haben wird.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Als nächster hat der Abgeordnete Steixner des Tiroler Landtages das Wort. In Vorbereitung der Abgeordnete Leveggi, Trient.

STEIXNER (ÖVP)

Sehr verehrtes hohes Präsidium!
Meine sehr verehrten Damen und Herren
Abgeordneten-Kollegen!

Wenn man über das Accordino redet, dann hört man oft, das Accordino hat als Mittel des freien Warenverkehrs in der Zukunft eher ausgedient. Als bäuerlicher Abgeordneter und als Bauer muß ich sagen, ist das bei Gott nicht der Fall, sondern ich möchte sogar sagen, als Mittel des freien Warenverkehrs ist das Accordino vor allem für uns Nordtiroler Bauern mehr denn je von Bedeutung und aktueller denn je. Es bietet für uns - und ich möchte das an dieser Stelle ganz offen und ehrlich sagen - die Möglichkeit, an die 7.000 Stück Nutzvieh in den Süden zu exportieren. Und diese Exporte wären ohne das Accordino kaum möglich, weil in Italien durch immer strengere Collaudo-Bestimmungen, durch die fehlenden GATT-Li-

zenzen, es immer schwerer möglich ist, diese Tiere unterzubringen. Und für viele Tiroler Bauern ist diese Frage des Zuchtviehexportes eine Existenzfrage. Die Tiroler Bauern leben zu 90% aus den Einnahmen der Viehwirtschaft, und über 40% der Tiroler Betriebe haben überhaupt kein Milchkontingent und sind deshalb auf den Verkauf von Zuchtvieh angewiesen.

Ich weiß, daß unsere Freunde im Süden, in Südtirol und Trient, nicht immer nur die größte Freude mit diesen Exporten von Nutztieren haben, aber man sollte sie, glaube ich, damit trösten, daß sie als Mitglied der EG den Import von Tieren sowieso nicht aufhalten könnten, weil sie zumindest gegenüber den anderen EG-Staaten ja liberalisiert sind. Sie sollten sich dann denken, wenn schon billig Vieh zu uns nach Südtirol und nach Trient kommt, dann ist es uns also auch gleich und recht, wenn es aus Tirol kommt, weil verhindern können wir diese Exporte sowieso nicht.

Weiters von großer Bedeutung ist für uns auch der Käseexport. Wir exportieren 1.200 Tonnen Emmentaler-, Berg- und Tilsiter-Käse. Ich glaube also, daß es unsere Verpflichtung ist, das Accordino auch in diesen Bereichen aufrechtzuerhalten und auszudehnen, wo eine Ausdehnung möglich ist. Wir sollten nicht schnell nervös werden, wenn es jetzt eine schwierige Marktlage gibt. Wir wissen, daß in Südtirol die Marktlage beim Zucht- und beim Nutztvieh sehr, sehr schwierig ist, aber wir bitten, daß man weiterhin diesbezüglich Verständnis hat.

Eine Reduzierung der Quoten kommt also für uns nicht in Frage. Wir würden bitten, und wir werden das bei den nächsten Verhandlungen einbringen, um eine Aufstockung der Quoten um 10% oder bitten, daß man gewisse Rinderkontingente von der A-Liste, wo sie uns nicht viel nützten, in die B-Liste überträgt. Wir würden den Freunden im Süden in jeder Hinsicht entgegenkommen. Wir würden ohne weiteres gerne mehr Wein und auch Obst entgegennehmen. Besonders der Südtiroler Rotwein schmeckt uns sehr gut, und wir würden gerne oft mehr davon trinken.

Ich glaube also, abschließend, man muß auch sagen, wir reden immer wieder davon, daß die Zukunft Europas das "Europa der Regionen" sein wird. Und ich wünsche mir das auch ganz massiv, daß wir zu einem Europa der Regionen kommen werden. Ich glaube aber auch, daß wir das auch in der Frage des Accordino klären müßten. Man muß doch sagen, die Frage des Accordino ist eine Frage unserer Länder und es ist meiner Ansicht nach nicht verständlich, warum das Accordino in so hohem Maß eigentlich auch in Rom und in Wien entschieden wird. Es ist also meiner Meinung nach eine Beleidigung, wenn die gesamte Gemischte Kommission zusammenkommt und dann kommt so ein Beamter aus Wien und sagt: Ihr könnt alle wieder nach Hause gehen, denn ich habe zu Hause ausgemacht, daß nicht 1 Liter Wein mehr nach Österreich kommen darf und daß auch nicht ein Apfel mehr nach Österreich kommen darf. Und dann haben alle wieder nach Hause zu gehen. Das ist doch eine Beleidigung für uns alle. Und diese Situation müssen wir ändern. Darum würde ich bitten.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat der Abgeordnete Levegghi des Trentiner Landtages. In Vorbereitung: Klug, Tirol.

LEVEGHI (PSDI)

Signori Presidenti!

Signori consiglieri!

Nell'esprimere l'adesione a nome del Partito Social Democratico all'ordine del giorno preposto sull'Accordino, volevo fare una breve considerazione o meglio esprimere un timore a questa assemblea.

L'Europa unita nella sua fase preparatoria ha il merito di averci fatto riscoprire concetti e teorie per tanto tempo accantonati, ma allo stesso tempo presenta il rischio di farli riproporre in maniera distorta o soltanto come affermazioni di principio autoappaganti senza pratiche traduzioni, rischi che corriamo noi, ma che temo siano comuni a tutti, come quello di parlare di un federalismo europeo che può scadere in un regionalismo inteso come chiusura su sé stessi, sui propri privilegi, l'opposto del federalismo, l'opposto della solidarietà, l'opposto dell'apertura di orizzonti, l'opposto di una visione politica di ampio respiro. Sul merito delle affermazioni di principio temo in sostanza la presbiopia, cioè che si voglia guardare solo lontano, perché ci tocca meno e non si voglia invece guardare alla soglia di casa.

Mi chiedo ad esempio come si possa parlare di Europa unita quando rimane ancora aperta, dopo tanto tempo, una vertenza come quella altoatesina, quasi che si persegua una strategia di rinvio nel tempo della chiusura della vertenza stessa. In molti casi i legami storici e culturali sono ben più forti delle strategie, ma chiedo perché non cominciamo a costruire l'Europa in casa, senza dietrologie e sospetti. L'unità europea ha bisogno di lealtà reciproca, di comprensione, di rinuncia, di solidarietà, di tolleranza e di generosità; per non restare enunciazione di principio ha bisogno di fatti.

L'Accordino, per venire all'argomento, è stata un'ottima intuizione quando è nato; oggi non basta più, perchè agisce in un campo troppo limitato, in parte superato nel momento dell'entrata dell'Austria nella CEE, però questa esperienza oggi e ieri limitata allo scambio commerciale, dovrebbe venire estesa a quel più esteso concetto di traffico di frontiera, comprendendo lo scambio culturale, gli interventi e le politiche sociali ed ambientali, che possono trovare una dimensione di scala adeguata per essere effettuate tenuto conto delle peculiarità di quest'area alpina.

Oggi l'Accordino agisce in un campo troppo limitato, perché gli eventi corrono più in fretta, perché l'Europa dei cittadini chiede un raggio di azione più ampio. Oggi alcuni problemi diventano universali e trasversali soprattutto. C'è la vicenda dei TIR, del trasporto che ha come punto di partenza l'esigenza legittima di una diversa qualità della vita, per cui bisogna uscire dal discorso prettamente economico per fare anche un discorso culturale, ma di cultura generale non di furberia di settore. Anche da questo punto di vista è sì importante che l'Accordino si evolva nel senso di fattiva collaborazione transfrontaliera, però mi chiedo che senso ha parlare del campo culturale, ambientale, ecc., quando con riferimento al traffico il traffico soprattutto, che ha origine e destinazione all'interno dell'area dell'Accordino, viene trattato poi alla stessa stregua del traffico di transito che attraversa l'Austria. In buona sostanza non si può continuare a rinviare ogni decisione sul piano dei trasporti e non venga applicato appieno l'accordo sulla libertà di movimento delle merci dando la netta impressione che si rallentino proprio quelle collaborazioni transfrontaliere che noi auspichiamo di ampliare.

In conclusione se si vuole costruire una storia nuova non ci possono essere pregiudiziali punti di partenza, non si può vivere sulle rivendicazioni, non si deve nemmeno dimenticare la storia passata che deve essere ricordata per quello che di buono e anche per quello che di meno

buono ha dato, non certo per rimpiangerlo, ma per trarne insegnamento, perché le generazioni future hanno bisogno di un punto di partenza solido, dove la parola pace abbia un significato uguale per tutti. L'Europa dei cittadini significa privilegiare l'identità politica, culturale e la sfera dei diritti civili, non si può costruire un'unità senza una reciproca conoscenza che non può avvenire senza un'integrazione di culture diverse. Per questo diventa importante salvare le specificità, i piccoli tasselli che costituiscono il grande mosaico; le regioni dovranno essere l'anima dell'Europa, che altrimenti risulterà un artificio.

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta Regionale di Vorarlberg

Der Abgeordnete Klug des Tiroler Landtages hat das Wort. Vorbereiten möchte sich bitte der Abgeordnete Gorbach aus Vorarlberg.

KLUG (GAT)

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieses Accordino hat einen großen Nachteil, es geht nicht auf die Verkehrsproblematik ein und in seinem Teil über die Liberalisierung des Warenverkehrs wird die Ökologie völlig vergessen. Und ich möchte schon festhalten, Herr Landeshauptmann Purtscher, "il Capitano del Vorarlberg", hat heute gesagt, wir sollten hier ein ehrliches Gespräch führen. Wenn wir ein ehrliches Gespräch führen, dann müssen wir festhalten, daß in der Verkehrspolitik Tirol eigentlich die Position hat, die von der ökologi-

schen Sicht am weitesten fortgeschritten ist. Und hier muß ich Sie an etwas erinnern. Wie wir in Tirol bestimmt haben, daß der Warentransitverkehr sich ökologischen Bedingungen zu unterwerfen hat, haben wir Donnerrollen gehört, bitte. Wir haben Donnerrollen gehört von Vorarlberg, wir haben auch Donnerrollen gehört von Südtirol. Unsere Maßnahmen wurden nicht mit Freude aufgenommen und sie wurden auch bis heute noch nicht nachgemacht. Und wir müssen ehrlich sein, wenn wir hier diese Resolution zum Accordino lesen, dann sehen wir, daß bezüglich des Warenverkehrs es nur heißt, daß der lokale Austausch gewisser Mengen von charakteristischen Erzeugnissen und Waren nicht vollständig ausgenutzt wird, und das Ziel ist, diesen Warenaustausch zu intensivieren. Als Grüne müssen wir verlangen, daß dieser Warenaustausch auch unter bestimmten ökologischen Bedingungen zu erfolgen hat. Es ist einfach unehrlich, nur den internationalen Transit zu bekämpfen und den hausgemachten Transit, den wir selbst erzeugen, zu ignorieren. Ich möchte nur daran erinnern, daß wir in der Verkehrsproblematik in allen Ländern die Probleme haben. Wie Sie wissen, ist Südtirol im Streiten über den Ausbau von Meran-Bozen. Auch dieser Ausbau dient dem regionalen Warenverkehr. Dann haben wir, wie Sie wissen, einen Ausbau in Riva von einem weiteren Teilstück einer Autobahn geplant. Auch hier die Problematik Warenverkehr.

Ich glaube, daß es unehrlich ist, wenn wir diese Problematik aus dem Accordino ausklammern. Und ich möchte nochmals sagen, ich war sehr enttäuscht, wie "il Capitano del Vorarlberg", Landeshauptmann Purtscher, uns seine LKW-Flotten geschickt hat und uns auch gesagt hat, wir müssen Nachtfahrverbote aufheben, wir müssen praktisch nachgeben in der Verkehrsfrage. Ich muß es ehrlich in diesem Hohen Haus auch sagen, weil es unehrlich wäre, diese Problematik zu verschweigen.

Ich würde mir wünschen, wenn wir hier einen gemeinsamen Verkehrsausschuß bilden würden und dann versuchen würden, eine gemeinsame Linie im Verkehr zu finden, natürlich, als Grüner muß ich sagen, eine ökologische Linie, und dann dieses Problem gemeinsam angehen. Aber ich bin dagegen, daß diese Problematik aus dem Accordino völlig ausgespart wird. Und, bitte, dieses Accordino ist ein trojanisches Pferd, weil es nicht die Ökologiefrage berücksichtigt. Und ich habe auch schon in der Presse vernehmen müssen, daß im Accordino verlangt wird, daß die Tiroler Maßnahmen, die ökologischen Maßnahmen im Transitverkehr, mit diesem Accordino ausgehöhlt werden sollen. Das war schon auch in der Presse zu vernehmen. Wir haben auch gehört, daß Landesrat Giacomuzzi hier urgiert hat, daß das Accordino einen freieren Güterverkehr ermöglichen muß. Bitte, ich bin auch für einen freieren Güterverkehr, aber eben unter ökologischen Bedingungen. Und diese fehlen mir hier! Auch wenn ich weiß, daß wir heute einen historischen Tag haben, muß ich sagen, mir tut das Herz weh, ich muß aber dagegen stimmen. Als Grüner kann ich nicht dieses Accordino annehmen, das in einer Grundsatzfrage, eben im Warenverkehr, nicht bereit ist, eine ökologische Leitlinie zu akzeptieren und auch nicht in den Vertrag hineinzunehmen.

Meine Damen und Herren, wenn das Accordino so ausschauen würde, daß wir keine Angst haben bräuchten, daß mit diesem Accordino unsere ökologischen Leitlinien für den Verkehr in Tirol unterlaufen würden, dann würde ich frohen Herzens begeistert zustimmen. Wenn dieses Accordino so ausschauen würde, wie ich den Saal hier sehe, wenn das Accordino so grün glänzen würde, wie ich hier die Tische sehe, dann könnte ich begeistert zustimmen, aber - meine Damen und Herren - dieses Accordino glänzt nicht so grün. Und daher, muß ich sagen, muß ich meine Gegenstimme hier erheben. Ich möchte Sie warnen, ich habe die große Angst, daß mit diesem Ac-

cordino ein trojanisches Pferd geschaffen wird, daß mit diesem Accordino unsere Tiroler Bestimmungen zur Eindämmung der Umweltbelastungen unterlaufen werden. Und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Danke!

JÄGER (ÖVP)

Präsident des Vorarlberger Landtages
Presidente della Dieta regionale del Vorarlberg

Das Wort hat der Abgeordnete Gorbach des Vorarlberger Landtages. Vorbereiten möchte sich Dr. Frasnelli, Südtirol.

GORBACH (FPÖ)

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Herren Präsidenten!
Herren Landeshauptleute!
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Um es vorwegzunehmen, das vorliegende Accordino-Vorhaben glänzt auch nicht blau, und trotzdem werde ich ihm zustimmen können, denn wenn die österreichische und italienische Regierung am 12. Mai 1949 in Form eines Abkommens einen erleichterten Warenaustausch zwischen den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und der italienischen Region Trentino-Tiroler Etschland vereinbart und schriftlich festgelegt hat, so war dies nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Regionen äußerst wichtig, sondern auch schon damals entstandene Politik der Regionen auf wirtschaftlicher Basis. Für viele Wirtschaftsbetriebe sowohl südlich wie auch nördlich des Brenners war und ist der erleichterte Warenaustausch für festgelegte charakteristische Erzeugnisse und Waren

der zuvor erwähnten Gebiete nicht nur willkommene Expansionsbasis, sondern geradezu eine Überlebensfrage, insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere auch für die Landwirtschaft.

Nun ist heute im Zuge dieses Vierer-Landtages sicherlich nicht die Zeit vorhanden, um detaillierte Wünsche rund um das Accordino zu diskutieren, etwa um welche Produkte die sogenannte Liste A erweitert werden sollte, um noch mehr Erzeugnisse und Waren bei der Ausfuhr von jeder Gebühr oder jeder Abgabe, welche im allgemeinen für Ausfuhr Güter der jeweiligen Länder festgesetzt werden könnten, zu befreien. Natürlich gilt das selbe auch für die Liste B, die wiederum Erzeugnisse und Waren auflistet, die aufgrund des Accordino lediglich jenen Gebühren und Abgaben unterliegen sollen, die innerstaatlich bei der Erzeugung oder dem Verbrauch und dem Austausch derartiger Produkte eingehoben werden. All das ist Aufgabe der Gemischten Kommission, all das sind Detailfragen, die immer wieder neu zu diskutieren und immer wieder neu zu werten sind. Wir aber sollten heute bei diesem historischen Treffen der vier Länderparlamente Tirol, Südtirol, Trentino und Vorarlberg die Erkenntnis stärken und vertiefen, daß Lebensgewohnheiten, Empfindungen, Bedürfnisse sowie Gemeinsamkeiten auf menschlicher und wirtschaftlicher Ebene keine Grenzen, schon gar nicht Staatsgrenzen, kennen. Nur unter der Voraussetzung, daß wir alle gemeinsam diese Erkenntnis und Überzeugung haben und auch bereit sind, dementsprechend zu handeln und auch dementsprechend zu verhandeln, werden wir im Vorfeld eines vereinten Europas die notwendige Stärkung der Regionen in diesem vereinten Europa gegenüber unseren Verhandlungspartnern, wo auch immer, glaubhaft erklären und durchsetzen können. Der Grundstein dafür scheint mir das gemeinsame Auftreten über parteiideologische Grenzen und auch Staatsgrenzen hinweg zu sein. Die heutige Veranstaltung ist für mich eine Art Gehschule und gleichzeitig auch Grundsatzbekenntnis der Regionen Tirol, Südtirol, Trentino, Vorarlberg zur weiteren zukünftigen

verstärkten Zusammenarbeit auf möglichst breiter Basis, wobei man in der Folge selbstverständlich detaillierte Fragen des gemeinsamen Vorgehens in Sachen Verkehr, Umwelt, Energiepolitik und natürlich auch wirtschaftlichen Angelegenheiten behandeln wird müssen. Über allem aber muß die Gemeinsamkeit stehen, auch wenn die einzelnen Partner einer Region da und dort Abstriche von ihren Vorstellungen zu machen haben. Für parteipolitische Effekthascherei oder parteipolitisches Denken wird im Kampf gegen den drohenden Zentralismus und für ein Europa der Regionen kein Platz vorhanden sein.

Zurück zum Accordino. Alle in der gemeinsam zu verabschiedenden Resolution festgehaltenen Erkenntnisse und Absichten sind grundsätzlich richtig und durchaus zu unterstützen. In vielen Gesprächen mit kompetenten Leuten aus verschiedensten Bereichen der Privatwirtschaft habe ich auch immer wieder die dringliche Aufforderung herausgehört, trotz verschiedener Assoziierungsvereinbarungen und Zusammenarbeitsverträgen zwischen Österreich und Italien nicht von der wirtschaftsheilsamen Einrichtung des Accordino abzugehen. Gerade die Wirtschaft braucht Erleichterung in der Administration und möglichst viele Umsetzungsmöglichkeiten nach regionalen Gesichtspunkten. Die freie Marktwirtschaft soll sich auf den internationalen Wettbewerb, die Erhaltung der sozialen Errungenschaften und insbesondere die Sicherung von gesunden Arbeitsplätzen, aber auch auf Maßnahmen den Umweltschutz betreffend, konzentrieren können und nicht durch zentralistische Maßnahmen gehindert werden. Auch im europareifen Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs wird eine EG gefordert, die auf Föderalismus und Selbständigkeit der Regionen unter Beibehaltung des liberalen Gedankens der Selbstbestimmung der Völker ausgerichtet ist. Eine bürokratische Zentralorganisation mit Selbstzweckcharakter muß vehement abgelehnt werden. Gerade das Übereinkommen Accordino zeigt uns auf, wie wichtig es sein wird, daß wir in Brüssel bei der Ausarbeitung der

Verfassung des neuen Europas entsprechend als Region akzeptiert und mitberücksichtigt werden, Mitsprache und ein eigenes Gremium erhalten, in dem eben die Regionen vertreten sind. So gesehen halte ich es mit dem Landeshauptmann von Südtirol, Luis Durnwalder, und es ist mehr als eine Geste an den Gastgeber, der vor kurzem gemeint hat: "Wir sind der Meinung, daß Brüssel nur die großen Richtlinien in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Außenpolitik, Währung, Steuerpolitik usw. festlegen sollte, daß es aber dann Aufgabe der einzelnen Regionen sein muß, diese allgemeinen Richtlinien, vor allem die zusätzlichen Kompetenzen, innerhalb ihres Bereiches selbst zu regeln und an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen". So Durnwalder. In diesem Sinne, glaube ich, sind wir alle ab heute aufgerufen, einen Beitrag zu leisten, daß der Traum vom vereinten Europa nicht zum Alptraum wird. Danke!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Ich gebe den Vorsitz an Präsident Reissigl weiter.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Ich übernehme den Vorsitz. Als nächster hat der Abgeordnete Frasnelli des Südtiroler Landtages das Wort. Vorbereiten möchte sich die Frau Abgeordnete Zendron, Südtirol.

FRASNELLI (SVP)

Hohe Landtage!

Am 12. Mai 1989 wurde das als Accordino bekanntgewordene Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Italien über die Regelung des erleichterten Warenaustausches zwischen den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und der italienischen Region Trentino-Südtirol vierzig Jahre alt. Am 17. Juli 1989 deponierte Österreich drei Beitrittsansuchen zu den europäischen Gemeinschaften, und für die nächste Zeit wird wohl auch die Erfüllung des Südtirol-Paketes erwartet. Das Zusammenwirken dieser Umstände wirft eine Reihe von interessanten Fragen auf.

Erstens. Könnte das Accordino auch noch nach einem EG-Beitritt Österreichs bestehenbleiben oder würde es damit obsolet werden?

Zweitens. Würde das Accordino unter Umständen in geänderter Form weiterbestehen können?

Drittens. Wenn ja, was müßte am Accordino geändert werden?

Viertens. Ist eine Dynamisierung des Accordino politisch überhaupt denkbar?

Fünftens. Kann das Accordino nach einem eventuellen Paketabschluß noch seine autonomiepolitische Funktion erfüllen?

Und schließlich sechstens. Kann, politischen Willen beider Vertragspartner vorausgesetzt, das Accordino im Konzept eines Europas der Regionen eine neue grenzüberschreitende Funktion erfüllen?

Punkt 3, lit. d), des Gruber-Degasperi-Abkommens vom 5.9.1946 sah ein "pactum de contrahendo" vor: "to reach special agreements aimed at facilitating enlarged frontier traffic and local exchanges of certain quantities of characteristic products and goods between Austria and Ita-

ly", um damit trotz trennender Staatsgrenzen die traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nord- und Südtirol einigermaßen aufrechterhalten zu können.

Am 12. Mai 1949 wurde schließlich zwischen Österreich und Italien das Accordino unterzeichnet, mittels dessen zwischen den beiden Bundesländern Tirol und Vorarlberg einerseits und der Region Trentino Südtirol andererseits, ein regionales Präferenzregime für den lokalen Austausch gewisser Mengen von charakteristischen Erzeugnissen und Waren eingerichtet wurde, das über zwei Warenlisten administriert wird.

Im Pariser Vertrag heißt es aber weiter, daß ein Abkommen zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs abgeschlossen werden sollte. Das Accordino ist dementsprechend inhaltlich auch auf andere Bereiche, als den reinen Warenverkehr hin, erweiterungsfähig. Gehörten die ausgetauschten Produkte anfangs zu 100% dem gewerblich-industriellen Sektor an, so verminderte sich deren Quote im Jahre 1977 auf bloß 55,6% und fiel 1984 gar auf 0,3%, während der Austausch landwirtschaftlicher Produkte dementsprechend zunahm. Der Grund für diese völlige Umkehr der Accordino-Warenstruktur, war der Abschluß des Freihandelsabkommens Österreichs mit der EG im Jahre 1972, auf Grund dessen eine Freihandelszone für industriell-gewerbliche Produkte errichtet wurde. Im Juli 1977, bzw. für gewisse sensible Produkte am 1.1.1984, trat dann für die gewerblich-industriellen Produkte vollkommene Zollfreiheit ein, wodurch sich der Charakter des Accordino schlagartig änderte. Da nummehr alle gewerblich-industriellen Produkte, die vormals nur im Rahmen der Liste B im Rahmen des Accordino ausgetauscht werden konnten, auf Grund des Freihandelsabkommens 1972 ohnehin zollfrei zirkulieren können, hat das Accordino für diese Produkte völlig an Bedeutung verloren, nicht aber - und hier möchte ich Steixner zustimmen - für landwirtschaftliche Produkte, für die ja nur ein Agrarbriefwechsel zwischen Österreich und der EG bestand und die nicht in

das Freihandelsabkommen 1972 einbezogen waren. Die schlagartige Umpolung der Warenstruktur läßt sich am besten mit dem Umstand belegen, daß sich der Wert der ausgetauschten landwirtschaftlichen Produkte von 1977 bis 1984 etwa versiebenfachte. Was einen eventuellen Beitritt Österreichs zu den europäischen Gemeinschaften betrifft, so würde eine daraus resultierende Teilnahme Österreichs am Binnenmarkt das Accordino als präferentielles Warenverkehrsabkommen obsolet erscheinen lassen. Auch eine Reihe von möglichen inhaltlichen Dynamisierungen des Accordino würde im Binnenmarkt ihre inhaltliche Berechtigung möglicherweise verlieren. Allerdings muß man dabei immer die Fristigkeit der Beitrittsverhandlungen Österreichs bzw. die Österreich unter Umständen eingeräumten Übergangsfristen für die volle Übernahme der Binnenmarktverpflichtungen vor Augen halten.

Obwohl das Accordino durchaus durch eine extensivere Interpretation, die wir auch heute vornehmen wollen, ausgeweitet werden könnte, wird eine Neubelebung desselben wohl nur über eine Vertragsänderung im weiteren Sinne des Wortes möglich sein. Diesbezüglich könnte man sich den Einbezug von Dienstleistungen des Energieaustausches, des Verkehrssektors, des Personenverkehrs, der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Niederlassungsfreiheit, sowie ganz allgemein den Einbezug kultureller Agenden vorstellen. Da eine solche Novellierung des Accordino nur mit Zustimmung beider Vertragspartner vor sich gehen kann, ist dabei natürlich die politische Bereitschaft der Partner von ausschlaggebender Bedeutung. Dies zeigt dann auch sehr eindrücklich den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Accordino und der Südtirol-Autonomie auf. Das Accordino ist nicht nur im Pariser Vertrag 1946 zugrundegelegt, sondern erfüllt im Laufe der Zeit immer wieder eine sehr wichtige autonomiepolitische Funktion. Selbst in den Zeiten einer völligen politischen Eiszeit zwischen Wien und Rom funktionierte das Accordino klaglos und stellte das einzige Forum bilateraler Begegnungen dar.

Nach einer allfälligen Paketerfüllung wird sich das Accordino zwar noch immer als autonomiepolitisch wichtiger Vertrag darstellen, seine Gewichtung wird sich aber gewandelt haben, ebenso wie auch bei einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, sein bisheriger Inhalt künftig überholt werden könnte. Das Accordino könnte dann aber und muß dann aber sinnvollerweise eine neue Funktion bekommen, nämlich als Instrument europäischer Regionalismuspolitik.

Unter dieser Voraussetzung eines instrumentalen Charakters des Accordino für das "Europa der Regionen", für die Verbesserung und Herbeiführung seiner umfassenden grenzüberschreitenden Kooperation, etwa zwischen Westösterreich und Norditalien, könnte man realistischerweise durchaus auf ein Entgegenkommen Italiens bei der Neubelebung und Neubewertung des Accordino hoffen. Wenngleich also eine Dynamisierung des Accordino sicherlich eine Reihe schwieriger völkerrechtlicher und europarechtlicher aber auch politischer Probleme aufwirft, muß diese im Geiste guter Nachbarschaft gelöst werden, so wie diese Fragen auch ganz allgemein in den in Punkt 18 des Operationskalenders vorgesehenen österreichisch-italienischen Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit Aufnahme finden können. Damit wäre sichergestellt, daß das Accordino auch im Falle eines österreichischen EG-Beitrittes bzw. für den Fall eines definitiven Paketabschlusses weiterhin eine sinnvolle und dynamische Funktion ausüben kann. Eine Dynamisierung des Accordino in gutnachbarschaftlichem Geist wird sich auch aus der Sicht Österreichs sowohl südtirol- als auch europapolitisch besonders begründen lassen. Südtirolpolitisch würde sie als Ausdruck des ungebrochenen Interesses Österreichs an einer Weiterentwicklung seiner Beziehungen zu Südtirol gewertet werden, und dies auch für die Nachpaketzeit. Europapolitisch wiederum würde eine weitere Ausgestaltung des Accordino die Bereitschaft Österreichs unterstreichen, bereits vor Aufnahme der offiziellen Beitrittsverhandlungen oder des Ab-

schlusses der Verhandlungen mit der EG, ein wichtiges Sachgebiet modellhaft, EG-konform durchführen und verwirklichen zu wollen. Aber auch auf der Seite Italiens sprechen eine Reihe prinzipieller Überlegungen für eine weitere Ausgestaltung des Accordino.

Die Südtiroler Volkspartei bringt die Erwartung zum Ausdruck, daß diese Sachargumente von den Vertragsstaaten gebührend berücksichtigt werden und daß das Accordino als Instrument europäischer regionaler Außenpolitik besonderer Art einen neuen, für Europa interessanten Stellenwert erhält. Die SVP-Fraktion stimmt also in diesem Geist dem Antrag zu.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Zendron des Südtiroler Landtages. Vorbereiten möchte sich bitte der Abgeordnete Halder, Vorarlberg.

ZENDRON (GAF-GVA)

Signori Presidenti!

Colleghe e colleghi!

Consiglieri e Parlamentari!

Fra le solennità, ricordi storici, un po' di scetticismo e da parte di alcuni la tentazione di richiamare in vita il vecchio Tirolo storico, senza ricordarne o dimenticandone volutamente i conflitti, esaltandone solo un po' romanticamente, come siamo tutti tentati di fare, i lati positivi, nella prima capitale del Tirolo cerchiamo di ridare vita all'Ac-

cordino di cui stiamo aspettando la soluzione finale nel momento in cui l'Austria si appresta a fare il suo ingresso nella Comunità Economica Europea e si dimostrerà nella sua fattura, nella forma attuale obsoleto.

Io sono tuttavia affascinata dalla possibilità di usare questo strumento, che nella sua forma reale è limitato: si occupa solo di commercio e non solo di tanti altri aspetti che possono mettere in relazione le varie regioni del Tirolo, trovo affascinante la possibilità di usarlo per costruire qualcosa d'altro.

I punti da cui si parte oggi in parte non sono da me condivisi. Ad esempio, lo sforzo che viene fatto da parte della Regione Trentino-Alto Adige e delle due Provincie di fare saltare le limitazioni sul traffico introdotte a tutela della vita e dell'ambiente in Tirolo e in Vorarlberg non possono a mio parere essere interpretate come un segnale positivo di un'evoluzione. Dovremmo chiederci se è meglio essere avvelenati e vedere il proprio ambiente distrutto da camion targati Bolzano e Trento o Tirolo, oppure se non sia la stessa cosa che avere le medesime conseguenze da camion che percorrono grandi distanze. Nel momento in cui si trovano sul nostro territorio, le conseguenze negative sono le stesse. E dobbiamo anche chiederci se lo sforzo nostro non dovrebbe essere indirizzato piuttosto nel realizzare un trasporto più amico della natura anche nel nostro territorio, dotando Sudtirolo e Trentino di quei necessari impianti e di quelle necessarie strutture che permettono di trasportare anche le nostre mele in tempi ragionevoli sui mercati che ci interessano. D'altro canto non è un pericolo che ci inventiamo qui. Sappiamo che nel momento in cui le economie dell'Est si sono aperte, i mercati dell'Est hanno perso quei limiti, quelle chiusure che hanno avuto; molti urbanisti hanno dichiarato e dimostrato la loro preoccupazione per un possibile sviluppo dell'economia nell'arco alpino che facesse diventare le valli verticali, come appunto la valle del Brennero, dell'Adige, delle valli in cui l'economia

desse uno spazio molto grande al deposito delle merci, da cui poi con una serie di infrastrutture si parte per portare queste merci nei Paesi sia dell'Est che appunto nel movimento più tradizionale nord-sud.

Queste preoccupazioni, espresse da molti urbanisti anche di grande rilievo, dovrebbero farci riflettere maggiormente. L'idea di poter usare questo strumento per elaborare una politica in comune in molte materie è sicuramente molto attraente. Se pensiamo a tematiche come quelle dell'agricoltura, per cui da parte delle regioni austriache qui rappresentate si manifestano, giustificate a mio parere, preoccupazioni per quanto succederà all'interno della Comunità Economica Europea, questo è un campo in cui fin da adesso noi possiamo lavorare insieme per preparare strumenti comuni per la difesa dell'agricoltura di montagna, dell'agricoltura alpina, rispetto all'indirizzo originale che noi vediamo svilupparsi ed essere ormai presente in maniera massiccia nella Comunità Economica Europea. In questo indirizzo possiamo già incominciare adesso, e questo potrebbe essere anche un momento di preparazione per una futura eventuale entrata dell'Austria nella CEE, che può preservare da molti gravi pericoli.

Ci sono altri ambiti in cui è veramente auspicabile una maggiore collaborazione, nell'ambito culturale ad esempio, in cui anche nella relazione del consigliere Giacomuzzi si parlava di collaborazione tra università. Mi sembra che questa sia una iniziativa molto interessante, soprattutto interessante se si pensa come da noi in Sudtirolo, dove negli ultimi tempi si è sviluppata una discussione sull'università, si parli sempre di tutte le università, ma Trento non la si nomina mai. Se questo significa riprendere seriamente i rapporti fra le università che esistono all'interno di questo territorio, mi sembra che sia un'evoluzione grandemente auspicabile, per tutto quello che abbiamo in comune, anche nel campo dell'energia, su cui non voglio dire altro.

Un'altro punto, su cui sono molto d'accordo con le osservazioni fatte dal capogruppo della SPÖ, riguarda le perplessità nel movimento di manodopera. Io mi sono chiesta se ci sono davvero tanti lavoratori che vogliono spostarsi da una parte all'altra all'interno del nostro territorio o non è piuttosto che i lavoratori desiderano avere le condizioni per vivere a casa loro, nella loro Heimat, nel loro luogo di origine, per cui si dovrebbe sviluppare una politica di solidarietà fra i nostri Paesi, in modo che sia permesso ai lavoratori di stare nel posto dove sono, se vogliono rimanerci. Quando si parla oggi da parte dei colleghi del Vorarlberg, da parte di alcuni almeno, con orgoglio a questa presenza di origine trentina in alcuni loro paesi, io devo dire che chi conosce questa storia sa anche quanta sofferenza ci sia stata in questa emigrazione, ed era un'emigrazione all'interno dello stesso Paese, perché era sempre il Tirolo, il Vorarlberg, cioè era l'impero asburgico. E' stato un fatto dolorosissimo per le persone che hanno subito, che hanno dovuto fare questa emigrazione, probabilmente anche sofferta da parte di coloro che hanno accolto i lavoratori che venivano dal Trentino, quindi non diamo così grande valore a questa possibilità di muoversi. Va benissimo potersi muovere, però quando lo si desidera e quando non si è costretti a doversi spostare. Questo ci fa pensare anche a tutti gli altri immigrati che noi abbiamo.

Allora voglio concludere dicendo che un nuovo Accordino, un Accordino per cui questi Paesi ottengano dai loro rispettivi Stati nazionali una maggiore autonomia, deve essere usato a mio parere non per chiudersi, ma per aprire una nuova prospettiva, che del Tirolo antico recuperi non l'immagine romantica o un'immagine in cui si nascondono tentativi di ricostruire maggioranze etniche che si sono perse o che si sono costruite e poi distrutte nel corso del tempo. Ma il contenuto vero, a mio parere, dell'antico Tirolo è il territorio in cui sono vissute per secoli insieme

prima dell'insorgere del nazionalismo etnie diverse, persone che parlavano lingue diverse, anche in parte religioni diverse e sicuramente culture diverse. Oggi noi vediamo che nel territorio dove questa pluralità di presenze è contrastata, in Sudtirolo viene messo in pericolo questa convivenza da un modo sbagliato di pretendere i propri diritti, un modo che esclude i diversi invece che convincerli delle proprie ragioni. L'abbiamo visto ieri, lo vediamo anche in altre occasioni: è un atteggiamento non antico tirolese, è un atteggiamento che è più coerente con quei nazionalismi che hanno distrutto l'antico Tirolo, che hanno fatto sì che ci fosse questa lacerazione dolorosa che ha diviso il Tirolo in due parti e creato così tante sofferenze, così tanti problemi. Mi auguro pertanto che l'Accordino diventi uno strumento concreto per ricostruire relazioni reciproche su fatti concreti, su cose che ci uniscono e su fatti tra popoli simili che vogliono stare più insieme, ma che vogliono valorizzare la loro differenza e valorizzare anche tutto quello che hanno in comune.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster hat der Abgeordnete Halder des Vorarlberger Landtages das Wort. Vorbereiten soll sich bitte der Abgeordnete Dr. Benedikter.

HALDER (ÖVP)

Verehrte Frau Präsident!

Präsidenten, Landeshauptleute, Hohe Landtage!

Der aktuelle Stand des Accordino-Inhaltes wurde deutlich dargelegt, besonders von Regionalassessor Giacomuzzi. Ich glaube, gerade durch das Freihandelsabkommen wurde natürlich der Inhalt geschmälert, und wir wissen, daß nur noch der agrarische Handel derzeitiger Inhalt des Accordino ist. Und auch hier gibt es Schwierigkeiten zu dynamisieren oder auszuweiten. Aber vor allem darum, weil der Einfluß der Zentralstellen - man höre und staune, der Zentralstellen - in einem regionalen Abkommen dermaßen groß ist, daß die regionalen Wünsche nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Weil nun mit EWR-Verhandlungen oder sogar mit einem EG-Beitritt Österreichs die Inhalte noch schmaler werden, also auch der agrarische Bereich zur Bedeutungslosigkeit abfallen könnte, würde das Accordino ohne Inhalt dastehen, obwohl das Accordino immerwährend ist. Und darum ist es richtig, wenn man nach neuen Inhalten sucht. Sie sind aufgelistet, aber ich bedauere eigentlich, daß der agrarische Inhalt verlorengeht. Meines Erachtens wäre es sicher notwendig, daß gerade dieser Teil des Alpenraumes, der Accordino-Raum, dazu befähigt wäre, einfach eine Überlebensstrategie zu erarbeiten für die bäuerlichen Familienbetriebe der Alpenregion, vor allem dieses Teiles der Alpenregion, wobei dann hier die Impulse ausgehen könnten auf die gesamte Alpenregion.

Wir schauen immer wieder auf Südtirol, Trentino, vor allem natürlich auf Südtirol mit Landeshauptmann Durnwalder an der Spitze, wo der agrarische Bereich doch besonderes behandelt wird, wo dem besonders Augenmerk geschenkt wird. Und wenn es durch den Impuls aus dieser Region möglich würde, daß auch in einem europäischen Wirtschaftsraum, in einer EG einfach ein Umdenken ausgelöst werden könnte, so wäre das sicher sehr wertvoll. Ich glaube, hier könnte der Impuls ausgehen für ein Alpenprogramm, das eine Überlebensstrategie für die bäuerlichen Betriebe darstellen könnte und darstellen müßte. Ich glaube, daß eine sinnvolle, standardgerechte, ökologisch vertretbare Produktion möglich sein muß. Südti-

rol hat auch in der Produktion eine Vorreiterrolle und sich in der EG den nötigen Spielraum geschafft, verschafft, den wir auch in Tirol und Vorarlberg unbedingt brauchen. Dazu muß aber jedes Land das Recht haben, regionale Notwendigkeiten in bezug auf Leistung der Landwirtschaft, wie Ernährungssicherung, Landschaftspflege, Umweltschutz und Sicherung der Besiedlungsstruktur durch direkte Leistungsabgeltungen zu sichern. Es kann also keine einzelne Säule sein, daß man sagt, die Produktion können wir vernachlässigen, die Produktion geben wir ab an die Grundgebiete, wir versuchen alles mit Direktzahlungen abzugelten; wir brauchen beides, wir brauchen eine sinnvolle Produktionszuordnung in der Landwirtschaft zur Erhaltung des Lebensraumes und des Siedlungsraumes, und auf der anderen Seite eine bessere Abgeltung der Leistungen, die wir für die Allgemeinheit erbringen. Es muß aber auch möglich sein, daß diese Leistungsabgeltungen nicht wie im mitteleuropäischen Raum aus der EG mit 25% refondiert werden, sondern wie in Südtirol und wie im Mittelmehrprogramm auch im Alpenraum mit 50% aus der EG-Kasse refondiert werden, denn es ist ja bekannt, daß Österreich zu den Einzahlern in die EG gehören würde, bei einem Vollbeitritt, so daß es auch gerechtfertigt ist, wenn auch hier wieder Rückflüsse vor allem in die Landwirtschaft fließen. Daß natürlich der Aufbau von hochqualitativen Markenprodukten weiterbetrieben werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit, aber auch das soziale Netz muß an die anderen Berufsschichten angepaßt werden. Das bäuerliche Sozialnetz muß an das soziale Netz der anderen Berufsschichten angepaßt werden. Daß ein besonderer Schutz des gesamten Alpenraumes notwendig ist, ist derzeit unbestritten. Ich glaube, daß gerade Umweltbelastungen abzubauen sind, auch Übererschließungen zu überdenken sind und eine weitere Zersiedlung unabdingbar gestoppt werden muß. Natürlich soll auch die Pflege und Er-

haltung der bäuerlichen Kultur, der bäuerlichen Werte als Grundlage der bäuerlichen Gemeinschaft und der Gemeinschaft aller Bevölkerungsgruppen in diesem Alpenraum weiter gefördert werden.

Ja, gehen wir es an! Die Zukunft liegt vor uns. Ich glaube, daß eine gute Zukunft nur mit existenzfähigen Bauern und bäuerlichen Familien sein kann und daß gerade dieser Alpenraum, die Region des Accordino auf eine Landwirtschaft angewiesen ist, die imstande ist, die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung dieser Region weitestgehend zu erfüllen.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Benedikter des Südtiroler Landtages. Vorbereiten möchte sich bitte Kollege Leita, Trient.

BENEDIKTER (UFS)

Ehrenwerte Volksvertreter!

Ich habe mich zu Wort gemeldet zu dem von der Union für Südtirol eingebrachten Abänderungsantrag zur politischen Resolution. Es hat den Anschein, als ob diese Wortmeldung nicht angenommen würde, aber ich rede jetzt nicht zu dem, sondern zur Sache.

Mir kommt diese ganze Diskussion sehr unwirklich vor, denn es heißt auch im dritten Absatz der eigentlichen Resolution: "Verweisen auf den Umstand, daß die geänderten Rahmenbedingungen für das Accordino im wesentlichen auf zwei externe Umstände zurückgehen, zum einen auf den angestrebten EG-Beitritt Österreichs, zum anderen auf den Abschluß des Südti-

rol-Paketes, der mit der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages verbunden ist". Jetzt weiß ich nicht, ob sich die Anwesenden bewußt sind, wenn Österreich zur EG kommt, dann - steht im Bericht des Regionalassessors Giacomuzzi - ist das Accordino auf jeden Fall überholt. Das steht dort zweimal. Das Accordino ist Accordino. Ich rede vom Accordino, wie es heute ist, selbstverständlich. Wenn es nicht dazu kommt, ist das Accordino, so wie es im Pariser Vertrag vorgesehen ist, auch überholt, denn, wenn es nicht dazu kommt und es hingegen zur sogenannten Streitbeilegungserklärung kommt, zu der die Südtiroler Volkspartei und die heutige österreichische Regierung ja gesagt haben - und ich frage Euch, ob Ihr wißt, daß die Streitbeilegungserklärung zwei Sätze enthält: Erstens. Alles was mit dem Pariser Vertrag zusammenhängt ist restlos erfüllt. Zweitens. Das Paket ist eine rein innerstaatliche Angelegenheit. Mit dieser Erklärung macht Österreich sich den italienischen Standpunkt zu eigen, den Italien immer schon eingenommen hat, auch bei der Paketvereinbarung 1969, daß eben das Paket ein rein innerstaatliches Geschenk ist. Und der heutige Ministerpräsident Andreotti, der bisherige Regionenminister Maccanico, der Außenminister, haben spätestens anläßlich der letzten Parlamentswahlen erklärt, in aller Öffentlichkeit erklärt: Wir haben Österreich wissen lassen, wenn es unsere Zustimmung zum EG-Beitritt haben will, dann muß das Südtirol-Problem vom Tisch weg, eben mit der Streitbeilegungserklärung. Und wenn dem so ist, dann ist eben, wenn die Streitbeilegungserklärung abgegeben wird, das Accordino als Bestandteil des Pariser Vertrages weg vom Tisch, denn die Streitbeilegungserklärung bedeutet nichts anderes, als daß Südtirol als völkerrechtliches Problem nicht mehr vorhanden ist. Der Pariser Vertrag gilt mit dem alten Autonomiestatut und mit dem alten Accordino-Vertrag als erfüllt und gut. Und der

Freundschaftsvertrag, der dann folgen soll, der wird selbstverständlich nicht das wiederholen, worauf Italien verlangt hat, daß Österreich verzichte. Selbstverständlich wird er das nicht.

Angenommen es käme nicht zum EG-Beitritt, dann wird es zu einem allgemeinen Vertrag kommen, nicht nur zwischen EG und Österreich, sondern auch den anderen europäischen Staaten, um den europäischen Wirtschaftsraum so freizügig als möglich zu gestalten. Und auch dann braucht es kein Accordino mehr, denn diese Freizügigkeit, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, wie sie heute schon gegenüber den sogenannten "Extracomunitari" gehandhabt wird - Ihr wißt ja, in Italien sind die Nicht-EG-Bürger durch Gesetz in allem den italienischen Staatsbürgern gleichgestellt, in allem, so daß sogar bei uns in Südtirol, obwohl wir im Paket und im Autonomiestatut, Art. 10, erreicht haben, daß bei der Arbeitsvermittlung die einheimischen Staatsbürger bevorzugt werden müssen, so steht es drinnen und das war eine große Errungenschaft gegen die Zuwanderung, wenn zuerst alle Einheimischen übernommen werden müssen, die Arbeit suchen, trotzdem müssen diese Extracomunitari, diese Nicht-EG-Staatsbürger gleich behandelt werden. Auf diesem Standpunkt steht das Ministerium, steht der Staat, gleich wie die einheimischen Staatsbürger in Südtirol, mit der gleichen Bevorzugung. Soweit sind wir! Und daß die Österreicher dann auch wie Extracomunitari, wie Nicht-EG-Bürger behandelt werden, also 100%ig in jeder Hinsicht, sie müssen auch in sozialer, sanitärer, kultureller in jeder Hinsicht wie Staatsbürger behandelt werden. Das ist heute schon Gesetzgebung und müßte eigentlich für die Österreicher sowieso gelten, aber wenn von Extracomunitari die Rede ist, dann wären zwar die Österreicher schon auch heute noch extrakommunitär, aber sie sind trotzdem nicht den Senegalesen oder wen Ihr wollt gleichgestellt.

Deswegen bin ich der Ansicht, daß wenn es entweder zum Beitritt oder zur Streitbeilegungserklärung kommt, es keinen Sinn hat, über eine Fortentwicklung des Accordino zu diskutieren, sondern wenschon, sollte es nicht zum EG-Beitritt kommen, was etwa zwischen Österreich und der EG insgesamt geschehen soll, welches Abkommen getroffen werden soll für den europäischen Wirtschaftsraum, das Südtirol selbstverständlich zu Österreich gleich behandelt wie alle anderen europäischen Länder. Daher bin ich der Ansicht, daß diese Diskussion wirklichkeitsfremd ist. Danke!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages
Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächster hat der Abgeordnete Leita des Trentiner Landtages das Wort. Vorbereiten möchte sich die Abgeordnete Kräutler-Berger, Vorarlberg.

LEITA (DC)

Onorevoli Presidenti!
Illustri colleghi!

E' inutile che mi soffermi sull'importanza storica di questa giornata, perché illustri personaggi lo hanno fatto prima di me questa mattina, nel sottolineare tutti gli aspetti di questo momento storico che ha vissuto il Trentino-Alto Adige e con i Länder Tirolo e Vorarlberg.

In questa occasione vorrei riportare l'attenzione, anche se brevemente, di questa qualificata assemblea su taluni aspetti che ritengo fondamentali. Si è parlato di numerosi problemi riguardanti i trasporti, ri-

guardanti il territorio, soprattutto ci siamo soffermati su quello che riguarda l'ambiente. Vorrei richiamare e fare un appello a questa assemblea su ciò che riguarda gli artefici di questo territorio. E' un incontro storico perché si incontrano quattro Regioni che si trovano nel cuore delle Alpi, che riguardano il cuore vitale dell'Europa. Nell'auspicare che l'entrata dell'Austria nella Comunità Economica Europea avvenga in tempi brevissimi, auspico anche che questa entrata sia un rafforzamento di quella che è la politica soprattutto agricola ambientale della zona alpina, perché non possiamo dimenticare il momento pesante e critico che sta attraversando chi opera in zone montane, soprattutto chi è addetto al settore zootecnico.

Il supporto economico dell'alta montagna deriva soprattutto dal settore zootecnico, che oggi più che mai è in piena crisi economica derivante soprattutto da una politica economica europea. Questa politica in tanti settori, particolarmente in quello zootecnico, sta frustrando, sta creando un rientro della propria produzione del latte, del burro, dei derivati del latte, ma è in questo obiettivo che dobbiamo rafforzarci se vogliamo far vivere ancora la montagna, se vogliamo far vivere il cuore delle Alpi. Dobbiamo creare tramite l'Accordino una politica diversa, una politica che dia ampio respiro, al di fuori delle produzioni, al di fuori delle determinate impostazioni progettuali, alla nostra montagna, a chi vive nell'arco alpino. Questo è il significato del mio appello rivolto a questa qualificata assemblea e sarebbe mio auspicio che nel completare i lavori di questa giornata uscisse un documento a sostegno di chi opera nell'ambiente alpino, di chi opera soprattutto nel settore zootecnico.

E' un momento particolare, un momento dove la politica europea sta in parte castigando questi operatori, ma tramite il progetto, un progetto che sta lanciando la Giunta provinciale di Trento, e tramite il progetto leader che riguarda l'ambiente della comunità europea, si può intervenire

con strumenti idonei a far rilanciare quella che è la salvaguardia dell'ambiente, a far rivivere ancora le nostre montagne, a riportare ancora a quei bagliori di economia e dignità le nostre genti, chi in alta montagna ci vive e ci vive soprattutto per scelta professionale e non soltanto perchè vi è nato.

Io vorrei richiamare appunto, tramite l'Accordino, l'attenzione sul significato proprio di aprirsi maggiormente non soltanto a fattori culturali, a fattori sociali, ma di ritemperare lo spirito di salvaguardia della gente del cuore delle Alpi, di ridare loro lo spirito di vitalità.

Dietro l'aspetto agricolo c'è poi l'aspetto silvo-forestale, un aspetto che deve essere soppesato, deve essere valutato fino in fondo. Certamente ci sono i problemi che riguardano l'effetto serra, c'è il problema delle piogge acide, ci sono un insieme di problemi anche di inquinamento, ma dobbiamo vedere a mio giudizio un progetto globale di funzionalità, di servizio, soprattutto accordato con quella che è una politica comunitaria che deve andare a pari passo ed a pari progettualità con la vera valorizzazione della gente di montagna. Grazie!

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als nächste hat die Frau Abgeordnete Kräutler-Berger des Vorarlberger Landtages das Wort und dann zum Schluß Regionalassessor Dr. Zeno Giacomuzzi.

KRÄUTLER-BERGER (GAV)

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrtes Präsidium!

Hohe Landtage!

Vorausschickend sei gesagt, daß das Accordino historisch gesehen notwendig war, wichtig war und sich bewährt hat. Eine Erweiterung des Accordino ist aus vielerlei Gründen, heute schon des öfteren von anderen Rednerinnen und Rednern erläutert, im Hinblick auf die EWR-Vertragsabschlüsse und einem zukünftigen Beitritt Österreichs eindeutig obsolet. Eigenartig ist das Zustandekommen all dieser Accordino-Verträge, hier auch dieser Resolution. Es wird auf Beamtenebene gearbeitet, es wird auf Regierungsebene gearbeitet, es wird großartig von sozialpolitischen Maßnahmen gesprochen, die da verbessert werden sollen, ohne aber die Sozialpartner, die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu integrieren.

Ein neues Accordino, das eine imminente Wichtigkeit für unsere Regionen hätte, bedürfte einer Vorbereitung auf politischer Ebene, auf jener Ebene, wo die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter arbeiten. Es bedürfte einer Koordination der Umweltpolitik, hier vor allem der Verkehrspolitik, es bedürfte vor allem einer Neuorientierung der Demokratiep Politik. Wenn immer von diesem schönen "Europa der Regionen" gesprochen wird, müßten sich die politischen Ebenen Gedanken darüber machen, wie dann die demokratiepolitische Umsetzung dieser neuen Strukturen funktionieren sollte. Und es bedürfte einer Neudiskussion der Sozialpolitik.

Es wurde heute immer wieder nur von den angestammten Einwohnern der verschiedenen Regionen gesprochen. Keineswegs wurde das Immigrantensproblem erläutert, das in allen vier Regionen dasselbe große Problem ist.

Es mutet eigenartig an, daß gerade jene die Begriffe Subsidiarität und Förderalismus so groß schreiben, die in größter Eile Richtung Brüssel hasten und dort sich einem neuen, einem noch viel ärgeren Zentralismus, als es jener aus Rom oder aus Wien ist, unterordnen wollen. Das ist eine eigenartige Angelegenheit. Und dann noch von regionalen Abkommen, wie einem erweiterten Accordino zu sprechen, es ist so etwas wie eine Scheinwirklichkeit, die hier auch die Parlamente aufbauen.

Ich denke, es kann nicht genügen, sich nur Abkommen zu schaffen über den freien Warenaustausch und sich nicht Gedanken zu machen, wie jene Waren produziert werden, nicht zu koordinieren, wie eine ökologische Warenproduktion auf dem landwirtschaftlichen aber auch auf dem Produktionssektor funktionieren könnte. Der Warenaustausch, so wie er zur Zeit passiert, ist ein vollkommen unökologischer, nicht nur von der Verkehrspolitik her betrachtet, auch, wie gesagt, was die Produktion anbelangt.

Ich denke, es müßte diesbezüglich noch sehr viel an Arbeit geleistet werden, auch dieses Gremiums. Und so, glaube ich, war das heute nicht die Premiere, daß sich die vier Landtage treffen, sondern es war die Generalprobe, wie zukünftige Arbeit eventuell passieren könnte. Und Premieren klappen nur, wenn bei den Generalproben einiges nicht gut klappt. Und ich denke, es ist heute, wie gesagt, eine Generalprobe gewesen, weil noch nicht abgeklärt ist, wie überhaupt miteinander gearbeitet werden kann, wie überhaupt in Zukunft gearbeitet werden soll. Das soll, das steht fest, das steht ja sogar im Accordino, und zwar, daß man zur Zeit studiert an Lösungen, und ich denke, wir müssen über die Studierphase hinauskommen und die Erfahrungen, die wir heute gemacht haben umsetzen und verbessern und etwas mehr aus unseren Treffen machen, als nur den Besuch von Promenadekonzerten und gutes Essen und eventuelles Zuhören, wenn es gerade noch in der Toleranzschwelle drinnen ist.

Wir sollten wirklich arbeitsfähige kleine Gremien machen und zu sachpolitischen Themen zu arbeiten beginnen und hier vor allem zu den imminently wichtigen verkehrspolitischen und umweltpolitischen, und das vor allem auch im Hinblick darauf, daß unsere Nordtiroler Kolleginnen und Kollegen massive Unterstützung brauchen, was ihre zukunftsweisende restriktive Verkehrspolitik anbelangt. Es ist ungeheuer gefährlich, wenn wir ein erweitertes Accordino verabschieden, das jene restriktiven Verkehrslösungen, die die Tiroler, die Nordtiroler, inzwischen sich erarbeitet haben, unterhöhlen würde. Und das heute mit einer Resolution zu verabschieden, hielte ich für umweltpolitisch und verkehrspolitisch und auch demokratiepolitisch für ungeheuer gefährlich. Deshalb wird unsere Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen.

Wir sind uns hier nicht ganz einig mit unseren Trentiner und Südtiroler Kolleginnen und Kollegen, die sich der Stimme enthalten werden, weil sie Kritikpunkte, gerade die umweltpolitischen Kritikpunkte, teilen, aber aus ihrer Erfahrung heraus selbstverständlich eine andere Sicht dieser Abkommen haben.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Als letzter hat Dr. Giacomuzzi das Wort.

GIACOMUZZI (SVP)

Nur noch ganz kurz. Sie wissen, es haben zwei Resolutionen vorgelegen. Wir haben uns geeinigt auf eine Resolution. Diese liegt jetzt vor. Und ich würde den Vorschlag machen, nachdem Sie sicher inzwischen Zeit gehabt haben sie zu lesen, Frau Präsidentin, daß wir sie gar nicht mehr verlesen, wenn nicht irgend jemand dagegen wäre. Das als Vorschlag.

Zur Replik nur einige Sätze. Ich habe aus den Wortmeldungen feststellen können, daß mehr oder weniger alle mit diesem Resolutionsvorschlag einverstanden sind. Dieser Resolutionsvorschlag betrifft ja vor allem die Dynamisierung des Accordino, nicht so sehr eben den Warenaustausch, der ja sowieso, wie wir gehört haben, wahrscheinlich früher oder später frei sein wird. Ich bin vielleicht falsch verstanden worden in zwei, drei Punkten.

Erster Punkt. Es hat so ausgeschaut, als wenn ich Umweltzerstörer Nummer eins wäre, weil mit dem Warenaustausch eben die Transporte verbunden sind. Ich bin anderer Meinung. Ich bin eben der Meinung, daß je näher - Kollege Kaufmann - der Transport ist, desto weniger Umweltzerstörung und Verschmutzung da ist. Mir scheint, die Nordtiroler trinken ihren Wein, und mir scheint, wenn sie ihn vom Burgenland heraufholen oder von Niederösterreich, der Transport länger ist als von Südtirol. Genau das gleiche ist, wenn wir das Fleisch nicht von Nordtirol bekommen. Wir holen es, wie es zur Zeit passiert, aus Polen. Und der Transport ist länger. Ich glaube, der kürzeste Weg ist der am wenigsten umweltschädlichste, und an diesen sollen wir uns halten.

Außerdem habe ich von der rechtlichen Form gesprochen. Ich habe hier den Brief Ihres Prof. Hummer aus Innsbruck, der sagt: "Herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom ..., sowie für die interessante Beilage. Ich

bin mit Ihnen vollkommen einer Meinung, daß bei einem nicht differenzier-
ten Transitabkommen gegen Art. 6 des Accordino verstoßen wird". Das habe
ich gemeint.

Zum nächsten Punkt ganz kurz, vor allem zur Kollegin Zendron, die
sich über die Bedenken zum freien Arbeitsmarkt geäußert hat. Ja, meine
lieben Tiroler und Vorarlberger, wir sind soweit, daß in Südtirol die
Nordafrikaner tun können was sie wollen, aber nicht die Nordtiroler; und
bei Euch - meine liebe Zendron - draußen ist es so, daß die Türken zu
Hause sein können und die Südtiroler nicht. Wollen wir sie nicht mindes-
tens gleichstellen, niemand ist gezwungen, nur wer freiwillig will.

Und dem Kollegen Benedikter zum Schluß möchte ich sagen, daß mit
dem Freundschaftsvertrag auf der Basis der Madrider-Konvention eben gera-
de zuwege gebracht werden soll, daß die Länder in der Grenzkommission di-
rekt selbst Verträge und Abkommen abschließen können.

Das wäre eigentlich alles, wo ich Erwiderungen für notwendig erach-
tet habe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

REISSIGL (ÖVP)

Präsident des Tiroler Landtages

Presidente della Dieta regionale del Tirolo

Es wurde bereits der Antrag gestellt, die überarbeitete Resolution
über das Accordino nicht mehr zu verlesen, weil sie Ihnen ja vorliegt.
Sind Sie damit einverstanden?

Wir stimmen darüber ab: einstimmig angenommen.

Resolution über das Accordino:

DIE LANDTAGE DER BUNDESLÄNDER TIROL UND VORARLBERG, DES TRENTINO UND SÜDTIROLS, WELCHE AM 21. MAI 1991 IN MERAN ZU EINER GEMEINSAMEN SITZUNG ZUSAMMENGETRETEN SIND,

- in Kenntnis der Feststellung der Gemischten Kommission des Accordino auf ihrer 34. Tagung in Meran im Jahr 1983, "daß die Überprüfung der regionalen Wirtschaftsbeziehungen in ihren Aufgabenbereich fällt" und daß sie "eine Ausdehnung des Accordino auf neue Sachbereiche anregen wird",
- in Kenntnis der politischen Übereinkunft der Außenminister Italiens und Österreichs Giulio Andreotti und Alois Mock auf ihrem Treffen im Dezember 1987 in Klagenfurt, die die Möglichkeit einer erweiterten Anwendung des Art. 3, lit. d), des De Gasperi- Gruber-Abkommens zum Inhalt hatte,
- in Kenntnis der anlässlich der Tagung der Gemischten Kommission in Gaschurn im Jahr 1988 beschlossenen Anregung, daß die jeweils zuständigen Stellen diese Vor schläge "rasch und im Sinne gutnachbarlicher Zusammenarbeit behandeln sollen" (Art. 4, Abs. 3, des Protokolls der 29. Tagung der Gemischten Kommission),
- in Kenntnis des umfangreichen Themenkataloges, der nach sorgfältiger Prüfung der Vorsitzenden beider Delegationen in die jeweiligen Artikel 4 der Protokolle der 40. und 41. Tagung der Gemischten Kommission in Riva (1989) und Seefeld (1990) aufgenommen wurde,
- eingedenk, daß Art. 3, lit. d, des Pariser Abkommens von besonderen Vereinbarungen zur Erleichterung des erweiterten Grenzverkehrs spricht und durch das Accordino dieser Handlungsrahmen in seiner Verengung auf den "lokalen Austausch gewisser Mengen von charakteristischen Erzeugnissen und Waren" nicht vollständig ausgenutzt wurde,
- eingedenk, daß es in Anbetracht der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Europa sicherlich notwendig geworden ist, den im Pariser Vertrag vorgesehenen "erleichterten Grenzverkehr" weiter und großzügiger zu interpretieren als vor über vierzig Jahren,
- unter Berücksichtigung des Inhaltes der von Italien und Österreich ratifizierte Madrider Konvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Möglichkeit der modellhaften Anwendung dieses Abkommens auf die Accordino-Region,
- auf der Grundlage des heute dieser Hohen Versammlung vorgelegten Gesamtberichtes zur aktuellen Situation des Accordino,
 1. stellen fest, daß das Sonderabkommen "Accordino" in seinem Anwendungsbereich mit zusätzlichen Inhalten versehen werden soll,
 2. erheben die Forderung, daß die regionalen Partner des Accordino eine selbständige Form der Mitwirkung bei der Durchführung und Weiterentwicklung dieses Sonderabkommens erhalten,
 3. verweisen auf den Umstand, daß die geänderten Rahmenbedingungen für das Accordino im wesentlichen auf zwei externe Umstände zurückgehen: zum einen auf den angestrebten EG-Beitritt Österreichs und zum anderen auf den in Aussicht stehenden Abschluß des Südtirol-Paketes gemäß Operationska-

lander, dessen Punkt 18 den "allfälligen Abschluß eines österreichisch-italienischen Vertrages betreffend die freundschaftliche Zusammenarbeit" vorsieht,

4. regen an, daß das Accordino Eingang in den in Punkt 3 erwähnten, zwischen Österreich und Italien abzuschließenden Vertrag finden soll,
5. sind Übereingekommen, diese einvernehmlich verabschiedete Resolution sowohl der italienischen Regierung als auch der österreichischen Bundesregierung sowie der Tiroler, Vorarlberger, Trentiner und Südtiroler Landesregierung und der Regierung der zuständigen Autonomen Region Trentino-Südtirol zu übermitteln.

LE DIETE DEL TIROLO E DEL VORARLBERG E I CONSIGLI DELLE PROVINCE AUTONOME DI TRENTO E BOLZANO, RIUNITI IN SEDUTA CONGIUNTA IL 21 MAGGIO 1991 A MERANO:

- in considerazione dell'affermazione della Commissione Mista dell'Accordino formulata in occasione della 34° riunione a Merano nell'anno 1983 "che l'esame delle relazioni economiche locali rientra nei suoi compiti" e che essa "raccomanderà di estendere l'Accordino a nuovi settori",
- a conoscenza dell'intesa politica raggiunta dai Ministri per gli Affari Esteri dell'Italia e dell'Austria, Giulio Andreotti e Alois Mock, in occasione del loro incontro a Klagenfurt nel dicembre 1987, inerente la possibilità di un'applicazione più ampia dell'art. 3, lettera d) dell'Accordo De Gasperi-Gruber,
- considerato che la Commissione Mista in occasione della sua riunione a Gaschurn nell'anno 1988 ha deciso di esortare gli enti competenti a trattare queste proposte "con sollecitudine e nello spirito di una buona collaborazione di vicinato" (art. 4, comma 3 del processo verbale della 29° riunione della Commissione Mista),
- in considerazione del vasto elenco di tematiche che dopo un attento esame da parte dei presidenti delle due delegazioni è stato inserito nei rispettivi articoli 4 dei processi verbali della 40° e della 41° riunione della Commissione Mista a Riva (1989) e a Seefeld (1990),
- tenuto conto che l'art. 3, lettera d) dell'Accordo di Parigi che parla di accordi speciali tendenti a facilitare un più esteso traffico di frontiera e che questo margine di azione non è stato sfruttato appieno con l'Accordino che prevede una restrizione di detto traffico allo "scambio locale di determinati quantitativi di merci e prodotti tipici",
- tenuto conto che alla luce dell'evoluzione storica, economica e politica in Europa si è reso senz'altro necessario dare un'interpretazione più ampia ed estesa al concetto di "traffico di frontiera facilitato" rispetto a quella di quarant'anni or sono,
- nel rispetto della Convenzione di Madrid sulla collaborazione transfrontaliera ratificata sia dall'Italia che dall'Austria e considerando la possibilità dell'applicazione esemplare dell'Accordo nell'ambito delle Regioni interessate dall'Accordino,

- in base alla relazione generale sullo stato attuale dell'Accordino presentata in data odierna all'illustre consesso qui riunito,
- 1) constatano che il campo di applicazione dell'Accordo preferenziale "Accordino" va esteso e dotato di ulteriori contenuti;
 - 2) chiedono che alle Regioni rientranti nel campo di applicazione dell'Accordino venga riconosciuta una forma autonoma di collaborazione nella attuazione e nell'ampliamento di questo Accordo preferenziale,
 - 3) rilevano che le condizioni quadro all'origine dell'Accordino sono mutate principalmente a causa delle due seguenti circostanze esterne: da un lato a causa dell'adesione alla CEE auspicata dall'Austria e dall'altro a causa dell'auspicata chiusura del Pacchetto in base al calendario operativo, il cui punto 18 prevede "l'eventuale stipula di un accordo sulla collaborazione amichevole tra l'Italia e l'Austria",
 - 4) propongono che l'Accordino venga inserito nell'Accordo da stipularsi tra l'Italia e l'Austria citato nel precedente punto 3),
 - 5) concordano di trasmettere questa risoluzione approvata d'intesa sia al Governo italiano che al Governo federale austriaco nonché ai Governi regionali del Tirolo e del Vorarlberg, alle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano e alla Giunta della Regione autonoma Trentino-Alto Adige competente in materia.

Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution Nr. 2: bei 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Ich übergebe nun den Vorsitz an die Präsidentin Franzelin.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Wir kommen zur Abstimmung der Resolution Nr. 1.

Es ist dazu ein Abänderungsantrag von den Abgeordneten Klotz, Benedikter des Südtiroler Landtages, Stadler von Vorarlberg und Tonelli von Trient eingebracht worden. Nachdem wir vormittags die Generaldebatte abgeschlossen haben und der Präsident Jäger, der den Vorsitz hatte, dreimal gefragt hat, ob keine Wortmeldungen mehr sind, gilt diese als abgeschlossen.

Es haben sich alle Fraktionsvorsitzenden, welche den Wunsch gehabt haben, zusammengesetzt und es ist nun ein einvernehmlich erarbeitetes Dokument präsentiert worden, wobei zu unterstreichen ist, daß nicht alle hundertprozentig ihre Vorstellungen in dieses Papier einbringen konnten, nicht nur im Falle der genannten Einbringer der erneuten Abänderung, sondern auch zur Interpretation der exemplarischen Aufgaben der künftigen gemeinsamen Realpolitik, wo es Auffassungsunterschiede gegeben hat, jedoch gesagt worden ist, daß ein gemeinsames Signal wichtig ist. Die Forderung nach der Reduzierung des Transitverkehrs ist ein Signal, eine klare Willensäußerung zur Mitwirkung der jeweiligen Regionen bzw. Länder. Und diese Unterscheidung schien wichtig, da die Rahmenbedingungen unterschiedlich sind.

Somit möchte ich also ersuchen, von der weiteren Diskussion abzusehen bzw. es wird keine neue Abänderung zugelassen, über die wir abstimmen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß zum Abänderungsantrag, Resolution 1, Seite 5, Absatz 2, Antrag auf geheime Abstimmung gestellt worden ist.

Der Abgeordnete Stadler des Vorarlberger Landtages hat das Wort zur Prozedur.

STADLER (FPÖ)

Frau Präsident!

Meine Damen und Herren!

Es ist in allen Parlamenten Europas und so sicherlich auch in den Parlamenten der heute hier vertretenen vier Landtage gang und gäbe, daß man einen Antrag in erster Lesung einbringen kann, und wenn man dann im

Ausschuß nicht durchkommt, daß man dann in zweiter Lesung die Möglichkeit hat, Anträge neuerlich zu stellen und zu beharren. Und so sehe ich das heute auch. Denn wenn man heute keine Zusatzanträge hätte zulassen wollen, so wie ich das am Morgen vorgeschlagen habe, dann hätte man auch über die anderen Anträge der verschiedenen Fraktionen und Parteien nicht diskutieren brauchen.

Wir haben im konkreten zu dem hier vorgeschlagenen Text in diesem Arbeitsgremium draußen im Lesesaal während der Mittagspause schlicht und einfach nicht Einigung erzielen können mit unseren italienischen Freunden, ob das in diesem heute jetzt überarbeiteten Resolutionsentwurf vorhanden sein soll oder nicht. Eine Probeabstimmung der im Lesesaal verbliebenen arbeitenden Abgeordneten hat ergeben, daß durchaus die Mehrheit, bis auf zwei Anwesende, der Ansicht waren, daß dieser Text so in die Resolution hineinkommen soll. Ich bedauere, daß er nicht drinnen ist, wie ich jetzt diesem Arbeitspapier entnehme.

Daher würde ich vorschlagen, daß die Abgeordnete Klotz als Erstunterzeichnerin, wie in jedem Parlament in Europa demokratische Gepflogenheit vorherrscht, auch die Möglichkeit hat, ihren Antrag hier neuerlich zu stellen, denn das Beratungsgremium draußen im Lesesaal kann doch nicht das gesamte Konsilium, wie es hier heute versammelt ist, ersetzen. Das gibt es doch nirgends auf der Welt.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Die Abgeordnete Klotz des Südtiroler Landtages hat das Wort zur Prozedur.

KLOTZ (UFS)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir hatten im Lesesaal eine volle Stunde um einen Konsens zu dieser wichtigen politischen Resolution gerungen. Bis auf einen Passus, bis auf eine Aussage, nämlich die wörtliche Nennung des Selbstbestimmungsrechtes, hatten wir auch Konsens erzielt und man muß anerkennen, daß alle Teile bestrebt waren, diesen Konsens herbeizuführen.

Dieser Abänderungsantrag, der Ihnen in einer Ablichtung vorliegt, war ein Kompromißantrag zum ursprünglichen Abänderungsantrag der Union für Südtirol, und zwar ist dieser Abänderungsantrag von einem Nordtiroler Kollegen als Kompromißvorschlag eingebracht worden. Ich hatte meinen Antrag zurückgezogen und hatte mich mit dem Einbauen dieses Antrages bereit erklärt. Daraufhin aber haben der Vertreter der Democrazia Cristiana aus Südtirol und der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei unbedingt die Nennung jenes Begriffes zu verhindern versucht, der heute in aller Munde im freien zivilisierten Europa ist, nämlich der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes. Man hatte alles getan, um ja diesen Antrag nicht einbauen zu müssen - der Antrag ist auch nicht eingebaut -, obwohl auch eine ganze Reihe von Nordtiroler und Vorarlberger Kollegen und die Freunde, Kollege Tonelli, aus dem Trentino ihre Zustimmung gegeben hatten. Man hat also in diesem Punkt keinen Konsens erreicht, weshalb wohl jetzt dieser Abänderungsantrag abgestimmt werden muß. Und wir haben auf Ersuchen der Vorarlberger Freunde geheime Abstimmung jetzt beantragt, auf daß vielleicht doch jene Kollegen, die vor ihren Clubs sich nicht äußern möchten, die Gelegenheit haben, doch hier eine europäische Äußerung zu tun, denn

spätestens in zwei Jahren werden diese gemeinsamen vier Landtage ohnehin nicht umhin kommen, auf diesen Zug der Selbstbestimmung, der halt in das wirklich vereinte Europa führen wird, aufzuspringen.

Es hat uns persönlich sehr leid getan, daß auf Grund eben des Vetos der Südtiroler Volkspartei, auch verschiedene andere Kollegen nicht mehr zu diesem Antrag gestanden haben. Und wir glauben, daß es in dieser heutigen Situation unumgänglich ist, leider Gottes, weil der Mut noch nicht so weit gediehen ist, daß wir eben eine geheime Abstimmung dazu beantragen müssen.

Ich bestehe darauf, daß wirklich die Abstimmung vorgenommen wird, denn es ist, wie gesagt, der einzige Passus, zu dem es keinen Konsens gegeben hat. Alle anderen Punkte sind einvernehmlich eingebaut worden.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Der Abgeordnete Frasnelli des Südtiroler Landtages hat das Wort zur Prozedur.

FRASNELLI (SVP)

Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben zu diesem dritten Punkt in der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden sehr ausführlich diskutiert. Ich bestätige, daß die Abgeordnete Klotz den von ihr genannten Abänderungsantrag mit ein, zwei anderen Kollegen eingebracht hat, ich möchte aber in Erinnerung rufen, daß der Unterfertigte in dieser Frage ebenfalls einen Abänderungsantrag eingereicht

hat, der in dieser Sitzung zu Mittag mehrheitsfähig war und deshalb bereits in die Diktion aufgenommen worden ist. Mein Abänderungsantrag war folgender: "auf föderalistisch-regionalistischer Grundlage und in Wahrnehmung international verbrieftter Rechte". Das war der Abänderungsantrag des Unterfertigten.

Nun, wenn zu diesem Thema in diesem Saale Abstimmungen erfolgen, dann ist es klar, daß natürlich nicht nur über den Abänderungsantrag der Kollegin Klotz abgestimmt werden kann, sondern daß gleichermaßen auch über meinen Abänderungsantrag hier im Plenum abzustimmen ist. Und wir von der SVP sind nun der Meinung, daß der Hinweis auf die Wahrnehmung international verbrieftter Rechte insgesamt der weitergehende Antrag ist, als jener, der spezifisch das Selbstbestimmungsrecht zum Inhalt hat.

Ich bin daher der Meinung, ja sagen zu können auch für unseren Teil zu einer Abstimmung, muß aber darauf bestehen, daß gemäß allgemein üblicher Gepflogenheiten über den weitergehenden Abänderungsantrag zuerst, in welcher Form auch immer, abgestimmt wird. Danke, Frau Präsident!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Der Abgeordnete Bachmann des Tiroler Landtages hat das Wort zur Prozedur.

BACHMANN (ÖVP)

Hohes Präsidium!

Hohe Landtage!

Nachdem ich selbst der Verfasser dieses Vermittlungsvorschlages war, nehme ich mir die Freiheit, auch dazu zu sprechen und bitte Sie, hohes Präsidium, über diesen Antrag nicht abstimmen zu lassen. Das Redaktionskomitee aller Parteien dieser vier Landtage, das über Mittag versucht hat, eine gemeinsame Resolution abzufassen, hat es leider nicht fertiggebracht - und ich bedauere das sehr -, den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes auf Grund einer merkwürdigen Mystifizierung hier in diese Resolution aufzunehmen. Wir hätten das als Nordtiroler - und das sage ich auch - ganz gerne gehabt, auch gegenüber unseren Zentralstellen in Wien.

Nachdem aber dieser Begriff hier mit historischen und politischen Dingen befrachtet ist, die sich unserem Verständnis teilweise entziehen, war es nicht möglich, diesen Begriff in die Resolution einzubauen und man hat Zuflucht genommen zur Formulierung "in Wahrnehmung international verbriefter Rechte eine Vorreiterrolle spielen zu wollen".

Ich möchte nicht, Hohe Landtage, daß über diesen sehr ehrenwerten aber nicht zielführenden Antrag der Abgeordneten Klotz und anderer eine Abstimmung eröffnet wird, um einer Mißinterpretation in der Öffentlichkeit Raum zu geben. Danke!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Zur Prozedur hat jetzt noch das Wort der Abgeordnete Benedikter des Südtiroler Landtages und der Abgeordnete Ebenberger des Tiroler Landtages. Dann sind die Wortmeldungen zur Prozedur abgeschlossen, denn es ist klar, worüber wir nun reden.

Ich bitte Sie, sich kurz zu halten.

BENEDIKTER (UFS)

Bitte, es waren schon einmal, am 14. November 1989, die vereinigten Landtage Nordtirol-Südtirol in Bozen beisammen, und mit Mehrheit beider Landtage ist abgelehnt worden, man hat der siebzig Jahre Zerreißung Tirols gedacht und dabei aber das Wort "Selbstbestimmung" abgelehnt. Das war eine regelrechte Abstimmung. Und jetzt würde sich diese Abstimmung wiederholen. Unter "international verbrieftete Rechte", ich war vierzig Jahre bei der Südtiroler Volkspartei in führender Stellung, hat man den Pariser Vertrag verstanden. Das österreichische Parlament hat seinerzeit, im Oktober 1946 nach Abschluß des Pariser Vertrages, gesagt: Dieser Pariser Vertrag präjudiziert in keiner Weise die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, das Österreich immer für Südtirol verlangt hat. Also, daß man heute in Österreich nicht mehr versteht, was das Selbstbestimmungsrecht sein soll, das ist reichlich komisch.

Und nur noch einen Satz. Österreich und Italien und insgesamt hundert Staaten haben die Menschenrechtspakte ratifiziert und alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben die Wiener Konvention über das Recht der Verträge ratifiziert und auch Italien ist der Ansicht, ...

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Das ist nicht zur Prozedur!

BENEDIKTER (UFS)

... daß das Selbstbestimmungsrecht ein zwingendes Völkerrecht ist und daß Italien dazu verpflichtet ist, nach dem Vertrag, die Prozeduren einzuführen, damit es ausgeübt werden kann. Und jetzt will man wieder nichts davon wissen. Die Südtiroler Volkspartei will nichts davon wissen, daß das Selbstbestimmungsrecht ausgeübt werden kann.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Dr. Benedikter, ich hatte Ihnen das Wort zur Prozedur erteilt und nicht zum Meritum!

Der Abgeordnete Ebenberger hat das Wort zur Prozedur.

EBENBERGER (FPÖ)

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Meine Herren Präsidenten!

Hohe Landtage!

Ich habe jetzt den Eindruck, und es tut mir sehr leid, man hat freigewählte Abgeordnete eingeladen und man wundert sich nun, wenn Politik gemacht wird. Es war nicht geplant, offensichtlich war die Regie ganz anders gemeint. Die Regie war so, daß alles eingeebnet hätte werden sollen. Wir haben das in Innsbruck schon einmal erlebt.

Ich bin sehr traurig, wenn wir hier und heute nicht zu möglichst einstimmigen Beschlüssen kommen. Ich bin sehr traurig, wenn das Selbstbestimmungsrecht - und das möchte ich hier im Meraner Kursaal, wo ich so oft als Gast der Südtiroler Volkspartei war, noch einmal sagen -, das nicht allein ein Recht der Südtiroler ist, sondern ganz genau ein gleiches Recht der Nordtiroler ist, wenn dieses Selbstbestimmungsrecht hier unter die Räder kommen würde. Ich möchte die Antragsteller bitten, wenn es Ihnen möglich ist, diesen Antrag zurückzuziehen. Es soll nicht so sein, daß wir auseinandergehen in einer vielleicht zufällig gefundenen Mehrheit, über so wesentliche Dinge eines Volkes, aller Völker letztlich, abgestimmt zu haben. Ich gebe Ihnen das zu bedenken. Überlegen Sie es sich, ob wir das hier und heute machen sollen. Die Zeit kommt, die Zeit kommt auch für das Selbstbestimmungsrecht des gesamten Tiroler Volkes. Im Tiroler Landtag sind in der letzten Sitzung Worte gefallen, die sehr klar waren zu diesen Dingen. Und, ich glaube, daß unsere Südtiroler Freunde sich überlegen sollten, ob sie die Entwicklung, die in unsere Richtung geht, durch eine negative Abstimmung hier gefährden wollen.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Angesichts der Wortmeldungen auch zur Prozedur ist klar geworden, daß versucht worden ist, einen weitgehenden Konsens zu finden und es ist auch ein Papier vorgelegt worden, das anscheinend den Konsens gefunden hat, wenn es auch vielleicht der kleinste gemeinsame Nenner war. Deshalb wird der Abänderungsantrag, wie bereits zuerst gesagt, nicht mehr zugelassen, sondern es wird über die Resolution abgestimmt. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß nicht alle hundertprozentig sich in dem Dokument

auf Grund ihrer Abänderungsvorschläge wiederfinden, aber es wurde versucht, zumindest soweit zu gehen, daß ein gemeinsames Signal gegeben werden kann.

Deshalb ersuche ich, doch wegen der Tragweite und der Aussagekraft des Dokumentes, so wie es jetzt vorliegt, diesem Dokument die Zustimmung zu geben, weil versucht worden ist, in demokratischer Weise doch Konsens zu finden, und es wird nicht, wie es ursprünglich vormittags bei den Interventionen zum Ausdruck gekommen ist, nur das vorbereitete Papier zur Abstimmung gebracht. Das heißt also, wir stimmen jetzt über diese konkordierte Resolution ab.

KLOTZ (UFS)

(unterbricht - interrompe)

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Den größtmöglichen Konsens, wenn auch nicht alle ganz zufrieden sind damit, habe ich gesagt!

KLOTZ (UFS)

..., aber es ist einfach nicht richtig, daß es das Dokument der vier Landtage ist. Das muß ich hier einmal richtigstellen.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Es wird abgestimmt, und das Abstimmungsergebnis wird dann zum Ausdruck bringen, wie mehrheitsfähig dieses Dokument in der Gesamtheit, wie es nun vorliegt, ist.

Ich bringe nun die Resolution Nr. 1 zur Abstimmung, sofern niemand das Wiederverlesen beantragt.

MERANER (UFS)

Verlesen!

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Ich verlese die Resolution:

Dieses erste gemeinsame Treffen stellt eine historische Begegnung der vier Länderparlamente dar. Sie fügt sich in den Geist jener Richtlinien und Anregungen ein, wie sie von staatlichen und internationalen Gremien zu den grenzüberschreitenden Kontakten, zur Zusammenarbeit, zur gegenseitigen kulturellen Befruchtung und zur Pflege der Werte sprachlicher und volklicher Minderheiten erlassen worden sind. Dieses Treffen soll den Weg für eine Vertiefung der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den vier Ländern ebnen.

Die lange gemeinsame Tradition demokratischer Selbstverwaltung dieser vier Länder, deren konkreter Ausdruck die hier versammelten Gesetzgebungsorgane sind, stellt einen Reichtum und ein Ideal dar, die es zu verteidigen und weiter auszubauen gilt. Dies soll vor allem im Bewußtsein jener Werte erfolgen, welche die Grundlage dieser demokratischen Tradition bilden und in

effiziente Formen politischer Kooperation umzusetzen sind: die Achtung der Person, die Zusammenarbeit und Solidarität, die regionale Selbstverwaltung, das friedliche Zusammenleben der Volks- und Sprachgruppen.

Durch ein eigenständig gelebtes Modell der Solidarität und Toleranz zwischen den einzelnen Regionen und ihren Sprach- und Volksgruppen kann ein wesentlicher Beitrag zur Förderung und Stärkung einer europäischen Kultur der Grenzregionen geleistet werden. In diesem Rahmen sollen bestehende Unterschiede nicht als Konflikte, sondern als gegenseitige Bereicherung und als Voraussetzung für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Besserstellung der gesamten Bevölkerung gelebt werden.

Es soll deshalb das Ziel dieser vier Länder sein, alle jene Initiativen zu ergreifen, die geeignet sind, in diesem regionalen Raum die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Ressourcen aufzuwerten und durch die Schaffung einer neuen "regionalen Dimension" Wegbereiter für ein zukünftiges geeintes Europa zu werden, das den Besonderheiten dieses Wirtschafts- und Produktionsraumes, seinem Dienstleistungspotential, seinen Umwelterfordernissen und seinen kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten voll Rechnung trägt.

Zur Förderung und Sicherung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit müssen die bestehenden autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse der einzelnen Länder vor Einschränkung und Aushöhlung durch die Nationalstaaten und die Europäische Gemeinschaft geschützt und im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Föderalismus ausgebaut werden. Zur Erreichung dieses Zieles müssen sowohl programmatische als auch gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden.

Als Voraussetzung für den Schutz und die Stärkung der Länderparlamente muß die parlamentarische Entscheidungsebene innerhalb der europäischen Gemeinschaften ausgebaut und im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips und im Geiste des Föderalismus erweitert werden.

Eine Stärkung der Länderparlamente im EG-Entscheidungsprozeß könnte gerade im Hinblick auf einen EG-Beitritt Österreichs zusätzliche Impulse erhalten und muß daher konsequent gefordert werden.

Die Entwicklung hin zu einer gemeinschaftlichen Regionalpolitik unter Wahrung aller hier angeführten Rechte und Besonderheiten ist im gesamten europäischen Raum nicht gleich weit fortgeschritten. Das bisher von den hier versammelten vier Ländern vorgelebte Modell, dessen Weiterentwicklung sie sich zur Aufgabe setzen, weist in eine föderalistische Zukunft Europas, die als die einzig richtige empfunden wird und zur Nachahmung anregen soll.

RESOLUTION

Über eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit
DIE LANDTAGE DER BUNDESLÄNDER TIROL UND VORARLBERG, DES TRENTINO UND
SÜDTIROLS, WELCHE AM 21. MAI 1991 IN MERAN ZU EINER GEMEINSAMEN SITZUNG
ZUSAMMENGETRETEN SIND,

- im Bewußtsein, daß die Menschen dieser vier Länder bereits seit Jahrhunderten zusammenarbeiten und regen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch pflegen;
 - im Bewußtsein der Bedeutung der UNO-Menschenrechtspakte und KSZE-Schlußakte von Helsinki für die Neuordnung Europas auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden;
 - im Bewußtsein, daß die vier Länder in der Gestaltung und in einem Zusammenwachsen Europas auf föderalistisch-regionalistischer Grundlage und in Wahrnehmung international verbriefter Rechte eine Vorreiterrolle spielen wollen;
 - im Bewußtsein, daß dazu berufene zentrale staatliche und internationale Organe verschiedentlich erklärt haben, diese grenzüberschreitenden Aktivitäten benachbarter Gebietskörperschaften in "europäischem Geist" eher zu fördern, als zu behindern,
1. erachten eine enge Zusammenarbeit zwischen den hier vertretenen Ländern für notwendig, die auf die Bereiche Lokalkörperschaften, Wirtschaft, Kultur, Kommunikation, Gesundheitswesen und Soziales und Schutz der Umwelt ausgedehnt werden soll; insbesondere sollen im Rahmen der Kulturpolitik gemeinsame Initiativen für die Entfaltung einer Kultur des Friedens, der friedlichen Lösung internationaler Konflikte und der Ablehnung des Krieges gefordert werden;
 2. halten zusätzliche parlamentarische und außerparlamentarische Kontakte und Formen der Zusammenarbeit für notwendig, um diese europäische Region in die Lage zu versetzen, im zukünftigen Europa und in den Beziehungen zu den jeweiligen Staaten ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheit Ausdruck zu verleihen und diese zu festigen;
 3. schlagen vor, die Kenntnisse der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, über die gemeinsame Geschichte, die politische Entwicklung und darüber hinaus über die Besonderheiten der Autonomien unserer Gemeinschaften zu verbessern und diese gemäß den modernen, sozialen und kulturellen Erfordernissen und dem Prinzip der Subsidiarität und Solidarität unter den Ländern zu stärken und weiterzuentwickeln;
 4. erachten es im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit in dieser europäischen Region und auf die Rolle, die sie in Europa spielen soll, für notwendig, Modelle für die wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, die den Erfordernissen und kulturellen Werten, den besonderen Umweltbedingungen und der Umweltqualität dieser Region entsprechen und zugleich in der Lage sind, mit der Entwicklung des europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes Schritt zu halten.
Gemeinsame Aufgaben zukünftiger Regionalpolitik sind insbesondere
 - die Existenzsicherung für Klein- und Mittelbetriebe;
 - der Schutz der regionalen Landwirtschaft;
 - eine konsequente Umweltpolitik;

- Verminderung des Straßen transitverkehrs und Ausbaus des Schienenverkehrs, wobei die Forderung erhoben wird, daß EG-Verkehrsabkommen nur mit Zustimmung der jeweiligen Regionalparlamente abgeschlossen werden;
- 5. kommen überein, sich im Interesse der Sicherstellung eigenständiger politischer Gestaltungsmöglichkeiten für einen weiteren Ausbau der jeweiligen Autonomien und Kompetenzen der Länder und deren Parlamente einzusetzen;
- 6. bekennen sich für die Stärkung der Rechte der Länder und Regionen sowohl gegenüber den Nationalstaaten als auch gegenüber der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen;
bekennen sich zu den in den Resolutionen der Konferenz der Regionen Europas sowie der Versammlung der Regionen Europas enthaltenen Forderungen nach Änderung der Römerverträge mit dem Ziel:
 - das Subsidiaritätsprinzip zu verankern, um verstärkt dezentrale Entscheidungsstrukturen aufbauen zu können,
 - eine Institutionalisierung der Mitwirkungsrechte durch die Schaffung eines Regionalorganes herbeizuführen
 - das Klagerecht für Länder und Regionen zu gewähren;
- 7. erklären ihre Bereitschaft, diese Grundsätze als bestimmend für die Tätigkeit im jeweils eigenen Wirkungsbereich anzuerkennen und das für die Durchsetzung der genannten gemeinsamen Ziele erforderliche solidarische Handeln auf sich zu nehmen;
- 8. kommen überein, vorliegende Resolution der österreichischen Bundesregierung und der italienischen Regierung, den Regierungen der hier vertretenen Länder, den Vertretern in den gesamtstaatlichen Parlamenten und in den politischen Institutionen auf europäischer Ebene, den Körperschaften und Verbänden der Wirtschaft, den Berufsverbänden, den Gewerkschaften sowie den wissenschaftlichen Einrichtungen zu übermitteln;
- 9. beschließen, den Präsidien der vier Landtage die Aufgabe zu übertragen, die hier zum Ausdruck gebrachten Absichten in ihrem Wirkungsbereich zu verfolgen und eine interregionale Kommission einzurichten mit der Aufgabe, die gemeinsamen Sitzungen der Landtage, die zumindest alle zwei Jahre stattfinden sollen, vorzubereiten. Diese Kommission muß die Zusammensetzung der jeweiligen Landtage widerspiegeln.

Questa prima seduta congiunta rappresenta un incontro di portata storica tra i quattro parlamenti regionali. Essa si svolge nello spirito degli orientamenti e delle proposte avanzate dagli organismi nazionali ed internazionali in merito ai contatti transfrontalieri, alla collaborazione, al reciproco arricchimento culturale e alla difesa dei valori linguistici ed etnici delle minoranze. Questo incontro ha il compito di spianare la via all'intensificarsi della collaborazione culturale, sociale, economica e politica tra le quattro regioni.

La lunga e comune tradizione di autogoverno democratico di queste terre, di cui gli organi legislativi qui riuniti sono la concreta espressione, rappresenta un patrimonio e un ideale che va salvaguardato e ulteriormente sviluppato. Ciò deve avvenire soprattutto nella consapevolezza di quei valori che costituiscono il fondamento di questa tradizione democratica e che vanno tradotti in efficaci forme di cooperazione politica, valori quali: il rispetto della persona, la cooperazione e la solidarietà, l'autogoverno regionale, la pacifica convivenza dei gruppi etnici e linguistici.

L'applicazione concreta e autonoma del modello di solidarietà e tolleranza tra le singole regioni e i loro gruppi etnici e linguistici può offrire un sostanziale contributo alla incentivazione e al rafforzamento di una cultura europea delle regioni di frontiera. In questo contesto le differenze esistenti non vanno vissute come motivo di conflitto bensì come arricchimento reciproco e presupposto per una crescita culturale, sociale ed economica dell'intera popolazione.

Queste quattro regioni si pongono dunque l'obiettivo di intraprendere tutte le iniziative atte a valorizzare, in ambito regionale, le risorse sociali, economiche, culturali e politiche, iniziative che, mediante la creazione di una nuova "dimensione regionale", gettino le basi per un'Europa unita che rispetti pienamente le peculiarità di quest'area economica e produttiva, le potenzialità dei suoi servizi, le sue esigenze ambientali e le sue potenzialità di crescita in campo culturale.

Al fine di incrementare e salvaguardare questa collaborazione transfrontaliera, le competenze legislative ed amministrative autonome delle singole regioni vanno difese da limitazioni e da un loro svuotamento ad opera degli Stati nazionali e della Comunità europea e potenziate nel rispetto di un autentico principio di sussidiarietà e nello spirito del federalismo. Al fine di realizzare questi obiettivi è necessario assumere misure sia programmatiche che legislative.

Al fine di garantire la tutela e il rafforzamento dei parlamenti delle Regioni deve essere attribuito un maggiore potere decisionale ai parlamenti all'interno delle Comunità economiche europee nel rispetto di un autentico principio di sussidiarietà e nello spirito del federalismo.

Il rafforzamento del peso dei parlamenti regionali rispetto alle procedure decisionali della CEE potrebbe acquisire nuovi impulsi proprio in vista dell'adesione dell'Austria alla CEE e pertanto è assolutamente necessario avanzare con fermezza delle rivendicazioni in questo senso.

Lo sviluppo di una politica regionale comunitaria all'insegna del rispetto di tutti i diritti e le peculiarità qui nominate, non è stato omogeneo sull'intero territorio europeo. Il modello applicato finora dalle quattro regioni qui riunite - le quali si propongono di svilupparlo ulteriormente - indica per l'Europa un futuro federalistico, l'unico ritenuto valido e atto ad essere imitato.

RISOLUZIONE

concernente una più intensa collaborazione transfrontaliera
LE DIETE REGIONALI DEL TIROLO E DEL VORARLBERG E I CONSIGLI DELLE PROVINCE
AUTONOME DI TRENTO E BOLZANO RIUNITI IN SEDUTA CONGIUNTA IL 21 MAGGIO 1991 A
MERANO:

- sono consapevoli che le popolazioni di queste quattro regioni collaborano già da secoli e intrattengono intense relazioni economiche, culturali e politiche;
 - sono consapevoli dell'importanza dei Patti sui diritti civili dell'ONU e degli atti finali della Conferenza sulla sicurezza e sulla collaborazione in Europa (CSCE) di Helsinki per un nuovo ordine europeo che si basi sulla giustizia e sulla pace;
 - sono consapevoli che queste quattro regioni intendono rivestire un ruolo guida nell'ambito della creazione e dell'integrazione dell'Europa su base regionale e federalista e nel rispetto dei diritti garantiti a livello internazionale;
 - sono consapevoli che gli organi statali centrali e internazionali competenti hanno ripetutamente dichiarato di voler incentivare piuttosto che frenare queste attività transfrontaliere esercitate dagli enti territoriali confinanti in uno spirito europeista,
- 1) ritengono necessario che la stretta cooperazione tra i Länder e le Province autonome qui rappresentati venga estesa anche a settori quali enti locali, economia, cultura, comunicazioni, sanità, affari sociali e tutela dell'ambiente; in particolare, nell'ambito delle politiche culturali, vengano promosse iniziative comuni per la crescita di una cultura di pace, di soluzione pacifica delle controversie internazionali e di ripudio della guerra;
 - 2) ritengono necessari ulteriori contatti e forme di collaborazione interni ed esterni ai parlamenti affinché quest'area europea sia in grado di rappresentare e difendere la propria peculiarità socioeconomica e culturale nella futura Europa e nei rapporti con i rispettivi Stati;
 - 3) propongono di favorire presso le popolazioni, in particolare presso la gioventù, una più approfondita conoscenza della storia comune, dello sviluppo politico e delle peculiarità delle autonomie delle nostre comunità e di promuovere il loro potenziamento e sviluppo secondo le moderne esigenze sociali e culturali e secondo il principio della sussidiarietà e solidarietà fra le regioni;
 - 4) ritengono necessario, ai fini dell'auspicato rafforzamento della collaborazione all'interno di quest'area europea e per il ruolo che essa intende svolgere in Europa, elaborare modelli di collaborazione economica, sociale e scientifica adeguati alle esigenze e alle diverse culture di questa area, alle sue particolari caratteristiche ambientali ed alla qualità dell'ambiente e che siano in grado, al contempo, di tenere il passo con lo sviluppo dell'area socioeconomica europea.

- Sono compiti di una futura comune politica regionale, in particolare:
- la garanzia della sopravvivenza delle piccole e medie aziende;
 - la tutela dell'agricoltura regionale;
 - una coerente politica ambientale;
 - la riduzione del traffico di transito su strada e il potenziamento dei trasporti su rotaia, con l'auspicio che la stipula di accordi sul traffico a livello CEE avvenga solo con l'assenso dei parlamenti regionali interessati;
- 5) concordano di impegnarsi al fine di garantire un margine di azione politica autonoma per un ulteriore potenziamento delle relative autonomie e competenze dei Länder e delle Province autonome e dei loro parlamenti;
- 6) dichiarano di impegnarsi per il rafforzamento dei diritti dei Länder e delle Province autonome sia nei confronti degli Stati nazionali che nei confronti della CEE;
- concordano sulle richieste, avanzate nelle risoluzioni della Conferenza delle Regioni europee e dell'Assemblea delle Regioni europee, di modifica dei Trattati di Roma con l'obiettivo di:
- ancorare il principio della sussidiarietà, onde poter favorire in misura più incisiva la costituzione di strutture decisionali decentrate,
 - realizzare l'istituzionalizzazione dei diritti alla partecipazione attraverso la creazione di un organo delle Regioni,
 - concedere ai Länder e alle Province autonome il diritto d'azione;
- 7) dichiarano la loro disponibilità a considerare questi principi determinanti per l'attività nel proprio ambito di azione e ad agire con la necessaria solidarietà per attuare detti obiettivi comuni;
- 8) convengono di trasmettere la presente risoluzione al Governo federale austriaco e al Governo italiano, agli Esecutivi dei Länder e dalle Province autonome qui rappresentati, ai rappresentanti nei parlamenti nazionali e nelle istituzioni politiche a livello europeo, agli enti e alle associazioni economiche e di categoria, ai sindacati, nonché alle istituzioni scientifiche;
- 9) decidono di affidare agli Uffici di Presidenza dei quattro Consessi legislativi il compito di perseguire gli intenti qui espressi e di istituire una Commissione interregionale rappresentativa delle varie assemblee legislative per la preparazione delle sedute congiunte dei quattro consessi legislativi, che avranno luogo almeno una volta ogni due anni.

Ich glaube, daß in dieser Resolution sehr viel enthalten ist.
Wir kommen nun zur Abstimmung.

TONELLI (Solidarietà)

Chiedo la parola per fare una dichiarazione di voto.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Non è prevista. Adesso metto in votazione questa risoluzione.

TONELLI (Solidarietà)

(interrompe - unterbricht)

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Wenn ich Ihnen das Wort gebe, dann muß ich allen das Wort geben,
und wir haben uns vorgenommen, die Sitzung um 18 Uhr zu beenden.

Tutti avevano la possibilità di parlare prima.

TONELLI (Solidarietà)

(interrompe - unterbricht)

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Va bene. Le concedo mezzo minuto.

TONELLI (Solidarietà)

Vorrei fare una dichiarazione di voto a nome personale - mi chiamo Paolo Tonelli e sono un consigliere di Trento - e a nome anche della consigliera Franca Berger.

Ritengo che sia assolutamente sbagliato e lo dico con molta franchezza - mi piange il cuore nel fare una dichiarazione di questo tipo - che nella prima occasione, nell'occasione che è stata definita storica da tantissimi interventi avvenuti in questa giornata, si impedisca di mettere in votazione un emendamento. Mi sembra una cosa francamente fuori dalle regole minime della democrazia. Un emendamento può essere respinto dalla maggioranza e chi lo ha presentato non si adonta, perché la maggioranza lo respinge. Tanti di noi sono abituati a fare politica in minoranza. Ma il fatto inaccettabile è che si impedisca che quattro Consigli regionali, che quattro Consessi legislativi, possano votare su un emendamento legittimamente presentato da alcuni rappresentanti del popolo.

Mi piange il cuore da questo punto di vista, perché ho collaborato insieme ad altri anche a livello emendativo a stendere questa risoluzione n. 1, per la quale avrei voluto votare a favore. Ma visto questo comportamento della Presidenza dell'Assemblea, che io francamente non condivido nel modo più assoluto, non posso che dichiarare a nome mio e a nome della consigliera Franca Berger, un voto di astensione, ripetendo che ci dispiace profondamente di doverci astenere per un fatto procedurale di democrazia minima e di diritti minimi garantiti ai consiglieri.

FRANZELIN-WERTH (SVP)

Präsidentin des Südtiroler Landtages

Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

Wir stimmen nun über die Resolution ab: bei 3 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Hohe Landtage!

Verehrte Abgeordnete!

Verehrte Landeshauptleute!

Wir sind nun am Ende der gemeinsamen Sitzung angelangt, und wenn bei den Wortmeldungen zur Tagesordnung immer wieder angeklungen ist, daß die heutige Begegnung eher nur ein Weihrauchspenden sei anstatt eine Arbeitssitzung, so kann jetzt nach der Verabschiedung der Dokumente doch festgestellt werden, daß versucht wurde, die Vorschläge, die von den verschiedensten Seiten vorgelegt wurden, in ein Papier zu kleiden, worüber ein Konsens gefunden wurde, wenn es vielleicht auch nur, wie es zum Ausdruck kam, der kleinste gemeinsame Nenner war. Ich möchte all jenen danken, die anstelle der Mittagspause hart gearbeitet haben, um diesen Konsens zu ermöglichen.

Für weitere Sitzungen dieser Art, wie sie auf Grund der heute verabschiedeten Dokumente zu folgen haben, werden sicher vorbereitende Sitzungen auf breiter Ebene stattfinden, um diese Vorkommnisse des heutigen Tages nicht zu wiederholen. Haben Sie aber etwas Verständnis und Nachsicht, ich habe bereits zu Beginn der Sitzung darum ersucht, es ist das erste Treffen. Deshalb, sehr verehrte Präsidenten, hohe Landtage, möchte ich mich nun bei allen jenen herzlich bedanken, die doch schlußendlich zum guten Gelingen dieses ersten Treffens der vier Landtage beigetragen haben, allen voran den Kollegen Präsidenten Dr. Carl Reissigl, Angeli und Jäger. Danken aber möchte ich auch allen, die in der Diskussion das Wort

ergriffen haben und so die Pluralität der Meinungen dieser vier Länderparlamente zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube nicht, daß man nach der heutigen Sitzung nicht von Demokratie reden kann.

Abschließend möchte ich noch einmal unterstreichen, daß der Accordino-Raum, den wir hier vertreten, eine Region ist, mit ähnlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen, mit ähnlichen Umwelt- und Transitproblemen, mit einer Bevölkerung, die historisch und weltanschaulich ähnlich geprägt ist, mit Sprachminderheiten, die besondere Berücksichtigung und besonderen Schutz erfordern. Und dieser unser Raum kann einen großen Reichtum an gelebten Erfahrungen in ein föderalistisches Europa einbringen. So gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß diesem ersten gemeinsamen Treffen möglichst viele in der Zukunft folgen werden, zum Wohle der Menschen unserer Länder, die wir hier zu vertreten die Ehre haben.

Ich wünsche allen noch einige schöne gemeinsame Stunden, entweder hier in Südtirol auf der Terrasse des Kurhauses bei einem kleinen Imbiß oder am schönen Gardasee, wofür Präsident Angeli die Einladung ausgesprochen hat, und gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß der heutige Tag trotz allem allen als ein besonderer Tag, als ein Meilenstein in der Geschichte, in guter Erinnerung bleibt.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.12 UHR

S I T Z U N G 21.5.1991 S E D U T A
MERAN - MERANO

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:

Franzelin-Werth (3,42,100,173,182,193)	Flinspach (88)
Reissigl (9)	Boato (90)
Angeli (11)	Tribus (92)
Jäger (15)	Batlogg (95)
Durnwalder (25)	Klotz (98,176,183)
Partl (28)	Giacomuzzi (101,169)
Malossini (32)	Leitl (121)
Purtscher (36)	Kaufmann (124)
Andreolli (43)	Keckeis (127)
Handle (45)	Gonig (130)
Kantner (48)	Kornexl (133)
Bachmann (51,178)	Steixner (137)
Frasnelli (54,149,177)	Levegghi (140)
Stener (58)	Klug (142)
Morelli (62)	Gorbach (145)
Lichtenberger (65)	Zendron (153)
Duca (68)	Halder (157)
Mayer (70)	Benedikter (160,180)
Andreotti (74)	Leita (163)
Lugger (77)	Kräutler-Berger (166)
Falschlunger (80)	Ebenberger (181)
Rella (82)	Tonelli (191).
Stadler (84,174)	